

Inhalt

Vorwort – <i>Walter Rossow</i>	4
Ausführungen der Ministerin anlässlich des Besuchs am 30.1.2006	5
Pressespiegel: Jedes Kind soll optimal gefördert werden – ein Interview mit Ministerin Ute Erdsiek-Rave	7
Pressespiegel: Wir brauchen ein Umdenken – ein Interview mit der Ministerin Ute Erdsiek-Rave	8
Nicht versetzt – <i>Frauke Hitzfeld</i>	9
Die Schul- und Curriculumpolitik Europäischer Länder im Vergleich <i>Dr. Beate Grabbe-Letschert / Prof. Dr. Jos. F.M. Letschert</i>	11
Schulbesuche in Finnland – <i>Hauke Köster</i>	34
Wo haben wir das denn bloß abgelegt? - Vorschlag für ein neues Archivierungssystem – <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	41
Bericht von der EVIT-Arbeitstagung – <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	42
Einladung zur Mitgliederversammlung – <i>Walter Rossow</i>	43
Vorschlag für die Vorstandswahl 2006	44
Schulrechtstests der Lehrkräfte in Ausbildung – <i>Andreas Kelber</i>	45
Umfrage zum Schulrechtstest für LiAs im Februar 2006	46
Dienstliche Beurteilung für LiAs des ersten Ausbildungsdurchgangs – <i>Wulf Schady</i>	47
Kurzbericht über den Arbeitskreis Grundschule – <i>Sibylle Leuner, Adelia Schuldt</i>	48
Informationen aus der Geschäftsstelle - <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	49
Die Aufgabenverteilung im s/vsh	50
Ihre Ansprechpartner in den Kreisen	51
Werbung des s/vsh mit Beitrittsformular	52
Standards der Kultusministerkonferenz für den Bildungsabschluss in der Sekundarstufe Teil 2 – <i>Elisabeth Gessner und Horst Paul Kuhley</i>	54
Stellungnahme des s/vsh zum Bericht der Landesregierung zur OVP - <i>Olaf Peters</i>	66
Stellungnahme des s/vsh zum Erlassentwurf „Parallelarbeiten“ - <i>Olaf Peters</i>	67
Stellungnahme des s/vsh zum Erlassentwurf „Lernen am anderen Ort“ - <i>Olaf Peters</i>	67
<i>Die letzte ...? - Das Letzte! – Ekkehard Klahre</i>	69

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei

- Namens-, Schul- oder Privatadressenänderungen,
- Eintritt in den Ruhestand oder
- Kontoänderungen

auch an den s/vsh zu denken und diese entweder der

- ◇ **AWU, Kleine Bahnstraße 6, 22525 Hamburg oder**
- ◇ **unserer Geschäftsstelle, Klaus-Ingo Marquardt, Schulstr. 6, 24582 Wattenbek**

umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und ersparen uns unnötige Kosten und Arbeit! ☺!☺!☺

Vorwort

Walter Rossow

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

sicherlich werden sich einige von Ihnen daran erinnern, dass an unserem Kongress im Oktober 2005 in Rendsburg auch unsere ehemalige Schulleiterkollegin Dr. Beate Grabbe-Letschert sowie ihr Mann Professor Jos Letschert teilnahmen. Beide arbeiten mit an einem Forschungsprojekt des Niederländischen Curriculumsinstituts (SLO) in Enschede und der Universität Twente „Die Schul- und Curriculumpolitik Europäischer Länder im Vergleich“. Dabei geht es um eine international vergleichende Studie mit den Schwerpunkten Politik, Forschung und Praxis. Bisher sind neun so genannte „Case Studies“ realisiert worden und zwar in den Europäischen Ländern Belgien (Flämischer Teil), Deutschland (NRW und SH), England, Finnland, Niederlande, Portugal, Schweden, Ungarn und in Kalifornien. Das Projekt soll voraussichtlich Ende des Jahres 2007 abgeschlossen sein. Ich freue mich, dass uns Dr. Beate Grabbe-Letschert und ihr Mann die Gelegenheit geben, ihren – wie ich finde – hoch interessanten Bericht zu Schleswig-Holstein in dieser *slvsh-information* abzdrukken. Gleichzeitig finden Sie in dieser Ausgabe ein Schreiben, dass wir an alle die Ausbildungsschulen geschickt haben, deren LiAs jetzt den Schulrechtstest haben „absolvieren“ müssen. Aufgrund zahlreicher Rückmeldungen, die uns zwischenzeitlich erreicht haben, scheint es dabei (wieder einmal) zu Fehlern und Ungereimtheiten gekommen zu sein, denen wir im Interesse der uns anvertrauten Lehrkräfte in Ausbildung nachgehen wollen. Sollte dieses Schreiben und die gleichzeitig abgedruckte Umfrage Sie aus irgendeinem Grund nicht erreicht haben, so bitten wir Sie, die Umfrage zu kopieren, Ihrer LiA auszuhandigen und per Fax an die Geschäftsstelle des *slvsh* zu schicken.

Viele Mitglieder haben am 30. Januar d. J. die Gelegenheit genutzt, mit unserer Ministerin – so wie von ihr auf unserem Kongress versprochen – ins Gespräch zu kommen. Zwei Themenbereiche möchte ich besonders herausgreifen:

- Die Ministerin stellte die so genannte **Bandbreitenregelung** vor. Das heißt, dass im Rahmen ihrer Eigenverantwortung Schulen in bestimmten Grenzen die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer selbst regeln können. Dabei gilt selbstverständlich: Die Gesamtstundenzahl einer Schule muss unverändert bleiben – und die Stundentafeln müssen abgedeckt werden können. Ansonsten aber

haben die Kollegien die Möglichkeit, die teilweise extrem unterschiedliche Belastung zwischen den Lehrkräften besser zu verteilen. So kann die Schulleitung nach Kriterien, die das Kollegium selbst aufstellt, bei einzelnen Lehrerinnen und Lehrern deren Unterrichtsverpflichtung pro Woche vermindern, bei anderen diese entsprechend erhöhen. Das klingt auf den ersten Blick durchaus vernünftig, könnten doch dadurch Lehrkräfte, die zusätzlich zu ihrem Unterricht viel Zeit in Systemarbeit investieren, einen sinnvollen Ausgleich erhalten. Allerdings ist die Zerstrittenheit eines Kollegiums bei dieser Regelung vorprogrammiert und auch der „Schwarze Peter“ ist im Vorwege verteilt. Sinn machen würde, dass es endlich **neben einer seit langem überfälligen eigenständigen Arbeitszeitregelung für Schulleitung** auch zu einer ebenso **seit langem überfälligen Überarbeitung der Lehrerarbeitszeit** kommt, die die **verschiedenen Arbeitsanteile** von Lehrkräften entsprechend berücksichtigt.

- In einer weiteren Gesprächsrunde ging es um die zusätzliche **Leitungszeit**, die Schulleiter/innen erhalten sollen, die zukünftig für **zwei oder gar drei Schulstandorte** verantwortlich sein werden. Ich will es an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Mich hat die Aussage der Ministerin, dass solche Schulleiter/innen wie Schulleiter/innen verbundener Systeme eine zusätzliche Stunde Leitungszeit für jeden dazu kommenden Standort erhalten sollen, schockiert. Sollte es wirklich zu einer solchen Regelung kommen, die die tatsächliche Arbeitsbelastung dieser Kolleginnen und Kollegen nicht nur nicht wahrnimmt, sondern einfach ignoriert, dann wird der Schulleiterverband zum ersten Mal in seiner Geschichte betroffene Schulleiter/innen dazu aufrufen, sich gegen ihren Dienstherrn zu stellen und für eine solche Doppel-Schulleitung nicht zur Verfügung zu stehen. Auch werden wir dann juristisch prüfen lassen, inwieweit der Dienstherr seine Schulleiter/innen möglicherweise zwingen kann.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich hoffe, möglichst viele bei unserer Mitgliederversammlung am 27. April in Rendsburg wieder zu sehen.

Ihr



Ausführungen der Ministerin

anlässlich ihres Besuchs am 30.1.2006

Vorbemerkungen

- durch Föderalismusreform droht schulpolitische Kleinstaaterei und Besoldungswettlauf nach oben und unten
- gute Schulleiter sollten sich nicht immer angegriffen fühlen, wenn schlechte SL kritisiert werden

Ausgangslage

Was macht gute Schule aus?

- Der Bildungsweg ist abhängig vom Elternhaus
- Zu viele ohne Abschluss (10%)
- Zu wenige mit Abitur (25%)
- Zu hohe Zurückstellungen und Sitzenbleiber
 - Förderorientierung muss Platz greifen
 - Keine wissenschaftliche Begründung fürs Sitzenbleiben
 - Die Schulen müssen Förderkonzepte entwickeln
 - Gezielte Fortbildung für Umgang mit heterogenen Lerngruppen in allen Phasen der Lehrerausbildung
 - Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen (Förderfonds)
 - Sitzenbleiben nur noch innerhalb der Orientierungsstufe, d.h. am Ende der OST entscheidet die Schule, ob das Kind auf der richtigen Schule ist
 - Das Durchschnittsalter beim Eintreten in die duale Ausbildung beträgt 19 Jahre
- Flächenland mit schwieriger demografischer Entwicklung

Schulgesetznovelle Eckpunkte:

- Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems
 - Wo Schulträger es wollen, können Gemeinschaftsschulen eingeführt werden. Sie werden nicht von oben eingeführt, aber bei Einführung von der Regierung unterstützt. Sie entstehen aus bestehenden Schulen, (GHS – RS – Gym) = Kooperative Schulen, alle Abschlüsse müssen möglich sein. Differenzierung ist nötig. Gemeinschaftsschulen sollen als offene Ganztagschulen geführt werden.

Fragen an die Ministerin :

Im Rahmen des Förderkonzepts muss vornehmlich soziale Förderung statt intellektueller Förderung betrieben werden. Die Anstrengungsbereitschaft lässt nach, wenn Förderung bereitsteht. Bei Wegfall des Sitzenbleibens erlischt Motivation zur Anstrengungsbereitschaft.

A: Innerhalb der Sek I wird beschlossen werden müssen, welchen Schulabschluss der einzelne Schüler erreichen kann. Dieser Abschluss ist dann zu vermitteln.

Wenn innerhalb der Sek I in der RS ein Schüler nicht mehr mitarbeiten kann, wie kann diesem Schüler dann geholfen werden?

A: Die HS sind die Leidtragenden der Rückstufungen. Die Klassenkonferenz der RS gibt den Eltern eine Empfehlung, die Eltern stellen den Antrag auf Rückstufung, der Schüler muss aber den HS-Abschluss erreichen!

Welche Änderungen sind in Hinblick auf Förderzentren geplant?

A: Der Begriff Sonderschule wird aufgegeben. Die integrative Beschulung wird fortgesetzt

Warum wird das Konzept der Sprachheilambulatorien nicht wieder aufgegriffen? Statt SPRINT? Warum wurden die Lehrkräfte der Sprachheilgrundschulen nicht eingebunden?

A: Ein neues Konzept bringt Probleme, es werden Erfahrungen gesammelt, im Februar werden die Erfahrungen gesammelt und ausgewertet. Es gibt Verständigungsprobleme zwischen Kita und Grundschulen.

Übergang nach der Orientierungsstufe Realschule Gymnasium und umgekehrt?

Für die 6. Klasse RS werden Ressourcen für zweite Fremdsprache bereitgestellt werden müssen.

A: Übergang in die gymnasiale Oberstufe nach RS möglich. Nach RS-Abschluss Übergang in die 10. Klasse Gym. RS-Abschluss im Gym nach der 10. Klasse. Der Abschluss an der RS ist keine Sackgasse. Die Klassenzahl an den beruflichen Gymnasien soll erhöht werden, um die Zahl der Gymnasiasten zu erhöhen.

Gemeinschaftsschulen sollten auch einen gymnasialen Zweig enthalten können. Ist das für den ländlichen Bereich möglich?

A: Das wird möglich sein, wenn das Konzept des Schulträgers dies vorsieht.

Wer leitet eine Gemeinschaftsschule, die aus GHS und RS entsteht?

A: Für die Schulleitung gibt es eine Ausschreibung. Beide können sich bewerben. Für den Schulleiter, der nicht mehr gebraucht wird, ist eine angepasste Lösung zu finden.

Die GS sollen intensiv mit den Kitas zusammenarbeiten. Sollen die Kita-Mitarbeiter nur für die Diagnose verantwortlich sein, oder auch für die Beratung und Behandlung?

A: Die Erzieherinnen sollen die Arbeit bis zum Jahr vor der Einschulung machen. Dann machen es DaZ – Kräfte.

Gibt es genug Kräfte? Sollten die Schulkindergärten erhalten bleiben? Was wird aus den Logopäden?

A: Die Ressourcen der Schulkindergärten sollen in die GS gehen. Die Logopäden werden auch zukünftig bei schwierigen Fällen gebraucht.

Wie sollen die Kinder in die GS kommen, wenn die Kitas weit von der GS entfernt liegen?

A: Es wird angepasste Lösungen geben müssen. Die Kosten für den Transport der Kinder werden übernommen, entweder in die GS oder in die Kitas.

Für die Lehrkräfte sollten Fortbildung und Präsenz verpflichtend werden.

A: Pflicht-Fortbildung ist ein heißes Thema und nicht praktikabel. Ein gewisser Umfang von Fortbildung sollte nachgewiesen werden. Präsenzzeiten sind erst möglich, wenn durch geringere Schülerzahlen genügend Arbeitsplätze bereitstehen. (Die Richtlinien sehen keine größeren Lehrerzimmer vor). Im Rahmen der Ganztagsschulen ist mehr möglich.

Wie soll ein Schulleiter zwei Schulen leiten, die örtlich getrennt liegen?

A: GS sollen möglichst erhalten werden. Es wird Mindestgrößen geben, die durch Verordnung festgelegt werden. Es müssen angepasste Lösungen gefunden werden. Zusätzliche Leitungszeit wird es dafür nicht geben. Auf Nachfrage wird zugestanden, dass man einen Pool einrichten muss, der Härtefälle ausgleicht.

Wir benötigen Zeit, um mit den Betroffenen zu kommunizieren, weil Eltern z.B. aus der Zeitung Dinge erfahren, die noch gar nicht aktuell sind.(Verbot des Sitzenbleibens)

A: Jeder, auch Eltern, haben die Möglichkeit, sich z.B. im Lernnetz zu informieren. Die Zeitungen berichten häufig sehr verkürzt.

Gibt es die Möglichkeit, Wiederholungen von Prüfungen als Nachholprüfung zu gestalten?

A: Ja, es wird geprüft, ob Prüfungen zu Beginn des neuen Schuljahres abgelegt werden können. Das spart Zeit und Kosten.

Wann wird es eine Evaluation der Lernpläne geben?

A: Es hat eine Evaluation gegeben. Ob sie allen Schulen zur Verfügung gestellt werden, ist noch nicht geklärt. Im Rahmen des Förderkonzepts einer Schule wird der Lernplan seine wichtige Rolle behalten. Es ist dabei beabsichtigt, Geld statt Stellen zur Verfügung zu stellen.

Was wird mit gebundenen Ganztagsschulen?

A: Gebundene Ganztagsschulen werden nicht angestrebt, weil die Akzeptanz zur Zeit nicht gegeben ist.

Verglichen mit den Standards in Hamburg sind unsere Anforderungen hoch. Das Wiederholen einer Klasse hat also seinen Nutzen, weil dadurch die Defizite im Elternhaus aufgefangen werden. Lernpläne überfordern die Eltern. Wirkliche Hilfe bringt nur die Ganztagsschule mit Hilfen für die schwachen Schüler.

A: Dieser Zusammenhang ist nur im Vergleich mit Hamburg, nicht aber im Bundesvergleich zu finden.

Bei Einführung der Bildungsstandards soll es diese Unterschiede nicht mehr geben.

Bei Heimkindern sollte das Entsendeland verpflichtet werden, die Kosten dafür zu übernehmen.

Eine Regelung darüber stößt auf große Schwierigkeiten, da die Bundesländer davon ausgehen, dass sich die Schülerzahlen gegenseitig aufheben.

In Kiel sind die Einzugsbereiche aufgehoben worden. Dadurch entsteht in einigen Grundschulen eine „Sozial entmischte Schülerschaft“, die Schulen entstehen lässt, die nicht mehr „konkurrenzfähig“ sind. Gibt es den Förderfonds auch für solche Grundschulen?

A: Im ersten Durchgang soll der Förderfonds für die Klassen 7 und 8 gelten, danach auch für die Grundschulen. Es wurde bisher nicht gemeldet, dass es zu solchen Verwerfungen gekommen ist, sondern es wurde uns gemeldet, dass solche Schulen beliebt sind, weil gute Arbeit geleistet wurde. Bei Schulvergleichen muss diesen Schulen ein Bonus gegeben werden, ein Ranking ist deshalb nicht vorgesehen, weil Schulen nicht vergleichbar sind.

Pressespiegel - Jedes Kind soll optimal gefördert werden

- von ULF B. CHRISTEN erschienen am 2. Januar 2006, Hamburger Abendblatt -

Schulreform: Schleswig-Holsteins großes Vorhaben für das Jahr 2006

Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave im Gespräch mit dem Abendblatt: Sie will das gegliederte Schulwesen weiterentwickeln, die Gemeinschaftsschule einführen und Sitzenbleiben und Rückstufungen deutlich reduzieren.

ABENDBLATT: Frau Erdsiek-Rave, auf dem Stundenplan steht für 2006 die größte Schulreform seit mehr als einem Jahrzehnt.

ERDSIEK-RAVE: Das ist richtig. Wir wollen das gegliederte Schulwesen weiterentwickeln, die Gemeinschaftsschule einführen sowie Sitzenbleiben und Rückstufungen deutlich reduzieren. Und gerade auf die Gymnasien kommen erhebliche Veränderungen zu.

ABENDBLATT: Eine Reform aus einem Guß ist es nicht . . .

ERDSIEK-RAVE: Es ist ein Kompromiß, also weder SPD noch CDU pur. Es gibt allerdings eine durchgängige Linie. Die Philosophie des neuen Gesetzes ist die Förderorientierung. Unser Ziel ist, daß in der Schule jedes Kind optimal unterstützt wird.

ABENDBLATT: Sie wollen alle Kinder einschulen, auch solche, die bisher als nicht schulreif zurückgestellt wurden.

ERDSIEK-RAVE: Es geht darum, Kinder nicht ein Jahr warten zu lassen, sondern sie im Rahmen des Schulbesuchs zu fördern. Sie werden in den normalen Unterricht integriert. Dabei sind die Klassen eins und zwei als Einheit zu sehen. Schüler mit Problemen haben für diese Eingangsphase drei Jahre Zeit, ohne daß dies als Sitzenbleiben gewertet wird.

ABENDBLATT: Auch in den weiterführenden Schulen wollen sie Ehrenrunden weitgehend abschaffen. Was wird aus schlechten Schülern?

ERDSIEK-RAVE: Sie werden besonders gefördert. Jede Schule muß in Zukunft ein Konzept erstellen, in dem sie darlegt, wie sie Schüler mit Defiziten oder mit besonderen Stärken gezielt fördert. Zudem werden wir die Arbeit mit individuellen Lernplänen in der Sekundarstufe I ausbauen.

ABENDBLATT: Förderung gibt es nicht zum Nulltarif. Der Rechnungshof geht davon aus, daß

bei einer Abschaffung des Sitzenbleibens rund 600 zusätzliche Lehrerstellen nötig sind.

ERDSIEK-RAVE: Wir legen einen Fonds auf, aus dem Schulen Förderstunden erhalten können, und zwar gezielt für die Jahrgänge, in denen Sitzenbleiben nicht mehr stattfinden soll. Der Fonds wird 2006 eingerichtet und bis 2010 auf 200 Stellen aufgestockt. Mehr ist nicht möglich, aber auch nicht nötig, weil wir das Sitzenbleiben nicht ganz, sondern nur weitgehend abschaffen wollen.

ABENDBLATT: Die Rechnung geht nur auf, wenn die Lehrer mitziehen.

ERDSIEK-RAVE: Ich glaube, daß viele Lehrer ihre Schüler individuell fördern wollen und das auch tun. Es ist aber sicher richtig, daß noch nicht alle Lehrer das Rüstzeug dafür haben. Das wird sich entwickeln, die Ausbildung haben wir entsprechend verändert. Die Grundphilosophie des neuen Schulgesetzes muß überall Einzug halten.

ABENDBLATT: Die CDU beharrt auf dem Sitzenbleiben. Sie fürchtet, daß sonst das Leistungsniveau sinkt.

ERDSIEK-RAVE: Es gibt Bedenken, das Sitzenbleiben in dieser Form einzuschränken. Ich bin aber ziemlich sicher, daß wir einen Kompromiß finden. Förderung und Leistung sind kein Widerspruch. Wer beim Turbo-Abi mit einer zügigen Schullaufbahn und dem Alter der Schüler argumentiert, muß dies auch beim Sitzenbleiben tun.

ABENDBLATT: Ein anderer Streitpunkt ist die Einführung der Gemeinschaftsschule.

ERDSIEK-RAVE: Bei der Gemeinschaftsschule gibt es unterschiedliche Lesarten des Koalitionsvertrages. Hier müssen noch intensive Gespräche geführt werden. Für mich ist der Koalitionsvertrag klar, nicht nur Gesamtschulen, sondern auch andere Schulen können zu Gemeinschaftsschulen werden.

ABENDBLATT: Wie viele Gemeinschaftsschulen wird es in den nächsten Jahren geben?

ERDSIEK-RAVE: Ich hoffe, möglichst viele. Den ersten Schwung wird es zum Schuljahr 2007/08 geben. Ich erwarte, daß dann mehr als ein halbes Dutzend Gemeinschaftsschulen starten, die allesamt keine Gesamtschulen waren. In den folgenden Jahren wird das Interesse wachsen, weil die Schülerzahlen sinken. Die Schulträger werden dann sehr intensiv über neue Schulformen

nachdenken. Über kooperative Formen und über Gemeinschaftsschulen.

ABENDBLATT: Die Gymnasien in Schleswig-Holstein sind laut Pisa Deutscher Meister im Aussortieren. Wo hat die SPD, die seit 1988 für die Schulpolitik verantwortlich ist, versagt?

ERDSIEK-RAVE: Das ist eine schwere Frage. Es macht mir ein schlechtes Gewissen, daß die Situation so ist. Allerdings kennen wir sie erst seit der Pisa-Studie so deutlich und sind dabei, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

ABENDBLATT: Nun soll das Turbo-Abi kommen. Wird damit der Leistungsdruck nicht noch größer?

ERDSIEK-RAVE: Ich glaube, man muß sehr anpassen, daß dies nicht zu einem stärkeren Auslesedruck in den Gymnasien führt. Eine Automatik gibt es hier allerdings nicht. Im Gegenteil: Andere Länder haben die Gymnasialzeit verkürzt, bei Pisa gut abgeschnitten und eine höhere Abi-Quote als Schleswig-Holstein. Es geht also.

ABENDBLATT: In der Oberstufe soll der Unterricht wieder stärker im Klassenverband erteilt werden. Hat das nur finanzielle oder auch pädagogische Gründe?

ERDSIEK-RAVE: Es gibt mehrere Gründe. Zum einen wollen wir mit der Oberstufenreform die Kernkompetenzen und die Studierfähigkeit stärken. Zum anderen ist Schleswig-Holstein anders als Hamburg ein Flächenland und muß aus Gründen der Gerechtigkeit an möglichst vielen Standorten eine Oberstufe anbieten. Das geht bei zurückgehenden Schülerzahlen nur, wenn wir die Oberstufe neu organisieren. Kurse mit weniger als zehn Schülern sind nicht bezahlbar. Das ist der bildungsökonomische Aspekt.

ABENDBLATT: Das neue Schulgesetz bringt viele Reformen. Ist die schwarz-rote Regierung innovativer als die rot-grüne?

ERDSIEK-RAVE: Die schwarz-rote Regierung berücksichtigt die Erwartungen, die in der Breite von Lehrer- und Elternschaft da sind. Sie bringt vieles auf den Weg, was beide Lager wollen und damit in der Summe mehr als die rot-grüne Vorgängerregierung. In dieser Wahlperiode wollten SPD und Grüne allerdings den Systemwechsel zur Gemeinschaftsschule einleiten. Das wäre eine große Veränderung, aber auch ein harter Kampf gewesen. So gesehen fährt die große Koalition in ruhigem Fahrwasser. Wir reformieren die Schulen, ohne sie in ihren Grundfesten zu erschüttern.

Pressespiegel: „Wir brauchen ein Umdenken“

Flensburg, SHZ, erschienen am 10. Dezember 2005

Schleswig-Holsteins Schulministerin Ute Erdsiek-Rave über Gemeinschaftsschulen, Sitzenbleiben und Beamtenbesoldung

Vor einer Übertragung des Beamtendienstrechts allein auf die Bundesländer warnt die schleswig-holsteinische Schulministerin Ute Erdsiek-Rave (58, SPD). Im Interview mit unserer Zeitung stellt sie außerdem anhaltenden Dissenz zwischen SPD und CDU zur Einführung der Gemeinschaftsschule und zur Verringerung des Sitzenbleibens fest. Das Gespräch führten die Redakteure Stephan Richter, Bernd Ahlert und Michael Kluth.

Frau Ministerin, sind in der Schulpolitik innerhalb der großen Koalition die alten ideologischen Schützengräben wieder aufgebrochen?

Ute Erdsiek-Rave: An der Frage der Gemeinschaftsschule und des Sitzenbleibens machen sich nach wie vor die unterschiedlichen Grundvorstellungen fest, die sich schon im Wahlkampf gezeigt hatten. In vielen anderen Fragen besteht

dagegen weitgehend Konsens: die Leistungsorientierung der Schulen, die zentralen Prüfungen, die Leistungsvergleiche, auch die Überprüfung der Schulen durch den Schul-TÜV von außen. Da gibt es unter den Bundesländern und unter den Parteien nach PISA mehr Übereinstimmung als jemals zuvor. Nur in der Grundsatzfrage, wohin steuert das Schulsystem, sind die Parteien und Fraktionen hier in Schleswig-Holstein nach wie vor weit auseinander.

Rächt sich jetzt, dass die Frage des Schulsystems im Koalitionsvertrag nicht präzise formuliert worden ist?

Erdsiek-Rave: Wir haben uns im Koalitionsvertrag auf einen Kompromiss verständigt. Offenbar interpretieren einige ihn anders als wir. Der Teufel liegt bekanntlich im Detail. Das zeigt sich jetzt beim Umsetzen in Gesetze und Formulierungen. Manche waren eben bei den Koalitionsverhandlungen nicht dabei. Und mit denen muss die Diskussion nachgeholt werden.

Gibt es eine Erklärung dafür, warum Schleswig-Holstein die größte Sitzenbleiberquote aller Bundesländer hat?

Erdsiek-Rave: Ich habe keine wirkliche Antwort auf diese Frage. Es muss etwas mit einer tief sitzenden pädagogischen Haltung zu tun haben, dass Sitzenbleiben eine gute pädagogische Maßnahme ist. Da brauchen wir ein Umdenken. In der Ausbildung und der Fortbildung der Lehrer muss es das Ziel sein, dass sie mit unterschiedlichen Begabungen in einer Klasse umgehen. Dass sie diagnostizieren: Wo sind die Fähigkeiten jedes Einzelnen? Dass sie starke und schwächere Schüler differenziert fördern.

Bleiben Sie zuversichtlich, dass die große Koalition eine Schulreform hinbekommt?

Erdsiek-Rave: Ja, ich bin sehr zuversichtlich. Trotz der aktuellen Irritationen.

Ein Satz zu Studiengebühren: Kommt Schleswig-Holstein darum herum, wenn Hamburg und Niedersachsen sie einführen?

Erdsiek-Rave: Ich bin nicht so naiv zu glauben, dass wir ein Inseldasein führen können, wenn alle Bundesländer um uns herum Gebühren eingeführt haben. Für mich ist allerdings überhaupt nur vorstellbar, wenn es ein sehr gutes Stipendiensystem gibt, das sozial schwächere Studenten auffängt. Ich erwarte vom Wissenschaftsminister für einen solchen Fall, dass er dann einen Vorschlag für ein besonders soziales System vorlegt. Dies haben wir im Koalitionsvertrag auch so vereinbart.

Was verändert sich in der Schulpolitik, wenn mit der Föderalismusreform bald die Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu verteilt werden?

Erdsiek-Rave: Die Schulpolitik ist indirekt berührt, wenn es dazu kommt, dass das Dienstrecht und die Beamtenbesoldung komplett auf die Bundesländer verlagert werden. Das beträfe riesige Personalkörper in Schleswig-Holstein, 25000 Lehrer, 10000 Polizisten. Das sehe ich mit großer Skepsis.

Warum?

Erdsiek-Rave: Es kann zu einem Besoldungswettlauf unter den Ländern um die Besten im Hochschulbereich, aber auch im Schulbereich führen, wenn die einheitliche Beamtenbesoldung aufgegeben wird.

Können Sie sich vorstellen, dass eines Tages Lehrer in Bayern anders bezahlt werden als in Schleswig-Holstein?

Erdsiek-Rave: Ich will mir das lieber nicht vorstellen. Aber genau dahin könnte es führen. Bei der Knappheit an Nachwuchskräften, die für die nächsten Jahre prognostiziert wird, ist das ein

dickes Problem. Im Hochschulbereich natürlich auch: Wer kann es sich leisten, die besten Leute einzukaufen?

Was ist so verkehrt an einem Standortwettbewerb?

Erdsiek-Rave: Wettbewerb ist immer gut unter Gleichen. Aber dies ist dann ein Wettbewerb, der von ungleichen Bedingungen ausgeht. Wenn finanzschwächere Länder dadurch ins Hintertreffen geraten, dann sehe ich das mit großer Skepsis.

Das ist doch nur eine Frage des politischen Willens. Die einen geben mehr Geld für Straßenbau aus, die anderen für die Bildung. Und gerade der Bildungsbereich soll doch allenthalben gestärkt werden.

Erdsiek-Rave: Ja, aber das sich das ausgerechnet bei der Eingruppierung von Schul- und Hochschullehrern abspielen soll, finde ich fragwürdig.

Wie sähe das praktisch aus: Jedes Bundesland führt eigene Tarifverhandlungen?

Erdsiek-Rave: Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass jedes kleine Bundesland für sich dann solche Verhandlungen führt. Da wird dann über andere Lösungen nachgedacht werden müssen, über Verbünde etwa.

Ist über diesen Teil der Föderalismusreform schon das letzte Wort gesprochen?

Erdsiek-Rave: Wir hoffen nicht. Das gesamte Kabinett sieht diesen Punkt mit großer Sorge. Wir werden am kommenden Dienstag entscheiden, wie wir uns in die Diskussion einbringen.

Wo wird das letzte Wort gesprochen?

Erdsiek-Rave: Bund und Länder sollen die Gesetzgebung zu Beginn 2006 auf den Weg bringen und im ersten Halbjahr 2006 abschließen. Die Föderalismusreform wird wohl im Paket abgestimmt werden, nicht in ihren einzelnen Teilen. Das bedeutet, wenn man noch etwas ändern will, muss man jetzt sehr bald die Vorstöße machen. Es muss deutlich werden, wo wir im Interesse des Landes noch Änderungswünsche haben.

Die Zielrichtung ist, ein einheitliches Besoldungsrecht beizubehalten?

Erdsiek-Rave: Ja, das würde ich mir wünschen.

Wie schätzen Sie die Chancen ein?

Erdsiek-Rave: Ich mache mir da keine Illusionen: Das ist extrem schwierig. Aber wir sind, glaube ich, nicht die einzigen, die bestimmte Fragen noch diskutieren wollen.

Nicht versetzt!!

Frauke Hitzfeld

„Ich weiß, du hast dich sehr angestrengt. Aber trotzdem haben deine Leistungen für die Versetzung nicht ganz gereicht. Tut mir Leid.“

Solche mit Bedauern gesprochenen Äußerungen gegenüber Schülern gehören ja nun wohl bald der Vergangenheit an.

Wie ist es mit den Lehrern? Ich wünsche mir Gleichberechtigung!

Kürzlich musste ich mir folgende Äußerung anhören.

„Du hast dich die letzten Jahre sehr angestrengt und für die Schule eingesetzt. Aber wir können dich trotz sehr guter Leistungen nicht befördern. Der Grund ist, dass in diesem Schuljahr elf Schüler zu wenig an deiner Schule sind. Tut uns Leid.“

Unsere Schule, die vor fünf Jahren noch 570 Schüler hatte, liegt jetzt erstmalig unter der Zahl von 540 Schülern, die nötig ist um eine zweite Konrektorstelle beanspruchen zu können. Als für unsere Schule diese Stelle ausgeschrieben wurde, habe ich mich nach anfänglichem Zögern beworben. Die Organisation der Wahlpflichtkurse hatte ich ohnehin schon übernommen. Da wir unter einem Dach mit der größten Hauptschule des Kreises leben und in unserem Gebäude über tausend Schüler zu betreuen sind, ist Zusammenarbeit notwendig, was aber auch mehr organisatorische Arbeit (z.B. bei Aufsichten) erfordert. Damit war klar, dass der anfallende Arbeitsaufwand durchaus einen zweiten Konrektor ausfüllt. Der Zuspruch durch meine Kollegen und meinen Schulleiter überzeugte mich dann. Ich erhielt die Stelle und absolvierte erfolgreich meine Probezeit. In diese Zeit fiel auch ein Schulleiterwechsel, und das zweite Halbjahr des vergangenen Schuljahres brachten wir ohne Schulleiter zu. Mit Beginn des laufenden Schuljahres wurde ich als zweite Konrektorin eingesetzt und im November mit sofortiger Wirkung aus oben genanntem Grund des Amtes enthoben. Die Stelle ist nicht „auf Eis gelegt“, sondern aus dem Haushalt gestrichen. Angenommen, die Schülerzahl wüchse im nächsten Schuljahr wieder auf über 540 an. Dann könnte die Stelle zu gegebener Zeit neu ausgeschrieben werden. Die damit verbundene Prozedur würde wiederholt werden. Vielleicht mit demselben Ende wie oben beschrieben.

Zum Trost wurde mir gesagt, dass es einigen anderen Lehrkräften im Land genauso gegangen sei. Aber als Trost konnte ich diese Auskunft nicht empfinden, eher als Aufforderung, diesen Artikel zu schreiben.

Nach geltendem Recht ist niemand ein Vorwurf zu machen. Aber ein bitterer Nachgeschmack bleibt.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben als Lehrer besteht darin Schüler zur Leistung zu motivieren um Erfolg in Aussicht stellen zu können. Wir ermuntern, wir fördern, wir loben, wir erkennen erbrachte Leistung an und hoffen eines Tages sagen zu können: „Dein Einsatz hat sich gelohnt.“

Woher nehme ich meine Motivation?

Ich arbeite seit 25 Jahren gerne an meiner Schule. Ich arbeite gerne mit meinen Kollegen und meinem Schulleiter zusammen, weil wir eine Basis haben, die auf Menschlichkeit und gegenseitiger Anerkennung beruht. Ich arbeite gerne mit meinen Schülern, weil dieselbe Basis ein Prinzip meines Unterrichts ist. In meiner Position kann ich es mir leisten, bei Bedarf Menschlichkeit über Paragraphen zu stellen. Der Zuspruch, der mir entgegengebracht wird, bewahrt meine Antriebskraft.

Lohnt sich mein Einsatz?

Ich habe viele Kollegen, die sich weit über ihre Pflicht („Dienst nach Vorschrift“) hinaus für die Arbeit in der Schule engagieren, z.B. als Leiter aufwändiger pädagogischer Projekte oder als Orientierungsstufenleiter. Das alles geschieht ohne „Lob von ganz oben“ oder gar Gehaltserhöhung. Das ist so im Beamtenrecht. Aber ohne diese engagierte Arbeit könnte Schule nicht leben, an keinem Ort. Deshalb lohnt sich mein Einsatz auch weiterhin.

Außerdem bin ich mit drei Eigenschaften ausgestattet, die für einen Lehrer lebensnotwendig sind: Geduld, Durchhaltevermögen und Humor.

Schluss mit dem Jammern, die nächsten Wahlpflichtkurse wollen geplant werden.

Mit kollegialem Gruß

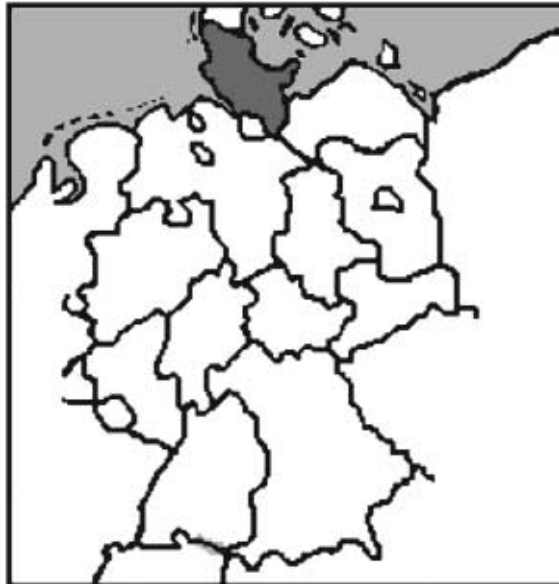
Frauke Hitzfeld

Die Schul- und Curriculumpolitik Europäischer Länder im Vergleich

Dr. Beate Grabbe-Letschert / Prof. Dr. Jos. F.M. Letschert

Ein Forschungsprojekt des Niederländischen Curriculuminstituts (SLO)
in Enschede und der Universität Twente

SCHLESWIG-HOLSTEIN



1. Das Projekt Schleswig Holstein

1.1 Ziele des Projekts

In vielen Europäischen Ländern verändern sich Rollen und Selbstverständnis der Regierungen und mit ihnen bildungspolitische Entwicklungen sowie institutionelle und schulische Konzepte. Während sich in einigen Ländern, wie beispielsweise in den Niederlanden, eine Tendenz der Dezentralisierung der Schul- und Curriculumpolitik abzeichnet, ist in anderen Ländern eine gegenläufige Entwicklung, ein zunehmend zentral gesteuertes System, zu konstatieren. Diese unterschiedlichen Tendenzen werfen zahlreiche Problembereiche auf, deren Reflexion letztlich in die globale Frage mündet: Was ist vernünftig? Was ist klug und angemessen? Ziel des Projekts ist es, sich einen Überblick über die schul- und curriculumpolitische Situation einiger ausgewählter Länder zu verschaffen und in einen gemeinsamen Reflexionsprozess über Curriculumgestaltung zu treten.

Vor diesem Hintergrund führt das Niederländische Institut für Curriculumentwicklung (SLO) gemeinsam mit der Universität Twente eine international vergleichende Studie durch mit den Schwerpunkten Politik, Forschung und Praxis. Bisher sind neun so genannte „Case Studies“ realisiert worden und zwar in den Europäischen Ländern Belgien (Flämischer Teil), Deutschland (NRW und SH), England, Finnland, Niederlande, Portugal, Schweden, Ungarn und in Kalifornien. Das Projekt soll voraussichtlich Ende des Jahres 2007 abgeschlossen sein.

In dem hier vorliegenden Bericht über das Bundesland Schleswig-Holstein werden, wie auch in den Berichten über die anderen Länder, ausdrücklich keine Bewertungen vorgenommen. Die dem Bericht zugrunde liegenden Informationen stammen aus den unter 1.6 und 1.7 aufgeführten Quellen sowie aus Gesprächen mit Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern (im Text „Gesprächspartner“ genannt) der schleswig-holsteinischen Schulpolitik. Die Meinung der Projektleiter (1.3) ist in diesem Bericht nicht vertreten. Die Äußerungen der Gesprächspartner werden ab Kapitel 4 („Curriculumpolitik“) einbezogen und kommen insbesondere im abschließenden Teil („Konstatierungen“) zum Tragen. Um das Textbild durch Anführungszeichen nicht unübersichtlich werden zu lassen, sind Zitate der Gesprächspartner kursiv gedruckt.

1.2 Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 29.08. bis zum 1.09.2005.

Analysen und Auswertungen werden bis zum 30.11.2005 abgeschlossen sein.

1.3 Projektleiter für Schleswig-Holstein

Dr. Beate Grabbe-Letschert

Prof. Dr. Jos. F.M. Letschert

1.4 Untersuchungsfragen

- Wie sieht die Curriculumpolitik in einigen Europäischen Ländern in Bezug auf (De-) Zentralisierung und Autonomie der Schulen aus?
- Wie gehen Lehrkräfte und Schulen mit den neuen curricularen Herausforderungen um?
- Welche Formen externer Unterstützung und Begleitung gibt es im Rahmen dieser Prozesse?
- Wie werden Lehrkräfte und Schulen verantwortlich gemacht für ihren Unterricht und die Unterrichtsergebnisse?

1.5 Untersuchungsaktivitäten

- Literatursammlung
- Internetermittlungen
- Erstellung einer globalen Frageliste
- Auswahl der Gesprächspartner
- Interviews
- Schulbesuche
- Teilnahme am Schulleiter-Kongress Rendsburg (27.10.2005)
- Datenanalyse
- Datenverifikation
- Berichterstattung
- Konstatierungen

1.6 Gesprächspartner und Schulen

- Dr. Hans Dohm, Direktor des IPTS (Institut für Praxis u. Theorie der Schule) von 1980 – 2001
- Dr. Gustav Kuhn, Ministerialdirigent am Kultusministerium in Kiel bis 1992
- Renate Dohm, Studiendirektorin a. D.
- Elisabeth Paulsen, Rektorin der Grundschule Kaltenweide, Elmshorn
- Sabine Bertels, Stellvertretende Schulleiterin der Grundschule Kaltenweide, Elmshorn
- Marianne Wischmann, Lehrerin an der Grundschule Kaltenweide, Elmshorn
- Volker Pohlmann, Rektor der Hauptschule Koppeldamm, Elmshorn
- Hans-Ulrich Hamer, Realschulleiter der Realschule Koppeldamm, Elmshorn

- Holger Arpe, Regierungsdirektor am Ministerium für Frauen und Bildung in Kiel
- Michael Doppke, Schulrat im Schulamt Pinneberg
- Dr. Eckhard Kohls, IQSH, Regionalseminarleiter in Neumünster

1.7 Informationsquellen

1.7.1 Literatur

Albrecht, C., Jördens, K. & Kurz, D. (2005). *Das Methodencurriculum als gemeinsamer Fokus*. In: Hamburg macht Schule, 1/05, S.18-19. Zeitschrift für Hamburger Lehrkräfte und Elternräte. Behörde für Bildung und Sport. Pädagogische Beiträge Verlag: Hamburg.

Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e.V. (2005). *Schulleitung in Deutschland. Ein Berufsbild in Weiterentwicklung*. Überreicht durch: Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. (slvsh). Rabe: Berlin.

Becker, M. (u.a.) (Red.) 2005. *Externe Evaluation im Team. Entwurf, Stand 09.08.2005. Qualitäts-handbuch für die Arbeit an Schulen in Schleswig-Holstein*. Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQHS), Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein: Kiel.

Dohm, H. (2000). *Das IPTS von 1980 bis 2000. Ein Bericht mit einem Ausblick auf Bildung und Erziehung in der Schule unseres Jahrzehnts*. IPTS Forum. Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule: Kronshagen.

Erdsiek-Rave, U. (2003). *Rede zur Amtseinführung des neuen Direktors des IQSH*. 3. Februar 2003: Rendsburg.

Kultusministerium (1970). *Lernen, lehren, lernen ... Berufseinführung, Fortbildung, Weiterbildung der Lehrer*. Schriften des Kultusministeriums. Heft 4. Schriftenreihe der Landesregierung Schleswig-Holstein: Kiel.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (2004). *Bildungsbericht für Schleswig-Holstein*. Kiel.

Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein (2005). *Medien-Information*: Kiel.

Schnack, J. (2005). *Die Fachkonferenz als Motor der Schulentwicklung*. In: Hamburg macht Schule, 1/05, S.10-13. Zeitschrift für Hamburger Lehrkräfte und Elternräte. Behörde für Bildung und Sport. Pädagogische Beiträge Verlag: Hamburg.

Schneider, G. (2005). *Schulentwicklung durch Fachkonferenzen*. In: Hamburg macht Schule, 1/05, S.16-17. Zeitschrift für Hamburger Lehrkräfte und Elternräte. Behörde für Bildung und Sport. Pädagogische Beiträge Verlag: Hamburg.

Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. (2005). *Information*. slvsh: Norderstedt.

Spiewak, M. (2005). *Wenn der Inspektor zweimal kringelt. Acht Schulen bekommen Zeugnisse. Tagelang streifen Prüfer durch die Klassenräume. Das Protokoll einer Begutachtung*. In: Die Zeit, Nr. 27, 30. Juni 2005, Seite 35-37.

1.7.2 Internet

- www.bmbf.de
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesland_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesland_(Deutschland))
- www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/home.htm
- www.evlt-sh.de
- www.landesregierung.schleswig-holstein.de
- www.lernnetz-sh.de
- <http://pisa.ipn.uni-kiel.de/zyklen.html>
- www.schleswig-holstein.de

2. Hintergrundinformationen zum Bundesland Schleswig-Holstein

2.1 Geografische Informationen

Fläche: 15731 km²

Einwohner: 2.7 Millionen

Hauptstadt: Kiel

Land	Fläche [km²]	Einwohner	Hauptstadt
(1) Baden-Württemberg	35.752	10.717.419	Stuttgart
(2) Bayern	70.549	12.444.000	München
(3) Berlin	892	3.390.444	Berlin
(4) Brandenburg	29.477	2.567.704	Potsdam
(5) Bremen	404	663.642	Bremen
(6) Hamburg	755	1.737.000	Hamburg
(7) Hessen	21.115	6.097.800	Wiesbaden
(8) Mecklenburg-Vorpommern	23.174	1.726.000	Schwerin
(9) Niedersachsen	47.618	8.000.909	Hannover
(10) Nordrhein-Westfalen	34.084	18.075.352	Düsseldorf
(11) Rheinland-Pfalz	19.847	4.059.000	Mainz
(12) Saarland	2.569	1.057.502	Saarbrücken
(13) Sachsen	18.414	4.301.267	Dresden
(14) Sachsen-Anhalt	20.445	2.523.000	Magdeburg
(15) Schleswig-Holstein	15.763	2.823.000	Kiel
(16) Thüringen	16.172	2.355.280	Erfurt

Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesland_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesland_(Deutschland))

2.2. Politische Informationen

Schleswig-Holstein ist das nördlichste von 16 Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. In Bezug auf Größe und Einwohnerzahl liegt Schleswig-Holstein auf Platz 12 (Größe) und Platz 9 (Einwohnerzahl).

Der Landtag ist, wie in allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland, das wichtigste politische Organ. Er ist das vom Volk gewählte oberste Organ der politischen Willensbildung. Der Landtag wählt die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten. Er übt die gesetzgebende Gewalt aus und kontrolliert die vollziehende Gewalt. Er behandelt öffentliche Angelegenheiten.

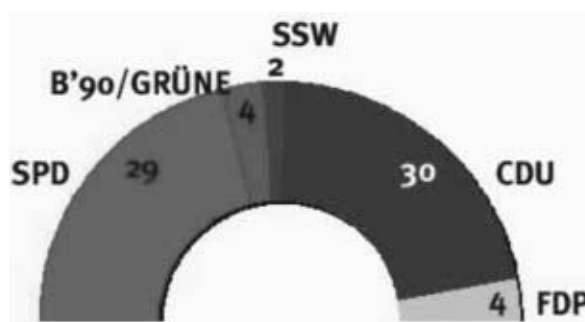
Abgeordnete sind die gewählten Mitglieder eines Parlaments. Sie werden nach den Vorschriften der Verfassung von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, um diese im Parlament vertreten zu können. Die Legitimation, also die Rechtmäßigkeit, die Bürgerinnen und Bürger im Parlament zu vertreten, wird durch Wahlen nach

demokratischen Grundsätzen hergestellt. Abgeordnete derselben Partei schließen sich in der Regel zu einer Fraktion zusammen. Voraussetzung dafür ist, dass die Partei mit mindestens vier Abgeordneten im Landtag vertreten ist.

Den derzeit zwei Abgeordneten der nationalen dänischen Minderheit stehen die Rechte einer Fraktion zu. Fraktionen haben die Aufgabe, politische Entscheidungen vorzubereiten, die parlamentarische Arbeit zu koordinieren und ihren Mitgliedern Hilfestellungen zu leisten.

Von 1971 bis 1987 gab es eine reine CDU-Regierung, von 1988 bis 1996 eine reine SPD-Regierung. In den Jahren 1996 bis 2005 war die Regierung rot / grün (SPD / GRÜNE), ab 2005 schwarz / rot (CDU / SPD). Seit 1988 war die Bildungsministerin stets SPD-Mitglied (Frau Rühmkorff, Frau Tidick, Frau Böhrk, seit 1998 Frau Erdsiek-Rave).

Seit Frühjahr 2005 gibt es im Landtag Schleswig-Holstein eine CDU-Mehrheit (Große Koalition CDU / SPD).



Quelle: www.schleswig-holstein.de

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat am 27. April 2005 den CDU-Abgeordneten Peter Harry Carstensen zum Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein gewählt.



Ministerin für Bildung und Frauen ist Ute Erdsiek-Rave. Frau Erdsiek-Rave ist seit Oktober 1987 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags.

Von 1992 - 1996 war Ute Erdsiek-Rave Landtagspräsidentin, von 1996 - 1998 Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Seit dem 28. Oktober 1998 ist sie Ministerin für „Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur“, jetzt „Ministerium für Bildung und Frauen“ genannt.

Die Aufgaben der Ministerin umfassen folgende Bereiche:

- Sicherung der Unterrichtsversorgung
- Stärkung der Schulen durch mehr Eigenverantwortung
- Qualitätssicherung nach PISA: Einführung von Bildungsstandards und Schul-Evaluation
- Zusammenarbeit Schule und Wirtschaft
- Ausbau von Ganztagsangeboten
- Reform der Lehrerbildung
- Zusammenarbeit Schule und Kindertagesstätten
- Förderung der Kindertagesstätten
- Weiterentwicklung des Hochschulstandorts Schleswig-Holstein durch Strukturreform

Staatssekretär ist Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann

3. Struktur und Daten des Schulsystems in Schleswig-Holstein

3.1 Schulsystem

Das schleswig-holsteinische Schulsystem wird als gegliedert bezeichnet. Nach der Grundschule, die von allen schulpflichtigen Mädchen und Jungen bis einschließlich der vierten Klasse gemeinsam besucht wird, werden vier weiterführende Schularten angeboten.

Die allgemein bildenden Schulen sind im Einzelnen:

- Grundschule (Klasse 1 bis 4)
- Förderschule (Klasse 1 bis 9)
- Hauptschule (Klasse 5 bis 9, wahlweise 10)
- Realschule (Klasse 5 bis 10)
- Gymnasium (Klasse 5 bis 13, teilweise bis 12)
- Integrierte / Kooperative Gesamtschule (Klasse 5 bis 13)

In Schleswig-Holstein gibt es eine Orientierungsstufe. Sie umfasst die beiden ersten Klassenstufen an den weiterführenden allgemein bildenden Schulen, also die Klassen 5 und 6 der Hauptschulen, der Realschulen und der Gymnasien. Die Lehrpläne dieser drei Schularten sind so aufeinander abgestimmt, dass ein Wechsel jederzeit möglich ist.

Für Kinder mit besonderem Förderbedarf gibt es entweder integrative Maßnahmen, d.h. sie besuchen eine Regelschule und erhalten zusätzliche Förderung durch Fachkräfte des zuständigen Förderzentrums, oder sie besuchen eine Sonderschule.

Zu den Sonderschulen zählen in Schl.-Holstein:

- Förderschulen (früher Schulen für Lernbehinderte)
- Schulen für Geistigbehinderte
- Schulen für Körperbehinderte und die Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte in Raisdorf (Kreis Plön) und Damp (Kreis Rendsburg-Eckernförde)
- Sprachheilgrundschulen und die Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte in Wentorf (Kreis Herzogtum Lauenburg)
- Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte in Schleswig (Kreis Schleswig-Flensburg)
- Staatliche Schule für Sehgeschädigte in Schleswig. Sie unterstützt und berät sehbehinderte und blinde Schülerinnen und Schüler abschließend in ihrer jeweiligen Schule am Wohnort.
- Schule für Kranke in Schleswig-Holstein

Lernbehinderte und körperbehinderte Kinder werden, wo möglich, in normalen Schulen integriert. Dort gibt es die so genannten Integrationsklassen.

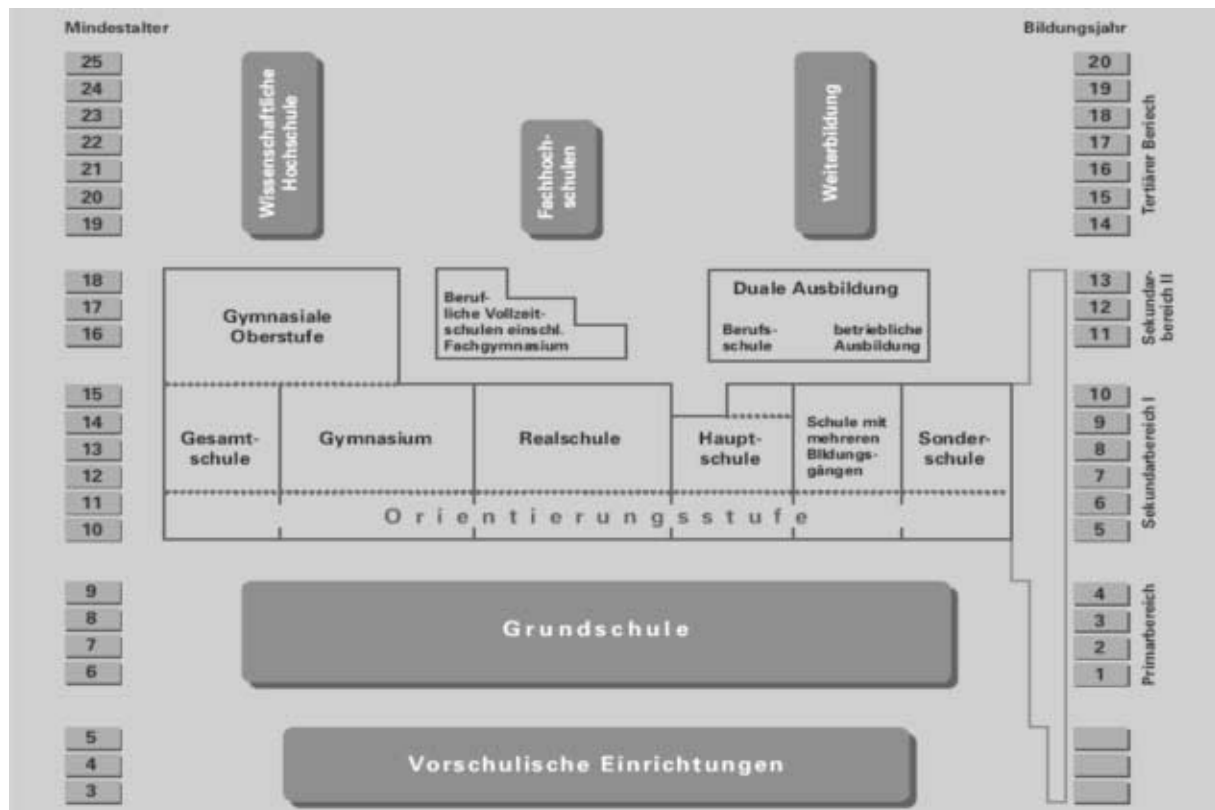
Nicht verpflichtend, wohl aber verfügbar sind vor-schulische Einrichtungen. (Die Gemeinden dagegen sind durchaus verpflichtet, für Kindergartenplätze zu sorgen.). Damit soll der individuellen und gesellschaftlichen Bedeutung frühkindlicher Bildungsprozesse Rechnung getragen werden. Auf dieser Grundlage hat das Bildungsministerium in Schleswig-Holstein, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und der Landeselternvertretung von Kindertageseinrichtungen, Leitlinien erarbeitet, die den Blick auf den Bildungsauftrag lenken und Hilfen für eine Neuordnung der pädagogischen Arbeit geben sollen.

Über die oben aufgeführten Schularten hinaus sind die berufsbildenden Schulen zu nennen. Hier gibt es folgende Schulformen:

- Berufsschule
- Berufsfachschule
- Fachoberschule
- Fachgymnasium
- Berufsoberschule
- Fachschule

Schleswig-Holstein betreut außerdem das Schulwesen der deutschen Minderheit in Nordschleswig und fördert das Privatschulwesen der dänischen Minderheit im eigenen Land. Einschließlich der dänischen Schulen gibt es insgesamt 138 private allgemein bildende Schulen, von denen zehn Waldorfschulen sind.

3.2 Struktur des Bildungswesens



Quelle: Bildungsbericht für Schleswig-Holstein, 2004

3.3 Gesetzlicher Rahmen

Den gesetzlichen Rahmen für das Schulwesen in Schleswig-Holstein bildet das Schulgesetz, das 1998 vom Landtag verabschiedet wurde. (Ein neues Schulgesetz soll 2006 vorgelegt werden.) Darüber hinaus gibt es eine Reihe von ergänzenden Erlassen und Verordnungen, die im monatlich erscheinenden „Amtsblatt des Ministeriums für Bildung und Frauen“, dem „Nachrichtenblatt“, veröffentlicht werden. Zusammen mit dem „Nachrichtenblatt“ erscheint auch „Schule aktuell“, ein vom Ministerium herausgegebenes Informationsblatt. Außerdem bietet der Landesbildungsserver unter der Internet-Adresse www.lernnetz-sh.de eine Fülle von Informationen über die Schulen in Schleswig-Holstein. Unter anderem finden sich dort ein komplettes Schulverzeichnis, ein Verzeichnis aller Erlasse und Verordnungen, ein „Elternportal“ sowie Informationen über Fortbildungsangebote für Lehrkräfte.

Schulpflichtig sind nach schleswig-holsteinischem Schulgesetz alle Kinder, die bis zum 30. Juni des laufenden Kalenderjahres sechs Jahre alt werden. Aber auch jüngere Kinder können auf Antrag der Eltern eingeschult werden.

3.4 Schulen und Schülerzahlen

Insgesamt gibt es in Schleswig-Holstein 1088 allgemein bildende und berufsbildende Schulen:

- 625 Grund- und Hauptschulen
- 161 Realschulen
- 135 Sonderschulen
- 101 Gymnasien
- 25 Gesamtschulen
- 41 Berufsbildende Schulen

Im Schuljahr 2005/06 besuchen 417.845 Kinder und Jugendliche die allgemein bildenden und beruflichen Schulen des Landes - 0,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei den allgemein bildenden Schulen sinkt die Zahl auf 330.231 Schülerinnen und Schüler - 0,1 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die Zahlen im Einzelnen:

- Grundschulen: - 2,1 %
- Sonderschulen: + 0,8 %
- Hauptschulen: - 0,7 %
- Realschulen: - 1,8 %
- Gymnasien: + 1,5 %
- Gesamtschulen: + 4,3 %
(von 2003/04 zu 2004/5)
- Berufsbild. Schulen: + 2,9 %

3.5 Bildungsetat

Seit 1998 ist der Anteil am Gesamthaushalt des Landes, der für Bildung aufgewendet wird, kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2004 wurden 22,84 Prozent (rund 1,8 Milliarden Euro) des Gesamthaushaltes für Bildung ausgegeben. Für 2005 sind 23,16 Prozent (rund 1,83 Milliarden Euro) vorgesehen.

4. Curriculumpolitik

4.1 Entwicklungen in der Curriculumpolitik

4.1.1 Bildungsstandards

Am 4. Dezember 2003 hat die Kultusministerkonferenz (KMK) auf ihrer 304. Plenarsitzung Bildungsstandards für die Mittleren Schulabschlüsse (Jahrgangsstufe 10) beschlossen. Entsprechende Standards für das Ende der Grundschulzeit (Jahrgangsstufe 4) und den Hauptschulabschluss (Jahrgangsstufe 9) folgten am 15.10.2004. Seit dem 16.12.2004 liegen für die Mittleren Schulabschlüsse auch die Bildungsstandards für die Fächer Biologie, Chemie und Physik vor.

Die Qualität von Schule zu sichern und Lernergebnisse zu verbessern, ist das erklärte Ziel der Bildungspolitik des Landes Schleswig-Holstein. Der Anspruch aller Kinder und Jugendlichen auf bestmögliche Bildung und Erziehung soll umgesetzt werden. Dabei spielen Bildungsstandards eine zentrale Rolle. Im Rahmen eines ergebnisorientierten Steuerungsverständnisses dienen sie dazu,

- Qualität schulischer Bildung, vor allem die des Unterrichts, zu sichern
- kooperative Unterrichtsentwicklung zu fördern
- Transparenz und Verbindlichkeit der Leistungsanforderungen zu erhöhen
- Probleme an den Schnittstellen der Bildungsgänge zu entschärfen
- Möglichkeiten des Aufstiegs in höhere Bildungsgänge zu verbessern
- Schülerinnen und Schüler gezielter zu fördern

Standards beschreiben Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Diese Kompetenzen umfassen mehr als abfragbares (Fakten-) Wissen oder spezifische Fertigkeiten. Sie beschreiben die Fähigkeit, lebensnahe Handlungszusammenhänge und Anforderungssituationen erfolgreich zu bewältigen. Die Kompetenzen werden anhand von Inhalten erworben, die wiederum in Standards fachspezifisch formuliert sind.

4.1.2 Lehrpläne und Lernpläne

Lehrpläne in Schleswig-Holstein sind Rahmenlehrpläne, die sich auf das Wesentliche und Notwendige des fachlichen und überfachlichen Lehrens und Lernens konzentrieren. Sie eröffnen den Schulen im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit die notwendigen Freiräume, um Impulse zur Weiterentwicklung des Unterrichts durch die Einführung von Bildungsstandards nutzen zu können.

Die schleswig-holsteinischen Lehrpläne für die allgemein bildenden Schulen und die bereits entwickelten beziehungsweise noch zu entwickelnden bundeseinheitlichen Bildungsstandards sind zueinander kompatibel, da beiden Steuerungsinstrumenten ein kompetenzorientierter Ansatz, ein gemeinsamer Bildungsbegriff, vergleichbare Grundprinzipien des Lernens und ein Verständnis schulartübergreifender Grundbildung zugrunde gelegt wird. Die schleswig-holsteinischen Lehrpläne und die KMK-Bildungsstandards haben unterschiedliche, aber sich ergänzende und aufeinander bezogene Funktionen. Während die Lehrpläne den unterrichtlichen Prozess des Kompetenzerwerbs in den Blick nehmen, legen die Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss fest, über welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Jahrgangsstufe 10 verfügen sollen.

Die Lehrpläne für die allgemein bildenden Schulen geben einen verbindlichen pädagogisch-fachlichen Rahmen für die Gestaltung der Lehr- und Lernprozesse vor. So sind systematisches, fachbezogenes Lernen sowie fachübergreifendes und themenzentriertes Arbeiten obligatorische Grundsätze der Unterrichtsgestaltung im Rahmen der Lehrpläne. Dagegen richten Bildungsstandards das Augenmerk stärker auf Lernergebnisse und konzentrieren sich auf Kernbereiche des jeweiligen Faches. Die einzelnen Standards sind den Kompetenzbereichen des Faches zugeordnet und beziehen sich auf die Ebene des Wissens und Könnens. Sie sind auf systematisches und vernetztes Lernen ausgerichtet und folgen dem Prinzip des schrittweise anwachsenden Kompetenzerwerbs.

Lehrpläne in Schleswig-Holstein sind, wie oben bereits erwähnt, Rahmenpläne. Die Gesprächspartner erfahren diesen Rahmencharakter jedoch offenbar anders: *Lehrpläne sind mit der Zeit immer genauer und auch komplizierter geworden. Viele Details sind nicht mehr praxisnah. Deshalb können die Lehrpläne auch nicht immer umgesetzt werden.* -

Die Bedeutung von Lehrplänen ist relativ, so ein anderer Gesprächspartner. Lehrpläne spielen eigentlich kaum noch eine Rolle. Sie sind fast entwertet geworden.

Neben den Lehrplänen gibt es in Schleswig-Holstein auch Lernpläne. Lernpläne sind individuell zugeschnittene Pläne für Schülerinnen und Schüler, die besondere pädagogische Bedürfnisse erkennen lassen. Lernpläne werden mit den Eltern besprochen und abgestimmt – die Eltern müssen die Lernpläne auch unterschreiben – und erst dann in Zusammenarbeit mit den Eltern durchgeführt.

Im August 2003 trat der Erlass zu Lernplänen an allgemein bildenden Schulen in Kraft. Der Lernplan kann die vier Bereiche „fachliches Lernen“, „Lern- und Sozialverhalten“, „Sprache und Denken“ sowie „Motorik und Wahrnehmung“ berücksichtigen, je nach individuellem Bedarf aber auch andere Beschreibungsbereiche mit aufnehmen. Ein wichtiges Merkmal ist sein Verabredungscharakter. Alle konkreten Fördermöglichkeiten und –maßnahmen werden mit allen am Lernprozess eines Kindes oder Jugendlichen beteiligten Personen – Eltern, Lehrkräften und Schülern – abgestimmt und verbindlich vereinbart. Auf diese Weise soll das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung für den Bildungsprozess der betroffenen Schüler/innen gestärkt werden.

Zugleich bahnt der Lernplan eine intensivere Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher im binnendifferenzierten Unterricht an. Welche Schüler/innen einen Lernplan bekommen, entscheidet die Klassenkonferenz. Der Lernplan selbst ist ein rein pädagogisches Instrument, das der zusätzlichen Unterstützung von Entscheidungen zum schulischen Werdegang eines Schülers dient und je nach Bedarf, in der Regel halbjährlich, fortgeschrieben wird.

4.2 Gründe für Veränderungen

Der politische Umschwung, aber auch die Ergebnisse aus PISA, PIRLS und IGLU, gaben in Schleswig-Holstein, wie auch in anderen deutschen Bundesländern, den entscheidenden Anstoß für eine neu zu orientierende Bildungs- und Schulpolitik. Ergebnisse aus nationalen und internationalen Vergleichen zu Schule und Unterricht werden von den Gesprächspartnern immer wieder als prominentes Motiv für Änderungen in Verfahren, Struktur und Steuerung des Unterrichtssystems genannt.

4.2.1 VERA

Alle Bundesländer haben als Konsequenz aus den PISA-Ergebnissen beschlossen, die Ergebnisse von Lehr- und Lernprozessen durch die Einführung von Standards sowie durch Vergleichsarbeiten und Verfahren der internen und externen Evaluation konsequenter als bisher in den Blick zu nehmen. Empirisch abgesicherte Informationen darüber, ob und in welchem Ausmaß bestimmte Kompetenzen von den Schülerinnen und Schülern tatsächlich erreicht werden, sollen für gezielte Maßnahmen zur Verbesserung des Unterrichts genutzt werden. Schleswig-Holstein beteiligt sich gemeinsam mit sechs weiteren Bundesländern an einem Projekt für Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch und Mathematik zu Beginn des 4. Schuljahrs: VERA. Dieses Projekt dient folgenden Zielen:

- Erfassung und Verbesserung diagnostischer Informationen: Zur Verbesserung der individuellen Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler brauchen Lehrkräfte mehr diagnostische Informationen und die Entwicklung diagnostischer Kompetenzen.
- Qualitätssicherung: Die Vergleichsarbeiten in Deutsch und Mathematik ermöglichen jeder Grundschule eine differenzierte Standortbestimmung durch den Vergleich der Ergebnisse der Klassen untereinander und den Vergleich mit den Ergebnissen der Schulen landesweit. Auch Fördermaßnahmen der Schulen können hinsichtlich ihrer Wirksamkeit besser beurteilt werden.
- Umsetzung der Lehrpläne: Da sich die Aufgaben inhaltlich an den Grundschullehrplänen des Landes Schleswig-Holstein orientieren, dient VERA auch der Umsetzung der Lehrpläne in den Unterrichtsalltag.
- Verbesserung der Unterrichtsqualität: Die aktive Beteiligung der Schulen an der Auswahl und Auswertung schulischer Aufgaben fördert sowohl den innerschulischen fachdidaktischen Austausch als auch die Kooperation der Kolleginnen und Kollegen mit dem Ziel, neue Impulse für die Unterrichtsentwicklung zu setzen.
- Beratung der Eltern: Die Eltern erhalten zusätzliche Informationen über den individuellen Leistungsstand ihrer Kinder, und zwar auf der Grundlage eines empirisch abgesicherten Verfahrens.
- Förderung der Medienkompetenz: Das Projekt

VERA setzt die aktive Nutzung des Internets durch die beteiligten Lehrkräfte voraus. Dies gilt insbesondere für die Auswahl der Aufgaben, für die Ergebnisauswertung und -rückmeldung. Damit setzt VERA neue Maßstäbe in der Nutzung des Internets für das schulische Qualitätsmanagement.

4.2.2 PIRLS und IGLU

Mit PIRLS und IGLU wird international vergleichend das Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern der vierten Jahrgangsstufe getestet. In Deutschland nehmen alle Länder an dieser Studie teil. IGLU/E ist eine nationale Erweiterung (E) von PIRLS und IGLU. Mit IGLU/E werden in Deutschland in zwölf Bundesländern die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich erfasst.

PIRLS und IGLU sind Studien der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA). Die IEA hat die Gesamtverantwortung für die internationale Organisation von PIRLS und IGLU an das Boston College Chestnut Hill, MA, USA delegiert.

Die Aufbereitung des internationalen Datensatzes erfolgt am IEA Data Processing Center (DPC) in Hamburg.

In Deutschland wird IGLU und IGLU/E gemeinsam von Prof. Dr. Wilfried Bos, Universität Hamburg, Institut für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft, Prof. Dr. Manfred Prenzel, Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel (IPN), Prof. Dr. Renate Valtin, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Schulpädagogik und Pädagogische Psychologie, und Prof. Dr. Gerd Walther, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Institut für Mathematik und ihre Didaktik, durchgeführt. Die Koordination obliegt dem Lehrstuhl für Quantitative Methoden und Internationale Bildungsforschung der Universität Hamburg bei Prof. Dr. Wilfried Bos und Dr. Eva-Maria Lankes.

PIRLS und IGLU wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und durch die Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland gefördert, IGLU/E durch die Kultusminister der beteiligten Länder unter der Federführung des Landes Schleswig-Holstein.

4.2.3 PISA

PISA steht für „Programme for International Student Assessment“. Ziel der PISA-Studie ist die zyklische, ländervergleichende Erhebung bedeutsamer Kompetenzen von 15-jährigen Jugendlichen in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften. Darüber hinaus werden Bedingungen von Schulleistungen in Unterricht, Elternhaus und Freundeskreis erfasst, die Einfluss auf die Kompetenzen und das Erleben junger Menschen haben.

Anliegen von PISA ist es, Aussagen darüber zu machen, wie gut Schülerinnen und Schüler darauf vorbereitet sind, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Dabei ist weniger von Interesse, wie gut sie die schulischen Anforderungen des jeweiligen Bildungssystems meistern. Auf der Basis der grundlegenden vergleichenden Forschung kann und soll eine Verbesserung der Bildungssysteme in Gang gesetzt werden.

Die PISA-Studie wird im Auftrag der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) durchgeführt. Sie wird koordiniert von einem Internationalen Konsortium unter der Leitung des Australian Council for Educational Research (ACER). Die Nationale Projektleitung für Deutschland liegt beim Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) in Kiel.

Die Projektzyklen PISA 2000 - 2003 - 2006:



Quelle: <http://pisa.ipn.uni-kiel.de/zyklen.html>

Nachdem im Juli 2005 erste Ergebnisse der PISA-E-Studie vorlagen, sollen im November 2005 die ausführlichen Analysen zum PISA-E-2003-Bericht veröffentlicht werden. Dabei stehen die Detail-Ergebnisse über die Schularten im Mittelpunkt. Im März nächsten Jahres nehmen wiederum rund 90 Schulen aus Schleswig-Holstein an der inzwischen dritten Phase des internationalen PISA-Tests teil. Mit den Ergebnissen ist in den Jahren 2007 und 2008 zu rechnen.

Die letzten Informationen aus den PISA-Studien zeigen im Vergleich zu früheren Ergebnissen eine Verbesserung. „Ich freue mich darüber, dass sich gegenüber den Ergebnissen von PISA-2000-E die Leistungen der Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein wie auch der anderen Länder durchgehend verbessert haben,“ so die Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave in Berlin nach der Sitzung der Kultusministerkonferenz, die sich mit dem PISA Ländervergleich befasst hatte. Schleswig-Holstein konnte in allen drei Bereichen – in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften –, die 2000 und 2003 getestet wurden, Zuwächse erzielen und hat erfreulicherweise im neuen 4. Bereich, „Problemlösen“, einen guten 5. Platz belegt. Erdsiek-Rave: „Die Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein haben damit gute Voraussetzungen, ihr Wissen aus der Schule im künftigen Ausbildungs- und Berufsleben einzusetzen. Das stimmt mich optimistisch. Wir sind auf dem richtigen Weg, haben aber unser Ziel, bei PISA insgesamt und international in die Spitze zu kommen, noch längst nicht erreicht.“

Verbessert hat sich Schleswig-Holstein auch im Bereich Lesen. Mit Platz 5 (davor Platz 8) und einem überdurchschnittlichen Zuwachs von insgesamt zehn Punkten ist das Bundesland nun im oberen Mittelfeld platziert. In Mathematik (Platz 7; davor Platz 5) und Naturwissenschaften (Platz 8; davor Platz 6) hat sich Schleswig-Holstein auf Mittelplätzen behaupten können.

Für Schleswig-Holstein wie für die Mehrzahl der anderen Bundesländer bestehen nach wie vor die Herausforderungen, die bereits im Dezember des vergangenen Jahres nach der Veröffentlichung der internationalen PISA-2003-Ergebnisse benannt wurden:

- Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne ausreichende Grundlage für eine angemessene Lebensgestaltung. Dies gilt vor allem für Kinder und Jugendliche, die aus sozial schwierigem Umfeld stammen oder einen Migrationshintergrund haben.
- Der Abstand zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern hat sich noch nicht verringert.
- Die soziale Herkunft hat nach wie vor einen zu großen Einfluss auf den schulischen Erfolg der Schülerinnen und Schüler.

Einer der Gesprächspartner hebt hervor, dass PISA dazu zwingt, wieder stärker zu vereinheitlichen. PISA ermögliche wieder eine Zentralisierung. Und PISA zwingt auch zum Handeln. Es

gibt die Möglichkeit, die Entwicklungen globaler und europäischer zu sehen und entsprechend zu handeln. Aber niemand stellt offenbar die PISA-Ermittlungsmethoden in Frage. Nach Meinung der Gesprächspartner sind die Ermittlungsmethoden nicht als wissenschaftlich oder wissenschaftlich abgesichert zu betrachten. Die Ergebnisse jedoch werden angenommen wie Gottesurteile.

4.3 Aktuelle und beabsichtigte Änderungsstrategien

Im bildungspolitischen Vorhaben der Ministerin gibt es zur Zeit eine Reihe von Maßnahmen, die der weiteren Qualitätsentwicklung des Unterrichts dienen sollen. Diese Maßnahmen beziehen sich sowohl auf fachspezifische als auch auf schulorganisatorische Bereiche. So ist beispielsweise die Zusammenarbeit der Schulen wie auch die Kooperation zwischen Lehrkräften und Eltern ein vorrangiges Anliegen des Ministeriums. Darüber hinaus spielen Fragen der Verantwortlichkeit und Transparenz eine wichtige Rolle. Zusammengefasst lässt sich die aktuelle bildungspolitische Richtung charakterisieren mit den Begriffen:

- mehr Rechenschaft (im Sinne von Eigenverantwortung)
- mehr Konsequenz
- mehr Transparenz

Konkretisiert geht es um vier Regierungsvorhaben in unterschiedlichen Bildungsbereichen, von denen im Folgenden einige nur genannt und andere beschrieben werden.

4.3.1 Regierungsvorhaben im Bildungsbereich I

Die Regierungsvorhaben im Bildungsbereich I konzentrieren sich auf folgende Bereiche:

- Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen
- Vorschulische Sprachförderung
- Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern
- Einführung des Englischunterrichts ab der 3. Grundschulklasse
- Ausbau der Verlässlichen Grundschule und Sicherung der Betreuungsangebote

Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen (KITAs)

In Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände und der

Landeselternvertretungen von Kindertageseinrichtungen sind 2003/04 „Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Jugendhilfe“ erarbeitet worden. Ziel ist es, die Kooperation zu verstärken, um den Kindern den Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Schule zu erleichtern.

Vorschulische Sprachförderung

Ein Schwerpunkt in der Bildungspolitik Schleswig-Holsteins ist die verstärkte Sprachförderung vom Eintritt des Kindes in eine Kindertagesstätte bis zum Besuch der Grundschule: „Von KITA bis Schule“. Die Landesregierung beabsichtigt, für dieses Vorhaben in den kommenden Jahren 27 Millionen Euro zu investieren. Damit soll das so genannte „Integrative Sprachförderkonzept“ weiter ausgebaut werden, und besonders Kinder aus sozial schwierigem Umfeld oder mit Migrationshintergrund sollen eine möglichst frühzeitige sprachliche Förderung erhalten.

Die vorschulische Sprachförderung im letzten Halbjahr vor Schulbeginn enthält folgende Elemente:

- Das Einschulungsgespräch - und damit auch die Schuleingangsuntersuchung - wird um ein Quartal vorgezogen (im Herbst 2005 für das Schuljahr 2006/07). Bei allen Kindern wird im Einschulungsgespräch auch der Sprachstand beobachtet und bewertet.
- Gibt es im Einschulungsgespräch Hinweise auf Sprachdefizite, erfolgt eine zweite Untersuchung mit Fachkräften, um den Sprachstand dieser Kinder genauer einschätzen zu können. Bestätigen sich in dieser Untersuchung die vermuteten Defizite, erfolgt im letzten Halbjahr vor der Einschulung eine Sprachintensivförderung. Diese ist ab 2007 - nach Änderung des Schulgesetzes - verpflichtend.
- Die Sprachintensivförderung erfolgt durch Fachkräfte für Deutsch als Zweitsprache im Rahmen des Programms SPRINT. Sie findet für Kinder ohne KITA-Besuch in der Regel in den Schulen statt, für Kinder aus KITAs in diesen Einrichtungen. Die Kurse umfassen mindestens 10 Wochenstunden über mindestens 20 Wochen. Begleitend zu dieser Förderung soll auch den Eltern von Migrantenkindern ein entsprechendes Angebot gemacht werden. In den Fällen, wo eine Sprachheilförderung notwendig ist, wird diese durch Sprachheilkräfte vorgenommen.
- Darüber hinaus wird die allgemeine

Sprachförderung in KITAs mit dem Schwerpunkt der „Phonologischen Bewusstheit“ (Ohrentraining zum Schriftspracherwerb) ausgebaut.

- Die Sprachförderung wird in der Schule fortgesetzt. So genannte „DaZ“-Zentren (Deutsch als Zweitsprache) bieten Schülerinnen und Schülern mit geringen Deutschkenntnissen spezielle Deutschkurse an. Geplant ist eine weitere Vernetzung und Zusammenarbeit der Fachkräfte für „Deutsch als Zweitsprache“.

Einführung von Englischunterricht ab der 3. Grundschulklasse

Die Einführung des Fremdsprachenlernens in der Grundschule soll frühzeitig die Entwicklung einer positiven Einstellung zum lebenslangen Fremdsprachenlernen fördern sowie das systematische Erlernen von Fremdsprachen in den weiterführenden Schulen vorbereiten. Seit Beginn des Schuljahres 2004/05 wird an allen Grundschulen in Schleswig-Holstein Fremdsprachenlernen ab Klasse 3 oder 4 angeboten. Über 1000 Lehrkräfte haben sich für das Englischlernen an der Grundschule qualifiziert.

Ausbau der Verlässlichen Grundschule und Sicherung der Betreuungsangebote

Seit dem Schuljahr 2003/04 führt die Landesregierung schrittweise die Verlässliche Grundschule ein. Dabei wird die Grundschule zu einem altersangemessenen Lern- und Lebensraum für Kinder weiterentwickelt. Der verlässliche Zeitrahmen erleichtert den Eltern die Koordination von Familie und Beruf.

Kernpunkte des Konzepts sind verlässliche Schul- und Unterrichtszeiten für alle Kinder. Sie betragen für die Klassenstufe 1 und 2 täglich 4 sowie für Klassenstufe 3 und 4 täglich 5 Zeitstunden. Darin enthalten sind wöchentlich 20 Unterrichtsstunden für Klassenstufe 1 und 2 sowie 24 Unterrichtsstunden für Klassenstufe 3 und 4.

Das Land unterstützt die Einführung der Verlässlichen Grundschule in erheblichem Umfang. Es stellt in jeder Region 50 zusätzliche Lehrerplanstellen sowie Finanzmittel im Umfang von weiteren 25 Stellen zur Verfügung. Auch sind die Zuschüsse des Landes für ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot in Ergänzung der

Schulzeit erhöht worden. Die Einführung der Verlässlichen Grundschule wird zum Schuljahr 2007/08 abgeschlossen sein.

4.3.2 Regierungsvorhaben im Bildungsbereich II

Die Regierungsvorhaben im Bildungsbereich II konzentrieren sich auf folgende Bereiche:

- Aufbau von Offenen Ganztagschulen
- Stärkung der Förderorientierung und Durchlässigkeit des Schulwesens
- Einrichtung eines Förderfonds
- Weiterentwicklung der Qualitätssicherung
- Einführung zentraler Abschlussprüfungen

Aufbau von Offenen Ganztagschulen

Die Zahl der Ganztagschulen in Schleswig-Holstein steigt kontinuierlich - mittlerweile sind es insgesamt 244 (221 offene, 23 gebundene) von 1047 allgemein bildenden Schulen, also fast 25 Prozent. Darüber hinaus gibt es an weiteren 40 Schulen Ganztagsangebote. Das Land fördert Ganztagschulen und Ganztagsangebote an Schulen im Schuljahr 2005/06 mit 1.64 Millionen Euro (2004/05: 897.454 Euro). Rund 37 Millionen Euro werden über das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung (IZBB) im Jahr 2005 in den Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen in Schleswig-Holstein investiert. Seit 2003 sind mittlerweile insgesamt 221 Offene Ganztagschulen eingerichtet worden. Sie bieten an mindestens drei Wochentagen zusätzlich zum planmäßigen Unterricht Förder- und Bildungsangebote sowie sinnvolle Freizeitgestaltung an.

Weiterentwicklung der Qualitätssicherung

Die Qualitätssicherung des Unterrichts soll den drei Leitlinien: mehr Rechenschaft, mehr Konsequenz, mehr Transparenz (s.o.) folgen. Dies gilt insbesondere für folgende Projekte:

- Vergleichsarbeiten (VERA) werden für alle Schularten entwickelt. Sie werden am Ende der Klassen 3 (im Schuljahr 2005/06 noch Anfang Klasse 4, im Schuljahr 2006/07 Ende Klasse 3) sowie der Klassenstufen 6 und 8 geschrieben.
- Die Evaluation im Team (EVIT) oder der Schul-TÜV sollen künftig alle vier statt, wie bisher, alle sieben Jahre stattfinden. Das Verfahren wird inhaltlich weiterentwickelt.
- Schrittweise werden zentrale Prüfungen für alle

Schulabschlüsse eingeführt. Das Zentralabitur ist für das Schuljahr 2007/08 geplant.

- Die Schulen informieren in „Schulporträts“ über ihre pädagogischen Angebote und inhaltlichen Schwerpunkte, aber auch über Unterrichtsversorgung, Schulprogramme und Ergebnisse aus Schul-TÜV oder EVIT.
- In vielen dieser Projekte wird eine enge Zusammenarbeit mit Hamburg angestrebt. Ein gemeinsames Ziel ist unter anderem eine fachlich unabhängige „Qualitätsagentur“ im nord-deutschen Verbund.

Einführung zentraler Abschlussprüfungen

Möglichst alle Schülerinnen und Schüler der Hauptschule sollen einen Abschluss machen und in ihrer Ausbildungsfähigkeit gestärkt werden. Deshalb hat die Landesregierung 2004 ein „Konzept zur Weiterentwicklung der Hauptschule“ mit den beiden Schwerpunkten „Stärkung der Fachkompetenz besonders in den Kernbereichen Deutsch, Mathematik und Englisch“ und „Erweiterung der Berufsorientierung, Berufswahlvorbereitung und Förderung der Selbstkompetenz“ vorgelegt.

Seit dem Schuljahr 2004/05 gibt es an den Hauptschulen am Ende des 9. Schuljahrs in Form von „abschließenden Leistungsnachweisen“ in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch sowie in einer im Team zu erarbeitenden Projektarbeit eine vergleichbare Leistungsüberprüfung. An der Realschule gibt es eine Abschlussprüfung nach Klasse 10. Alle Schülerinnen und Schüler an Integrierten Gesamtschulen absolvieren am Ende der Sekundarstufe I ebenfalls eine Abschlussprüfung.

4.3.3 Regierungsvorhaben im Bildungsbereich III

Die Regierungsvorhaben im Bildungsbereich III konzentrieren sich auf folgende Bereiche:

- Neuordnung des gymnasialen Bildungsganges
- Einführung der Gemeinschaftsschule
- Neugestaltung der Schulträgerstruktur und Verbesserung der Wirksamkeit von Schulentwicklungsplanung
- Einrichtung eines Schulkostenausgleichfonds unter Einbeziehung des Schulbaus
- Verbesserung der Qualität der Berufsbildung im schulischen Bereich

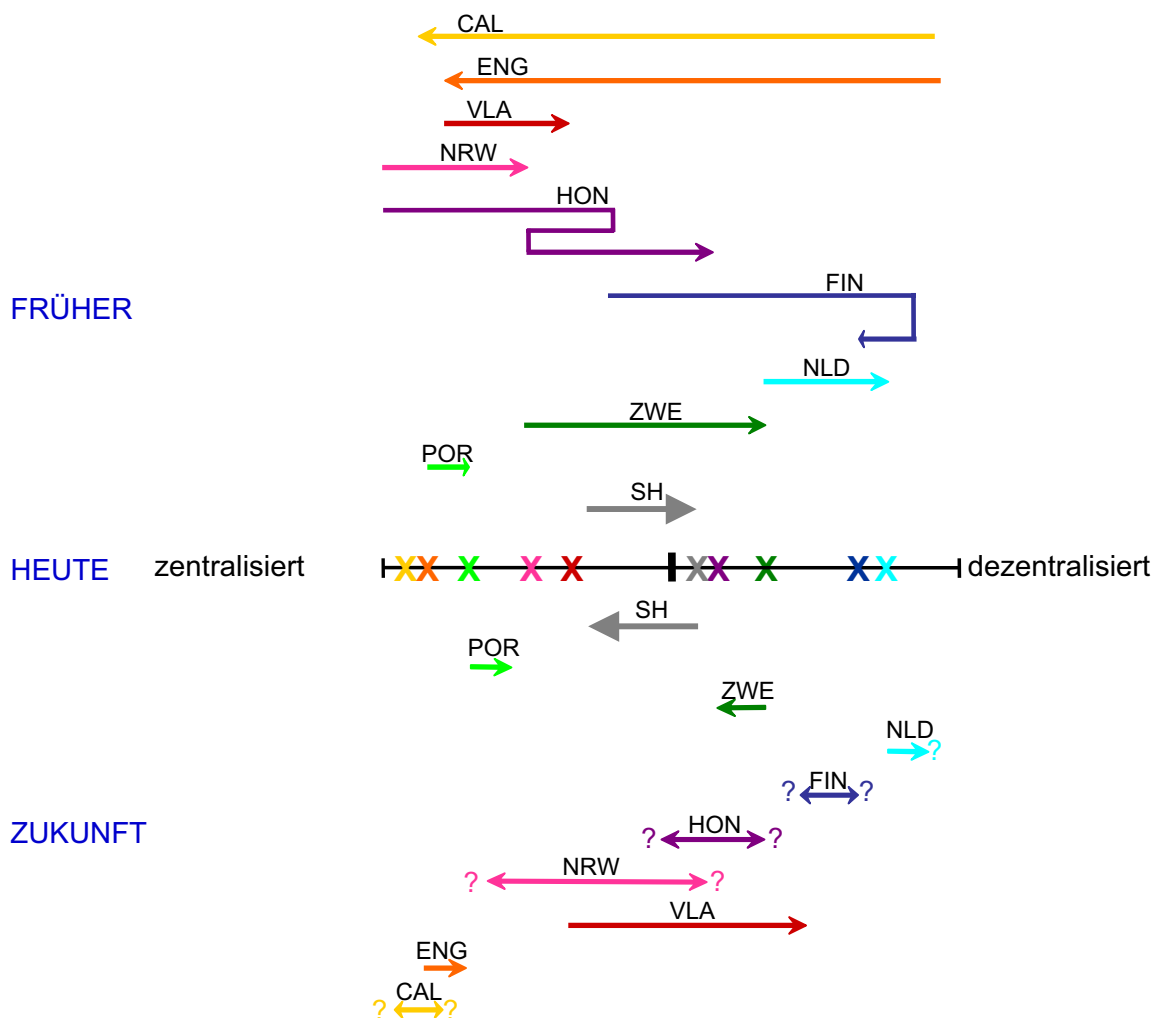
4.3.4 Regierungsvorhaben im Bildungsbereich IV

Die Regierungsvorhaben im Bildungsbereich IV konzentrieren sich auf folgende Bereiche:

- Privatschulförderung
- Förderung der Schulen der Dänischen Minderheit (Die Schul- und Kindergartenarbeit der dänischen Minderheit wird vom Dänischen Schulverein für Südschleswig getragen, der auch für die pädagogische Gestaltung verantwortlich ist. Die Schulen und Kindergärten werden durch das Land finanziell gefördert.)
- Neugestaltung der Lehrerausbildung
- Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte
- Drogenfreie Schule

4.4 Curriculumpolitik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Die Einführung von Bildungsstandards für bestimmte Fächer, die Einführung zentraler Prüfungen, die Einführung eines Systems für externe Evaluation im Team (EVIT; s.u.) und anderer Feedbacksysteme sowie unterschiedliche zentrale Maßnahmen deuten auf eine grundsätzliche Richtungsänderung der Bildungspolitik Schleswig-Holsteins: Die zentrale Steuerung nimmt zu. Als Leitthema wird zwar die Stärkung der Kompetenz und Eigenverantwortung der Schulen genannt, doch diese Eigenverantwortung ist eingeschränkt durch eine zu starke Einmischung auf zentraler Ebene, so ein Gesprächspartner. Die Erwartung aller Gesprächspartner ist, dass diese Tendenz in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird.



5. Veränderungen der Curriculumpolitik in der Praxis

5.1 Aktuelle Themen der „School Innovation“

„School Innovation“, die Innovationsbemühungen für das Schulwesen, beziehen sich in erster Linie auf die Stärkung der Eigenverantwortung der einzelnen Schulen - einer Verantwortung allerdings, die im Zuge der bildungspolitischen Gegenbewegung durch Einführung von Bildungsstandards und die Veröffentlichung von Leistungsergebnissen begrenzt ist (s. auch 5.2.1). Daneben sind sozialpädagogische und gesundheitliche Themen aktuell. So hat beispielsweise das Thema „Gewalt an Schulen“ in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, und auch die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund rückt zunehmend ins Blickfeld von Schule und außerschulischen Bildungseinrichtungen.

Auch die Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler ist ein aktuelles Thema in der Schulpolitik Schleswig-Holsteins, ebenso wie die Drogenproblematik. Alle allgemein bildenden Schulen des Landes sollen drogenfrei werden. Am 17. Oktober 2005 wird ein Erlass für ein generelles Rauch- und Alkoholverbot in Schulen in Kraft treten. Durch umfassendes Informationsmaterial und Fortbildungen werden die Schulleitungen und Lehrkräfte unterstützt, die Umsetzung vor Ort zu organisieren.

5.2 Bildungsstandards, Teamevaluation und Schulporträts

5.2.1 Bildungsstandards

Standards legen fest, was das Kind oder der Jugendliche am Ende eines Schuljahrs können soll, also den „Output“. Lehrpläne stellen Anforderungen und Aufgaben für die Lehrkräfte dar, also den „Input“. Standards sind konkret, detailliert formuliert und orientieren sich an den Lehrplänen. Die Lehrpläne wiederum werden durch Standards verdeutlicht. Lehrpläne und Standards sind also kompatibel.

Die vorgelegten Bildungsstandards konzentrieren sich auf überprüfbare, fachbezogene Kompetenzen in Kernbereichen eines Faches, von denen angenommen wird, dass Schülerinnen und Schüler sie im Laufe ihrer Schulzeit erwerben. Sie messen also nicht das gesamte Spektrum von Bildung und Erziehung. Für sich allein genommen bieten sie daher auch keine

Grundlage für die Beurteilung einer individuellen Leistung in Form von Noten.

Es bleibt also nach wie vor Aufgabe der Lehrkräfte, in die Beurteilung der Leistung einer Schülerin / eines Schülers das gesamte Leistungsspektrum, also die individuellen Lernfortschritte, Lernbereitschaft, Lernperspektiven usw. mit einzubeziehen.

Die Diagnose des individuellen Lernstands eines Schülers setzt einen diagnostischen Blick auf die Schülerleistung voraus. Insbesondere muss die Feststellung eines Lernstands von der Bewertung einer Leistung unterschieden werden. Aus diesem Grund ist eine große Zahl der vom IQSH angebotenen Fortbildungsveranstaltungen sowohl in der Lehrerbildung als auch in der Lehrerfortbildung auf den Aufbau und die Erweiterung der diagnostischen Kompetenz gerichtet. Lehrkräfte werden vertraut gemacht mit diagnostischem Instrumentarium und unterstützt in der Betrachtung und Analyse von Schülerleistungen im Zusammenhang mit den vorgegebenen Standards.

Die Standards selbst sind eigentlich begrüßenswert, so einer der Gesprächspartner. Man weiß, woran man ist. Aber viele Schulen kennen sie noch nicht und haben sich auch noch nicht damit auseinandergesetzt, obgleich die Standards mit den Lehrplänen kompatibel sind. Und: Gegen die Standards haben wir grundsätzlich keine Widerstände. Sie sind uns von den Lehrplänen her bekannt. Aber so etwas wie VERA zum Beispiel löste geradezu Panik aus, denn das kam unvorbereitet von oben.

Ein anderer Gesprächspartner äußert sich zur Integration der Bildungsstandards in den Schulalltag. Auch er betont, dass *die Standards selbst nicht das Problem sind und dass die Kollegen lernen müssen, damit umzugehen und sie in ihre Arbeit einzubeziehen. Die Zielausrichtungen sind uns von den Lehrplänen her ja auch bekannt. Der Fehler ist aber: Nicht nur die Zielformulierungen sind verbindlich, sondern auch die Maßnahmen und Methoden werden festgelegt. Die Freiräume, die Schulen und Lehrkräfte einmal hatten, sind praktisch weg. Für eigenverantwortliche Gestaltung bleibt de facto wenig Zeit und Raum. Auch die diagnostischen Maßnahmen brauchen viel Zeit und Energie. Und dann reagieren die Kollegen auch abwehrend auf die Standards.*

Die Erreichung und Einhaltung der Bildungsstandards werden auf vielfältige Weise überprüft. Vorgeschriebene, standardisierte Vergleichs-

arbeiten beispielsweise sollen den Schulen Leistungsorientierungen und gleichzeitig Möglichkeiten der Gestaltung interner wie externer Evaluationsprozesse bieten. Die Bildungsstandards stehen sowohl im Zusammenhang mit dem Schulprogramm, in dem schulische Entwicklungsvorhaben festgelegt und überprüft werden, als auch mit der externen Evaluation. Dies gilt für alle allgemein bildenden Schulen, Sonderschulen und künftig auch für die berufsbildenden Schulen.

Die Überbetonung der Vergleichbarkeit von Leistungen und die zentralen Prüfungen sind ein Akt der Hilflosigkeit gegenüber den Folgen, die sich aus der Vergrößerung der Autonomie der Schulen seit 1988 ergeben haben, so ein Gesprächspartner. Alle werden über einen Kamm geschoren. Wie kann man denn annehmen, es könne so etwas wie eine einheitliche Leistungsfähigkeit bei allen geben?

Als widersprüchlich und unklar wird angesehen, wie sich die Leistungsmessung, die sich an den zu erreichenden Standards orientieren soll, zu der Aussage verhält, dass Standards weniger abfragbares Wissen, sondern eher Fähigkeiten und Kompetenzen beinhalten. Im Rahmen der Diskussion taucht wiederholt die Frage auf: *Wie kann eine erworbene Kompetenz – im Gegensatz zum Faktenwissen – exakt und vor allem unter besonderer Berücksichtigung der Vergleichbarkeit gemessen werden, und zwar so, dass daraus haltbare Aussagen über die Qualität einer Leistung abgeleitet werden können? Wie unterscheidet sich die Messung einer Kompetenz von der Messung von (Fakten-) Wissen?*

5.2.2 EVIT: Externe Evaluation im Team

Wie oben erwähnt, ist die „Externe Evaluation im Team“ (EVIT) eine bildungspolitische Maßnahme zur Qualitätsentwicklung und -sicherung der Arbeit in den einzelnen Schulen.

Das EVIT-Team besteht aus drei Personen unterschiedlicher Funktion. Dies sind:

- der Geschäftsführer und Leiter des EVIT-Teams, die/der zuständige Schulaufsichtsbeamte
- ein/e Vertreter/in des IQSH, die/der für die Arbeit im EVIT-Team qualifiziert wurde
- ein so genannter „kritischer Freund“, Leiter/in einer benachbarten Schule ähnlichen Systems, den/die die jeweilige Schule vorgeschlagen hat

Das EVIT-Team besucht eine Schule in der Regel zwei Tage. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf alle die Schule betreffenden Inhalte und Bereiche. Unterricht, Verwaltung, Konferenzen und Gespräche mit Schulleitung, Lehrkräften, Schüler/innen und Eltern stehen ebenso auf dem Programm wie das Profil der Schule, das Schulprogramm, pädagogische Schwerpunkte, besondere Aktivitäten und geplante Entwicklungen. Differenzierte Rückmeldungen, die Empfehlungen und verbindliche Vorgaben für die weitere Arbeit an der Schule enthalten, werden nach etwa vier Wochen gegeben. Alle Teilnehmer/innen des EVIT-Teams stehen der Schule für weitere Gespräche zur Verfügung. EVIT dient ausdrücklich nicht dazu, die Arbeit einzelner Lehrkräfte einzuschätzen. Die Anonymität der individuellen Lehrkraft soll gewahrt bleiben, d.h. im Rahmen von EVIT wird auf keinen Fall die Unterrichtsqualität des einzelnen Lehrers beurteilt.

Gesprächspartner, die eine Schule leiten, äußern sich zum EVIT-Programm *„mit gemischten Gefühlen“*: *Einerseits ist es außerordentlich interessant und bereichernd, auch für die eigene Arbeit, die Schule zu beraten; andererseits ist man als unmittelbarer Kollege in solch einem Team doch vorsichtig, weil man weiß, wie schwer all die Vorgaben umzusetzen sind.* Außerdem beklagen sich die Schulleiter darüber, dass sie für EVIT tageweise aus ihren Schulen herausgezogen werden und während dieser Zeit ihren Schulen nicht zur Verfügung stehen.

Das Programm EVIT wurde im Jahr 2004 eingeführt. Es ist gekoppelt an Maßnahmen wie Vergleichsarbeiten Ende des 3., 6. und 8. Jahrgangs, an die Einführung zentraler Abschlussprüfungen und an die Einrichtung von „Schulporträts“. Durch diese Maßnahmen sollen zusätzliche Informationen über (Aus-) Wirkungen der schulischen Arbeit transparent und verfügbar gemacht werden – für die interessierte (professionelle) Öffentlichkeit und für die die Schulen beurteilenden EVIT-Teams.

Verlässliche Aussagen über die Qualität von Schule setzen nicht nur geeignete Instrumente und passende Verfahren voraus, sondern bedürfen vor allem inhaltlich abgesicherter wie legitimer Kriterien. EVIT formuliert Qualitätsmaßstäbe, die einerseits aus den Vorgaben des Landes Schleswig-Holstein – in erster Linie aus dem Schulgesetz und den Lehrplänen – abgeleitet wurden und andererseits dem derzeitigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse entsprechen. Alle wesentlichen Konzepte externer

Evaluation im In- und Ausland werden für die Gestaltung und Weiterentwicklung von EVIT herangezogen.

Ein für das EVIT-Konzept wichtiger Grundsatz ist, dass eine Schule nur für den Gestaltungsspielraum, den sie tatsächlich verantworten kann, Rückmeldungen erhält. So werden beispielsweise die Lern- und Arbeitsbedingungen einer Schule als wichtige Voraussetzungen schulischer Arbeit erhoben und berücksichtigt. Hinzu kommen die rechtlichen Vorgaben, die soziale Umgebung und die institutionellen Voraussetzungen, die jeder Schule Rahmen und Grenzen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten setzen. In der Struktur des EVIT-Abschlussberichts werden diese Informationen unter der Überschrift „Schulischer Kontext“ als von der Schule nicht zu beeinflussende Rahmenbedingungen vorangestellt. *Beklagt wird, dass im Nachgang der EVIT-Maßnahmen (noch) keine gezielten Fortbildungsangebote zur Verbesserung der Unterrichtswirksamkeit zur Verfügung stehen. Es fehlen vor allem Veranstaltungen, in die eine Unterrichtsmittschau integriert ist.*

5.3.3 Schulportraits

Ein weiteres Vorhaben der Landesregierung im Bereich der Qualitätssicherung liegt darin, für die schulische Berichterstattung „Schulporträts“ (s.o.) einzurichten, durch die sich die interessierte Öffentlichkeit über die Arbeit einer Schule informieren kann. Schulen sollen die Schulporträts dazu nutzen, sich mit ihrem pädagogischen Angebot, ihren inhaltlichen Schwerpunkten und sonstigen Aktivitäten vorzustellen. EVIT bietet, als Befragungsinstrumentarium verstanden, den für die Schulporträts notwendigen Referenzrahmen. Zu den Informationen, die im Schulporträt veröffentlicht werden, gehören auch Ergebnisse zentraler Abschlussprüfungen und Vergleichsarbeiten (unter Bezug auf die Landesdurchschnittswerte) sowie Ergebnisse aus EVIT und die Konsequenzen für die weitere schulische Entwicklung. Die landesweite Einführung von „Schulporträts“ ist für das Schuljahr 2006/2007 geplant.

Die Meinungen der Gesprächspartner zu dem Auftrag, Schulportraits zu gestalten und zu veröffentlichen, sind zwiespältig. Einerseits wird begrüßt, dass die spezifischen schulindividuellen Aktivitäten, die einer Schule ihr unverwechselbares Profil geben, zu einem Konzept zusammengestellt und veröffentlicht werden. *Andererseits muss aber auch das wieder, wie die Schulprogramme, der Schulaufsicht vorgelegt*

werden, und man fragt sich, wo die verbriefte Autonomie der Schule und ihre Eigenverantwortlichkeit bleiben. Auch EVIT, so wird in diesem Zusammenhang erwähnt, ist grundsätzlich begrüßenswert, doch hätte man EVIT als Konzeptbausteine anbieten und den Schulen zur Verfügung stellen können. So aber wirkt es sehr aufgezwungen: 'Ihr müsst das machen, damit ihr gut werdet!' Und das stimmt so einfach nicht. Das Arbeitsprogramm ist das Schulprogramm und umgekehrt. Aber es gibt kaum Hinweise dafür, was im Einzelnen dazu gehören soll, wohl aber muss es der Schulaufsicht vorgelegt werden. Erarbeitet die Schule also in Eigenverantwortung ein Kontrollinstrument für Schulaufsicht und Ministerium?

5.3 Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler

In Schleswig-Holstein gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler. Dazu zählen unter anderem:

- die vorzeitige Einschulung
- die flexible Eingangsphase in der Grundschule
- flexible Möglichkeiten zum Überspringen von Klassenstufen
- seit 2001/02 der Modellversuch zur Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre
- Fördernetzwerke von Kindertagesstätten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen mit Workshops für besonders Begabte (wie z. B. das „Pinneberger Modell“)
- Schülerakademien in Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen
- der Besuch von besonders begabten Oberstufenschülerinnen und -schülern als Frühstudierende an Hochschulveranstaltungen (inklusive Erwerb von Leistungsscheinen).

5.4 Beurteilung und Zeugnisse

Bei der Beurteilung der Lernentwicklung und des Lernerfolges sollen nicht allein die Lernergebnisse, sondern auch Anstrengungsbereitschaft und individuelle Lernfortschritte gewürdigt werden. Anforderungen und Lernschritte sind auf das einzelne Kind zugeschnitten. Dadurch werden die Schülerinnen und Schüler motiviert, sich neuen Herausforderungen zu stellen.

In den ersten drei Schuljahren erhalten die Schülerinnen und Schüler Berichtszeugnisse, d. h. ihre Lernentwicklung und ihre Leistungen

werden nicht in Noten, sondern in Berichten der Lehrkräfte dokumentiert. In der dritten Klasse können auf Beschluss der Schulkonferenz erstmals Notenzeugnisse mit verbalen Ergänzungen erteilt werden.

Mit dem Halbjahreszeugnis in der vierten Klasse erhalten die Eltern Empfehlungen für die weitere Schullaufbahn ihres Kindes. Denn nach der vierten Klasse steht eine entscheidende Zäsur an: der Sprung auf die weiterführende Schule. Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule wechseln nach dem Besuch der Klassenstufe 4 ohne Versetzungsbeschluss in die Orientierungsstufe oder gemeinsame Orientierungsstufe der Hauptschule, der Realschule, des Gymnasiums oder auf die Gesamtschule. Nach umfassender Beratung entscheiden die Eltern, an welcher Schulart ihr Kind die Orientierungsstufe besuchen soll.

5.5 Aufgaben der Schulaufsicht

Das Schulwesen untersteht der Aufsicht des Landes Schleswig-Holstein. Für die Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen gibt es Untere Schulaufsichtsbehörden, die Schulämter. Für alle Schularten gibt es ferner eine Oberste Schulaufsichtsbehörde, das Bildungsministerium. Die Schulaufsicht wird wahrgenommen von den Schulämtern in den Kreisen und kreisfreien Städten. Die Schulaufsicht berät die Schulen, insbesondere die Lehrkräfte. Sie hat die Fachaufsicht über Erziehung und Unterricht und die Dienstaufsicht über die Schulen. Zu den Aufgaben der Schulaufsicht zählt außerdem die Rechtsaufsicht über die Schulträger und deren Beratung.

Das Schulamt ist bei den Kreisen und den kreisfreien Städten angesiedelt. Es besteht aus einer Schulrätin oder einem Schulrat oder mehreren Schulrätinnen und Schulräten. Die Schulräte können Ausnahmen von der Höchstdauer des Schulbesuches zulassen, sie sind zuständig für die Zuweisung zu einer Sonderschule und verpflichten die vom Schulbesuch zurückgestellten Kinder zum Besuch anderer Bildungseinrichtungen. Die Schulräte bestimmen auch, welche Schule für Gemeinden ohne eigene Schule zuständig ist, und sie entscheiden, ob eine Schülerin oder ein Schüler eine örtlich nicht zuständige Schule besuchen kann. Bestehen Unstimmigkeiten zwischen einem Schulelternbeirat und einer Schule, so sind die Schulräte als Mittler gefragt. Sie müssen außerdem die Kreiselternbeiräte verständigen. Insgesamt gibt

es 16 Schulämter in Schleswig-Holstein.

In der Diskussion mit den Gesprächspartnern wird deutlich, dass es gravierende Veränderungen gegeben hat im Aufgaben- und Rollenverständnis von Schulaufsicht. Verantwortliche in den Instituten (z.B. Ministerium, IPTS) haben gemerkt, dass ihnen die Schulwirklichkeit aus den Händen glitt. Stellen wurden „verkleckert“. Ein Neudenken wurde erforderlich. Das war die „Wiedergeburt“ der Schulaufsicht. Auch der Aspekt der Beratung durch Schulaufsicht, deren Funktionsträger – nicht umsonst – Schulräte genannt werden, wird hervorgehoben. Schulaufsicht darf nicht nur eine strenge Aufsicht und Kontrolle sein, sondern muss auch eine gewünschte Beratung anbieten. Sie hat unbedingt Service- und Hilfsfunktion.

Ein anderer Aspekt betrifft den Zusammenhang zwischen dem professionellen Bewusstsein von Lehrkräften und den Aufgaben von Schulaufsicht. *Es ist eine Veränderung der Einstellung erforderlich. Lehrkräfte müssen in höherem Maße ein Bewusstsein für ihre weit reichende Verantwortung entwickeln. Es geht nicht um Kontrolle, sondern um Verantwortung, und hier könnte die Schulaufsicht erheblich zur Qualitätsverbesserung beitragen, indem sie Rückmeldungen gibt. Jeder Mensch ist auf Rückmeldungen angewiesen. Lehrkräfte bekommen Rückmeldungen hauptsächlich von ihren Schülern. Das genügt aber nicht, um eine Verbesserung der Unterrichtsqualität zu erreichen. Rückmeldungen sind unbedingt erforderlich, aber sie werden kaum oder gar nicht gegeben. Das müsste Standard sein. Ein anderer Gesprächspartner ergänzt: Schulaufsicht müsste Schulleiter trainieren, Unterricht zu sehen und Lehrkräfte zu beraten. Schulleiter könnten eine große Kompetenz entwickeln, die dann auch zur Qualitätsverbesserung genutzt werden könnte.*

5.6 Fachkonferenzen

Viele Lehrkräfte in Schleswig-Holstein, besonders im Sekundarstufenbereich, sind Mitglied einer Fachkonferenz. Fachkonferenzen sind kollegiumsinterne Gremien zur Reflexion inhaltlicher, didaktischer, methodischer und pädagogischer Fragen und Problembereiche eines Faches und in zunehmendem Maße als Instrument der Qualitätsentwicklung und -sicherung des Unterrichts an den allgemein bildenden Schulen zu verstehen. Die Gesprächspartner heben die Bedeutung der Fachkonferenzen für den Prozess der Schulentwicklung besonders hervor.

Fachkonferenzen schaffen schulischinterne Standards und fördern die Verständigung innerhalb der Kollegien. Und: Der Zwang, sich zusammenzusetzen, ist eigentlich positiv. Er fördert das schulinterne pädagogische und fachliche Profil und die schulinterne Kommunikation im Sinne von Austausch und Absprachen.

5.7 Externe Unterstützung der Schulentwicklung

5.7.1 Vom IPTS zum IQSH

Im Prozess der Lehrerbildung und Qualitätsentwicklung an Schulen spielt das Institut für Qualitätssicherung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) eine zentrale Rolle. Das IQSH entstand im Jahre 2003 aus dem bis dahin bestehenden Institut für Praxis und Theorie der Schule (IPTS), das 1971 gegründet worden war.

Das IPTS unter der Leitung von Dr. Hans Dohm (1980 – 2001) war ein prominentes Institut für die Zweite Phase der Lehrerbildung, für die Lehrerfort- und -weiterbildung sowie für Unterrichtsfachberatung und Schulentwicklung (seit 1990 mit einem deutlichen Schwerpunkt auf den Modernen Techniken und ihrer sachgerechten Anwendung in Unterricht und Schule). Besonders wichtig war die schon im Namen dieser Einrichtung – Institut für Praxis und Theorie ... – erkennbare Bedeutung der Integration von Praxis und Theorie, in gewisser Weise wohl auch die Vorrangstellung der Praxis, also der Erfahrungen der Lehramtsanwärter/innen und Lehrkräfte an den Schulen vor Ort, vor der Theorie.

Der Auftrag des IPTS war, eine Struktur zu schaffen und zu unterhalten, die der Ausbildung und Fortbildung von Lehrkräften optimale Chancen ermöglicht und auf diese Weise die Qualität des Unterrichts in Schleswig-Holstein verbessert. In diesem Prozess spielten die „haupt- und nebenamtlichen Studienleiterinnen und Studienleiter“, deren Arbeit in fünf Regionalseminaren und zwei Landesseminaren weitgehend selbständig organisiert und gestaltet wurde, sowie die an den Schulen auszubildenden „Mentorinnen und Mentoren“ eine tragende Rolle. Die gesamte Tätigkeit des IPTS wurde, im Rahmen der Vorgaben des Kultusministeriums, von der Institutszentrale koordiniert.

Die Ausbildung am IPTS erfolgte in vier verschiedenen Bereichen:

- an den Ausbildungsschulen

- im Allgemeinen Seminar
- in den Fachseminaren
- in sonstigen zur Erfüllung der Prüfungsanforderungen notwendigen Veranstaltungen

Inhalte des Allgemeinen Seminars waren:

- Pädagogik
- Allgemeine Didaktik
- Pädagogische Psychologie
- soziologische Aspekte der Erziehung und Bildung
- Schulrecht und Beamtenrecht

Inhalte der Fachseminare waren:

- fachdidaktische und methodische Fragen
- ausgewählte Inhalte des Fachunterrichts

Die Arbeit in den Fachseminaren erfolgte in engem Zusammenhang mit dem Ausbildungsunterricht und der Ausbildungsschule und umfasste auch Fragen der praktischen Unterrichtsgestaltung.

Prinzipien der Unterstützung durch das IPTS waren:

- Handlungsorientierung und Erfahrungslernen
- Stärkung und Herausforderung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung
- Arbeiten in Gruppen und im Team, gemeinsame Planung, Realisierung und Beurteilung von Unterrichtsangelegenheiten und projektorientierten Arbeitsvorhaben
- Förderung der pädagogischen und unterrichtlichen Handlungskompetenz durch Training in der konkreten Unterrichtssituation und in der Seminararbeit
- Begleitung und Förderung der individuellen Entwicklungsprozesse der auszubildenden Lehrkräfte durch intensive Beratung

Die schulartübergreifende Kooperation fand auf drei Ebenen statt:

- Die Inhalte von Ausbildungsveranstaltungen im Fach bzw. Fachbereich und in Pädagogik wurden (fach-) übergreifend vereinbart und aufeinander abgestimmt
- Studienleiter/innen leiteten einzelne Ausbildungsveranstaltungen für andere Schularten oder wirkten als Fachleute für bestimmte Inhalte dabei mit
- Ausbildungsveranstaltungen wurden konzipiert und durchgeführt für schulartübergreifend zusammengesetzte Ausbildungsgruppen

Einer der Gesprächspartner berichtet, dass das IPTS in den 80er Jahren manchmal einen schweren Stand hatte. Das Wort „Leistung“ durfte kaum in den Mund genommen werden, und „Erziehung“ ebenso wenig. Es war schwer, den gesellschaftspolitischen Strömungen gerecht zu werden oder ihnen auch einmal zu trotzen. Es gab Zeiten, da war es wieder genau umgekehrt. Fast kann man von einer Pendelbewegung sprechen. Mal waren nach den Vorgaben für das IPTS Pädagogik und Erziehung verpönt, und die Sach- und Fachspezifika standen im Vordergrund, und dann wieder ging es primär um soziale, psychologische und pädagogische Zusammenhänge, und das Sach- und Fachwissen sollte zu stark vernachlässigt werden.

Ein Vorteil der Ausbildungs- und Fortbildungsstruktur des IPTS war die verlässliche Zugänglichkeit für Lehrkräfte durch die schulbezogene, manchmal teamgerichtete und immer regional organisierte Unterstützung – eine Unterstützung, die in der Arbeitswoche stattfand und nicht am Wochenende. Leitthema für das IPTS war stets die Eigenverantwortung der Schulen und Lehrkräfte. Der institutspolitische Brennpunkt lag auf der Meso-Ebene, beim Entwicklungsniveau der Schule.

In der langen Zeit seines Bestehens gab es im IPTS selbstverständlich sowohl institutsinterne Konflikte als auch externe Fragen über die Effizienz der IPTS-Struktur und –Arbeit. Die Ergebnisse interner Evaluation haben das auch deutlich gemacht, und sie waren immer Anlass für Reorganisationen. Einer der Gesprächspartner hebt weiter hervor: Die Qualität des IPTS war zum Teil durchaus verbesserungsbedürftig, und Verbesserungen wurden durch ständige Beobachtungsprozesse auch immer wieder vorgenommen. Im Großen und Ganzen aber war immer die Rede von einem durch Schule und Lehrkräfte geschätzten Institut. – In einigen Teilbereichen, ergänzt ein anderer Gesprächspartner einschränkend, konnte das IPTS auf spezifische Anfragen nicht immer direkt und zügig genug reagieren. Das galt beispielsweise für den Bereich der Supervision.

Die radikale Umstrukturierung vom IPTS ins IQHS hat verschiedene, für Außenstehende offenbar nicht immer durchschaubare oder nachvollziehbare Gründe. Schließlich gab es mit dem IPTS ein zugängliches, flächendeckendes und gut funktionierendes Netzwerk der Ausbildung, Fort- und Weiterbildung. Möglicherweise liegt, so die Vermutung eines Gesprächspartners, einer der Gründe für die Umstrukturierung in der

Verlagerung der Bildungspolitik von der Verantwortlichkeit auf der Meso-Ebene in eine Bildungspolitik, die mehr von der zentralen Steuerung auf der Makro-Ebene erwartet. Jedenfalls gab es keine Evaluation der Arbeit des IPTS von außen. Eine externe Evaluation hat einfach nicht stattgefunden.

Die Landesregierung hat sich eine neue Struktur der „Weiterentwicklung der Lehrerbildung und der Schul- und Unterrichtsfachberatung in Schleswig-Holstein“ zum Ziel gesetzt. Das Reformvorhaben umfasst die Neugestaltung der Lehrerbildung, der Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung ebenso wie den Gesamtbereich der Schulentwicklung – also Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung, Lehrplanentwicklung und deren Implementation sowie das Gesamtfeld der Schul- und Unterrichtsfachberatung. Es betrifft damit unterschiedliche Institutionen und Ebenen: die Schulen, die Schulaufsicht, die Hochschulen, das Bildungsministerium und eben auch die externe Unterstützung der Schulen – ein weit reichendes und ambitioniertes Projekt, das, wie einige Gesprächspartner glauben, die bildungspolitische Ebene überschreitet.

In ihrer Rede zur Amtseinführung des neuen Direktors des IQSH, Dr. Thomas Riecke-Baulecke, äußerte sich Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave auch zu den Aufgaben des IQHS bezüglich der Lehrerbildung. Sie betonte, dass die eigenständige und eigenverantwortliche Schule auch entsprechend ausgebildete Lehrkräfte erfordere, also Lehrerinnen und Lehrer, die bereit und fähig sind, neue Verantwortung zu übernehmen. Es gehe auch hier um die Stärkung der Eigenverantwortung. Die Ausbildung am IQSH solle dieses Prinzip umsetzen, so die Ministerin.

Anstelle von professionellen Studienleiterinnen und Studienleitern sollen qualifizierte Ausbildungsleiterinnen und Ausbildungsleiter die Betreuung der LAAs (Lehramtsanwärter) an den Schulen übernehmen. Das IQSH ist verantwortlich für übergeordnete Ausbildungselemente wie beispielsweise fachdidaktische und pädagogische Grundsatzfragen. Elementare Aufgabe des IQSH ist es, die fachlichen Standards für die Ausbildung zu entwickeln und zu evaluieren. Auch soll das IQHS dazu beitragen, die Diagnosekompetenz der Lehrkräfte zu stärken und die Fähigkeit, Unterricht an den individuellen Lernbedürfnissen und –bedarfen der Schülerinnen und Schüler zu orientieren, auszubauen. Fragen der Unterrichtsentwicklung und

der diagnostischen und fördermethodischen Kompetenzen stellen deshalb auch einen wichtigen Teil des insgesamt rückläufigen Fortbildungsangebotes für Lehrkräfte dar. Hierzu gehören unter anderem Methodentraining, schülerorientierte Unterrichtsmethoden, binnendifferenzierende Unterrichtsangebote und entwicklungspsychologische Grundlagen.

Das neue Konzept der Lehrerbildung sieht vor, die Lehramtsanwärter/innen, was den zeitlichen Umfang anbetrifft, in weitaus höherem Maße als zur Zeit des IPTS den auszubildenden Schulen anzuvertrauen, d.h. die Ausbildung findet verstärkt an Schulen statt. Lehrkräfte, die die Ausbildung vornehmen, werden "Ausbildungslehrkräfte" – und nicht mehr, wie früher, "Mentoren" – genannt. Sie bekommen zwei Stunden Entlastung pro LAA und Fach. Pensionierte Studienleiter/innen werden nicht ersetzt. Wenn Lehrkräfte die Funktion eines Mentors / einer Mentorin übernehmen möchten, müssen sie sich dafür bewerben. Die (noch vorhandenen) Studienleiter/innen qualifizieren die Mentorinnen und Mentoren. Diese erhalten am Ende der Qualifizierung ein Zertifikat.

Aufgabe der Studienleiter/innen des IQSH ist es auch, Module zu entwickeln und die Ausbildungsinhalte – pädagogische, fachdidaktische, methodische, schulrechtliche und andere Aspekte – in Fortbildungsveranstaltungen unterschiedlicher Dauer einzuteilen. Es gibt „Pflichtmodule“ und „Wahlmodule“. Im Unterschied zu der Ausbildung am IPTS, wo Studienleiter/innen über den gesamten Zeitraum der Ausbildung eine feste Gruppe von LAAs kontinuierlich betreuten, buchen die LAAs jetzt, im IQSH, in einem Online-Verfahren per E-Mail Ausbildungsmodule, die von verschiedenen Studienleiter/innen angeboten werden und an verschiedenen Orten stattfinden. Die Ausbildung durch das IQSH umfasst 360 Stunden. Die Ausbildungsmodule sind im Internet unter www.lehrerbildung-sh.de einzusehen. Alle Pflichtmodule müssen im Verlauf der ersten 20 Monate der Ausbildung wahrgenommen werden. Zur weiteren Profilbildung können im vierten Ausbildungshalbjahr auch Wahlmodule belegt und hier besondere Schwerpunkte gesetzt werden. Ein Gesprächspartner kritisiert die *Modularisierung der Ausbildung* und bemängelt das Fehlen der Ausbildungsgruppe. Er äußert die Vermutung, dass die gesamte Ausbildung als „Nebenprodukt“ von Schulentwicklung und –evaluation aufgefasst wird.

Ein anderer Gesprächspartner weist daraufhin, dass die Module ständig unter- oder überbucht

sind. *Jeder LAA muss einen PC haben. Außerdem müssen alle LAAs viel fahren und weite Strecken in Kauf nehmen. Die langfristige und kontinuierliche Begleitung und Betreuung der LAAs durch die Studienleiter ist mit der Einrichtung der Modul-Veranstaltungen verloren gegangen. Das war aber ein besonders wertvolles Element der alten Ausbildung. Es kommt auch die Arbeit an der Lehrerpersönlichkeit zu kurz. Dafür waren die Seminare hervorragend geeignet. Die Arbeit an der Lehrerpersönlichkeit ist doch eigentlich wichtiger als je zuvor.*

Die Leitlinien für das IQHS sind:

- Modularisierung der Ausbildungsinhalte und Flexibilisierung der Strukturen
- Implementierung zeitgemäßer Steuerungsinstrumente für Bildungsprozesse (Einführung von Zielvereinbarungen eines ergebnisorientierten Qualitätsmanagements, Stärkung der Mitverantwortung der Auszubildenden für ihre Ausbildung)
- Arbeiten in Teams und Netzwerken sowie Verschlinkung der Leitungsstrukturen bei gleichzeitiger Verstärkung der regionalen Präsenz

Für die Umsetzung der Bildungsstandards in den Schulen bietet das IQSH diverse Unterstützungsmöglichkeiten an. Im Aufbau begriffen sind „regionale Qualitätsforen“ für alle Schularten. Im Primar- und Sonderschulbereich wenden sich die Foren an die Fachkonferenzleiter/innen der Fachkonferenzen Deutsch und Mathematik. Hier werden Zusammenhänge zwischen Lehrplänen und Standards geklärt, praktische Hilfestellungen zur Arbeit mit den Standards im Unterricht entwickelt, aktuelle Aufgaben aus dem Unterricht im Hinblick auf den Kompetenzerwerb analysiert und neue kompetenzorientierte Aufgaben erarbeitet.

Ein weiterer Schwerpunkt des IQSH ist die Entwicklung und Förderung der Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte auf der Grundlage von Standards sowie das Angebot entsprechender Fortbildungsveranstaltungen für den Fachunterricht. Über 120 Schulen beteiligen sich bereits an den innovativen Programmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) – ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Professionalität von Lehrkräften.

Auch in Bezug auf die Lehrerbildung kann man von einer deutlichen Tendenz der Zentralisierung sprechen. Es gibt in Schleswig-Holstein momentan (November 2005) nur noch fünf Regional- und zwei Landesseminare. Zwölf

Lernwerkstätten wurden bereits abgeschafft. Auch die Regional- und Landesseminare sollen aufgelöst werden. (Stichtag für die Auflösung: 31.06.06.) *Tragfähige, gewachsene Kommunikationsstrukturen werden dadurch zerstört, bewährte Netzwerke aufgegeben.* Es sind die Schulen, die stärker in die Ausbildungsverantwortung genommen werden. *Das ist eigentlich nicht schlecht, weil der Bezug zur Praxis dann noch stärker im Vordergrund steht. Aber die Ausbildungsseminare und vor allem auch die Gruppenprozesse in den Seminaren waren von entscheidender Bedeutung für die Lehramtsanwärter. Erwachsenenbildung im pädagogischen Sinne nimmt ab, und die Arbeit an der Lehrerpersönlichkeit und die Pädagogik im Unterricht treten auch mehr und mehr in den Hintergrund.*

6. Konstatierungen

Wenngleich, wie in allen anderen Projektländern, nur wenig Zeit zur Verfügung stand, sich ein Bild von Schule und Schulpolitik des Landes Schleswig-Holstein zu machen, so ist doch der Eindruck entstanden, dass dieses Bundesland fähige Lehrkräfte, guten, schülerorientierten Unterricht und lernwirksam ausgestattete Schulen aufzuweisen hat. Schleswig Holstein hat in den vergangenen Jahren und speziell nach der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse immense Anstrengungen unternommen, die schul- und curriculumpolitische Situation zu verbessern und ihr ein neues, effektives und auf Qualitätsverbesserung ausgerichtetes Profil zu geben. Dass es notwendig war, der Bildungspolitik insgesamt eine neue Richtung zu geben, ist unbestritten. Vieles wird ausdrücklich begrüßt. Dazu gehört, zumindest bei einigen Gesprächspartnern, die Standardorientierung in Anlehnung an die Lehrpläne, die Einrichtung von Fachkonferenzen, die frühe Sprachförderung der Kita- und Vorschulkinder, die intensiviertere Arbeit im kollegialen Team oder die verstärkte Einbeziehung von Eltern in die schulische Arbeit.

Dennoch sind Skepsis und Sorgen unüberhörbar. Sie beziehen sich primär auf die Frage, ob die eingeschlagene Richtung tatsächlich zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität führen kann, was wiederum bezweifelt wird, weil die dazu vorgegebenen Maßnahmen teilweise als Kontrollmaßnahmen empfunden werden und im Widerspruch stehen zu der immer wieder hervorgehobenen Maxime der Eigenverantwortung von Schulen sowie zu den pädagogischen Leitlinien für Unterricht.

Die Ergebnisse aus internationalen Vergleichen, allen voran die PISA-Studien, haben tiefe Spuren in der Bildungs- und Schulpolitik hinterlassen. Sie führten einerseits zu entschlossenem ministeriellen Handeln, andererseits aber auch zur Verunsicherung der im Schulsystem agierenden Personen. „Schulpolitik ist seit PISA vor allem Reformpolitik“, sagt Bildungsministerin Erdsiek-Rave. Den von der Reformpolitik unmittelbar betroffenen Personen auf den unterschiedlichen Ebenen der Bildungslandschaft ist jedoch nicht wirklich klar, welchen Weg die Reformpolitik geht, und was, außer einem guten Abschneiden im nationalen und internationalen Vergleich, ihr erklärtes Ziel ist. Dies scheint daran zu liegen, dass die Politik als *in sich widersprüchlich* erlebt wird: *Es ist niemand da, der wirklich sagt: ‚Wofür stehen wir, und was wollen wir?‘ Andererseits geschieht ein rigides Durchsetzen von oben nach unten. Auch wird bemängelt, dass die Gründe für Veränderungen nicht im Einzelnen offen gelegt und klar benannt werden. Ich glaube, die Leute wollen einfach nur Veränderung.*

Dass die Schulpolitik als *in sich widersprüchlich* erlebt wird, ist aus der Sicht der beteiligten Gesprächspartner *das gravierendste, weil hemmende Problem: Ein Zuviel an Projekten, eine zu geringe Einbeziehung der an Schulpolitik Beteiligten und in Schulpolitik Agierenden, zu schnelles Tempo und vor allem zentral gesteuerte Verordnungen, die als Kontrollmaßnahmen empfunden werden*, kommen erschwerend hinzu. Einer dieser Widersprüche betrifft die Auswirkungen der vergleichenden Leistungsmessung vor allem in der Grundschule und in den unteren Klassenstufen der weiterführenden Schulen. *Denn hier bedeutet diese Reformpolitik, dass statt Kooperation die Konkurrenz im Vordergrund steht, und diese Entwicklung erschwert die Zusammenarbeit der Schulen untereinander und auch die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen. Das ist aber eigentlich eine fundamentale Voraussetzung, wenn es darum gehen soll, Reformpolitik gemeinsam in Angriff zu nehmen. Wir legen zum Beispiel großen Wert auf die Kooperation mit den umliegenden Schulen. Aber die Vergleichbarkeit bringt den Konkurrenzgedanken wieder in den Vordergrund, und das setzt sich natürlich zwangsläufig im Unterricht fort. Es geht dann eigentlich nur noch um die Frage: Was ist die bessere Schule? Dabei bemühen wir uns in den Schulen sehr darum, der Konkurrenz gerade nicht so viel Raum zu geben. Und wir sehen uns auch nicht als Schulen, die in Konkurrenz zueinander stehen.*

Ein wesentliches Problem in den Augen der

Gesprächspartner liegt, wie oben bereits erwähnt, im Widerspruch zwischen den bildungspolitischen Aussagen einerseits und den in der Praxis erfahrenen Kontroll- und Vergleichsmaßnahmen andererseits. Die Frage, wie das bildungspolitische Thema *‘Stärkung der Autonomie und Eigenverantwortung’* in Einklang zu bringen ist mit dem erheblich verstärkten Druck auf Schulen und Lehrkräfte *“von oben”*, taucht immer wieder auf. Das Gesetz sagt: *‘Du darfst es eigenverantwortlich entscheiden’*, und die Ministerin sagt: *‘Ich wünsche, dass es anders ist.’* In solchen Fällen *“gewinnt”* immer der Wunsch der Ministerin durch Delegation auf die Verordnungsebene, und der Gesetzesrahmen bleibt unangetastet. Es ist eine Kluft entstanden zwischen dem Ministerium und den Kollegen. Verbal heißt es: *‘Wir vertrauen euch und gewähren euch Eigenverantwortung.’* Aber das Handeln ist anders und macht das Misstrauen deutlich. Der Widerspruch ist verunsichernd, und es entsteht eine schlechte Arbeitsatmosphäre. Ein anderer Gesprächspartner ergänzt: *Eigentlich muss die parlamentarische Verantwortung des Ministeriums unbedingt gewahrt bleiben. Optimal wäre eine stärkere Beteiligung im Vorfeld, verbunden mit der Verantwortung der Ministerin.*

Als widersprüchlich wird auch das – u. a. im Rahmen des Schulleiter-Kongresses in Rendsburg Ende Oktober – gegebene Versprechen der Ministerin eingeschätzt, kein Ranking vorzunehmen, andererseits aber ausdrücklich darauf zu bestehen, dass Schulportraits und, mit ihnen, die Ergebnisse aus Leistungsmessungen und –vergleichen im Internet veröffentlicht werden – hat doch die Veröffentlichung dieser Dinge ein Ranking unmittelbar zur Folge. Das ist Augenwischerei. Die Eltern überprüfen doch sofort mit Hilfe der veröffentlichten Daten: *Was ist die beste Schule für mein Kind? Welche Schule „liegt vorn“? Und ich denke, das ist auch so gewollt. Nein, das Ranking nimmt zu mit dieser Schulpolitik.* Ein anderer Gesprächspartner ergänzt: *Dabei ergibt sich hier auch das Problem der „freien Schulwahl“ bzw. der Zuweisung zu Schuleinzugsgebieten. Es entsteht für die Eltern ein falscher Eindruck. Es entsteht eine Begehrlichkeit in Richtung auf freie Schulwahl, und diese Begehrlichkeit wird dann aber nicht befriedet, weil die Eltern die Schule letztlich doch nicht wählen können.*

Die Ausbildung der künftigen Lehrkräfte ist ein zentrales Thema, wenn es um die Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht geht. Hier hat es in Schleswig-Holstein eine der markantesten Trendwenden gegeben. Was früher regional

gesteuert und mit großem Gewicht auf die Seminararbeit organisiert war, unterliegt jetzt einer zunehmenden Zentralisierung. Die Ausbildung wird in hohem Maße auf die Schulen verlagert, die Regionalseminare sind bis auf wenige abgeschafft, und die LAAs stellen sich die Ausbildungsinhalte durch Module in eigener Verantwortung zusammen (bestimmte Pflichtmodule ausgenommen). Man spricht von einer *“Modularisierung der Ausbildung”* – einer Verantwortlichkeit, auf die die Hochschulen ihre Absolventen aber nicht genügend vorbereiten.

Die Gesprächspartner sehen diese Entwicklung mit Sorge. *Durch die Verlagerung auf die Schulen und durch die zentrale Steuerung ist die Ausbildung im Vergleich zur alten Ausbildung technikorientiert und unpersönlich geworden. Alles geht über das Internet: Anwählen, Anmeldung, Rückmeldungen – alles. Die Schulen, die die vielen Projekte umsetzen sollen, müssen nun auch noch einen großen Teil der Ausbildung übernehmen. Das ist viel, selbst wenn man zwei Entlastungsstunden bekommt. Und dass die LAAs ihre Module selbst zusammenstellen, macht ihre Ausbildung noch nicht lernerorientiert. Den LAAs fehlt die Stammgruppe und die kontinuierliche Betreuung in der Stammgruppe. Dort fanden intensive Lern- und Reflexionsprozesse statt, begleitet von den Seminarleitern. Da kannten sich die LAAs untereinander gut und konnten miteinander ihren eigenen Unterrichtsstil entwickeln. Wo soll das jetzt stattfinden? Wer soll das machen? Von den Ausbildungslehrkräften kann man das nicht verlangen, und mit den Modulen wandern die LAAs von Veranstaltung zu Veranstaltung – ohne persönliche Anbindung. Die Veranstalter kennen die LAAs in der Regel ja gar nicht.*

Bedenken im Hinblick auf die so genannte Modularisierung der Ausbildung und das Fehlen einer zentralen Ausbildungsstammgruppe richten sich auch auf ein verändertes Berufsbild von Lehrerinnen und Lehrern. *Es ist zu befürchten, so einer der Gesprächspartner, dass sich bei Beibehaltung der Modul-Struktur das Berufsbild grundlegend verändern wird. Zum einen ist ein Qualitätsverlust auf der Reflexionsebene – bei der Planung, Durchführung und vor allem bei der Nachbereitung von Unterricht – zu erwarten. Das ist eine Folge mangelnder direkter Theorie-Praxis-Verknüpfung. Und zum anderen ist schon jetzt ein Schwinden der so genannten “Sekundärtugenden” des Lehrerberufs zu beobachten, also wenn es zum Beispiel um Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Pünktlichkeit, Disziplin, Selbstdisziplin, Arbeitseinsatz und vor allem auch um das Einhalten von verbindlichen Absprachen geht.*

In einem Beitrag der in Deutschland renommierten Zeitschrift PÄDAGOGIK teilt der Autor Hartmut Kretzer die Kritik der Gesprächspartner: „Schleswig-Holstein (hatte) bis vor einigen Jahren Ausbildungsverhältnisse, die in ihrer Leucht- und Strahlkraft in der ganzen Bundesrepublik wahrgenommen und sogar von einem der neuen Bundesländer direkt kopiert wurden. Neben dem Kieler Landesinstitut in Kronshagen mit koordinierenden Aufgaben gab es fünf Regionalseminare, an denen im Zusammenwirken mit den Ausbildungsschulen die Anwärtler ausgebildet wurden. Dies geschah durch fachlich und pädagogisch kompetente Ausbilder (Studienleiter), die sich auch auseinandersetzten mit Fortbildung, Beratung und praxisorientierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Seit einiger Zeit wird auf administrativem Weg diese gewachsene regionale Struktur in Schleswig-Holstein systematisch zerschlagen. Personalisierte Ausbilderverantwortlichkeit wird durch systemische Verantwortung ersetzt.“ (Kretzer, 2005)

Auch die zeitaufwändigen diagnostischen Aktivitäten, die weit über die zum täglichen Unterricht gehörende Diagnostik hinausgehen, stehen, so Lehrkräfte und Schulleiter, in keinem Verhältnis zu der Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen. *Viel Unterstützung und auch Entlastung wären erforderlich für die verlangte „Trendwende“, doch sind die Ziele ungenau, die Anforderungen hoch und die Unterstützungsmaßnahmen vergleichsweise gering.* Die Diagnostik wird in dem vorgegebenen Umfang als belastend empfunden. Es gibt keine Entlastungsmaßnahmen im Gegenzug, und nicht immer ist den in der Praxis Agierenden klar, *wie Leistungsvergleiche und deren Ergebnisse zur Qualitätsverbesserung des Unterrichts beitragen können und mit dessen pädagogischen Grundsätzen in Einklang zu bringen sind.*

Was die Situation zusätzlich erschwert, scheint die Tatsache zu sein, dass viele der Maßnahmen und Projekte zwar für sich genommen als sinnvoll, jedoch insgesamt als zu viel und oktroyiert empfunden werden, dass eine stärkere Einbeziehung der Funktionsträger/innen, beispielsweise der Schulleitungen, fehlt, und für Schulen und Lehrkräfte manch ein Projekt überraschend kommt. *Es kann passieren, dass wir von aktuellen Entwicklungen durch die Presse erfahren, z.B. bei den Vergleichsarbeiten in der 4. Klasse war das so. Peinlich, wenn es der Zufall will, dass die Eltern das zuerst gelesen haben und uns in der Schule danach fragen. Die Informationen müssten besser transportiert werden. Vieles kommt*

zu schnell und einfach „oben drauf“. Fortbildungen kommen oft zu spät, und die Schulen hinken hinterher. Wir wünschen uns, dass die Schulen eher informiert und vor allem besser vorbereitet sind.

So ergibt sich ein Bild von Verordnung und Kontrolle, relativ geringer Einbindung im Vorfeld und wenig Entlastung bei anspruchsvollen und zeitraubenden Projekten. *Dadurch geht viel Engagement kaputt. Der eigenverantwortliche Gestaltungsspielraum wird immer enger. Das Schlimme ist auch,* fügt ein Gesprächspartner hinzu, *dass all diese Projekte viel Arbeit bedeuten für die Kollegen. Später wird dann nicht wieder danach gefragt, und Anerkennung für die geleistete Arbeit gibt es auch nicht, höchstens durch die Schulleitung.*

Ein unzureichender Kommunikationsfluss zwischen Ministerium, Schulaufsicht und Schulen wird auch auf höherer Ebene beklagt: *Wir kriegen auf dienstlichem Wege nichts bewegt. Man kommt an einigen Personen einfach nicht vorbei. Der amtliche Apparat ist sehr rigide geworden. Auf dienstlichem Wege die Ministerin von etwas zu überzeugen, ist schlicht nicht möglich. Eine gute, schnelle Kommunikation könnte die Situation entspannen. Man könnte auf verschiedenen Ebenen Vieles abfangen.*

Einer der Gesprächspartner fasst die Meinungen zusammen:

Die Eigenständigkeit wird zurückgedreht und durch verschärfte Kontrolle und zunehmende Zentralisierung ersetzt. Es gibt noch mehr Menschen, die überprüfen sollen und noch mehr Kontrollorgane und Kontrollinstrumente. Das Ranking nimmt zu. Die Schulpolitik ist schnelllebig geworden, sie ist hektisch und nimmt die Menschen zu wenig mit. Nichts kann sich mehr zu einer Kultur entwickeln. Weniger wäre mehr, langsamer wäre schneller. Nehmt die Menschen mit, vertraut ihnen und ermutigt sie. Was fehlt, sind vor allem vier Dinge:

- eine Vertrauenskultur
- die Gewissheit: bei Problemen unterstützen wir euch
- Rückmeldungen und Beratungen
- Anerkennung und Würdigung

Schulbesuche in Finnland

Hauke Köster

Vom 02. bis 06. Mai 2005 – an beweglichen Ferientagen – besuchten Sandra Kock, Elke Kuhlmann, Elke Oldenburger und Hauke Köster, alle Schule Kisdorf, vier Schulen in Finnland. Darunter waren eine zweiklassige Grundschule, eine sechsklassige Grundschule, eine größere Sekundarschule und eine kleine Sekundarschule in Keuruu und Haapamäki.

Die Grundschule – „ala-aste“ – umfasst die Jahrgänge 1 bis 6, die Sekundarschule die Klassenstufen 7 bis 9 – „ylä-aste“ – und die Klassenstufe 10 – 12 – „lukio“.

Nach der Klassenstufe 9 entscheiden die Schülerinnen und Schüler, ob sie die Schule in der gymnasialen Oberstufe – „lukio“ – fortsetzen oder eine berufliche Ausbildung anstreben.

Die Kommune Keuruu liegt an der Nationalstraße 23 ca. 60 km westlich der Provinzhauptstadt Jyväskylä (Provinz „Keski Suomi“ – Zentralfinnland).

Die Ortsteile Keuruu und Haapamäki liegen ca. 12 km voneinander entfernt zur Kommune zählen weitere ehemalige Dörfer und Siedlungen.

Schulen

10 ala-astetta (Unterstufe: GS, Klasse 1 - 6)*	912 SchülerInnen
2 yläastetta (Oberstufe: SEK I, Klasse 7 - 9)	507 SchülerInnen
2 lukiota (Sek II , Klassen 10 - 12)	260 SchülerInnen**
1 erityiskoulu (Sonderschule)	27 SchülerInnen

* davon 8 „Zwergschulen“

** davon 190 in Keuruu, 70 in Haapamäki

Besuch in der „Kalettoman ala-aste“, Keuruu

- 02.05.2005, zweiklassige Grundschule der Klassenstufe 1 bis 6

Die kleine zweiklassige Grundschule, ca.6 km vom Zentrum entfernt, beherbergt in der Klassenstufen 1 bis 6 ca. 25 Schülerinnen und Schüler. Schon am Eingang werden die Schuhe ausgezogen, die Jacken an der Garderobe aufbewahrt. Die Kinder bewegen sich in der Schule auf Socken, so wie sie es von zu Hause gewohnt sind. Die Klassentüren stehen offen, in der Schule ist es leise. Auf dem Flur sind 5 Waschbecken, ein Trinkbrunnen. In alten Schränken befinden sich Anschauungsmaterialien, an Pinnwänden sind aktuelle Schülerarbeiten ausgestellt.

Gegenüber den Klassenräumen ist die Küche und der Essraum, eine Köchin bereitet das Mittagessen vor. Im Schulbüro, gleichzeitig Lehrerzimmer für Schulleiter und 2 Lehrerinnen plus Assistentin, gibt es einen PC mit Flachbildschirm, zwei Laptops, Kopierer. Auf dem Schul-PC ist ein Programm der Bildungsbehörde installiert, mit dem alle aktuellen Vorkommnisse und Planungen den Eltern per Internet mitgeteilt werden können. Die Pflege dauert ca. eine halbe Stunde täglich. Eine homepage der Schule wird zusätzlich gepflegt.

In den Klassenräumen sind installiert Fernsehgerät mit DVD-Player, Radio mit CD-Player, Whiteboard, Schienen für Aufhängung von Karten und Schaubildern.

Im Untergeschoss sind in einem Sonderraum 12 PC-Plätze eingerichtet, ein zweiter Raum beherbergt den Werkbereich.

Der Unterricht wird frontal erteilt, die kleinen Lerngruppen (5 – 6 Kinder) lassen eine individuelle Betreuung zu. In einer 5. Klassenstufe – die 6. Klassenstufe befindet sich zu einem Kennenlernerlebnis mit anderen des Einzugsbereiches in einem Camp – werden 5 Kinder in Erdkunde unterrichtet.

Um 11.15 Uhr gibt es das gemeinsame Mittagessen: Kartoffelauflauf, Salat und das in Finnland übliche Brot und Milch.

Während die Mädchen am Nachmittag mit Handarbeiten beschäftigt sind, bauen die Jungen im Werken elektrisch betriebene „Dosenautos“, die in einem „Rennen“ gegeneinander antreten. Turnusgemäß wechseln die Gruppen, d.h. im nächsten Quartal handarbeiten die Jungen.

Besuch in der „Haapamäen ale-aste“ in Haapamäki

- 03.05.2005, einzügige Grundschule der Klassenstufe 1 bis 6

Diese Schule besuchen 105 Schülerinnen und Schüler, davon 10 Kinder die Vorschulklasse. Das Einzugsgebiet erstreckt sich bis zu 15 km im Umkreis. Schülerinnen und Schüler der 1. bis 3. Klasse werden bei einem Schulweg ab 2 km, der Klassenstufe 4 bis 6 ab 5 km, mit dem Taxi gebracht. Buslinien sind wegen der großen Streuung der Wohnungen nicht rentabel. Von dem Schülertransport sind 30 Kinder betroffen.

In der Schule unterrichten 7 Lehrkräfte und 5 Assistenten*. Hinzu kommen eine Sonderpädagogin und stundenweise eine Englischlehrerin. Zum Personal gehören weiterhin der Hausmeister, eine Krankenschwester, eine Köchin und eine Putzfrau. Der Unterrichtsbeginn ist unterschiedlich, das Ende nach der 4. oder 5. Stunde. Die Klassen 1 und 2 erhalten 20 Stunden Unterricht, die Klassen 3 und 4 24 Stunden und die Klassen 5 und 6 26 Stunden. Die Unterrichtseinheit beträgt 60 Minuten, davon sind 45 Minuten Unterricht, 10 Minuten Pause und 5 Minuten Wegezeit (An- und Ausziehen, Raumwechsel u. Ä.).

Jeder Klassenraum ist mit fest installiertem TV- mit Videogerät und vernetzten Computern ausgestattet.

In der ersten Klasse lernen die Kinder die Uhrzeiten mit Hilfe der Analoguhren. Die zwölf Kinder werden von einer Lehrkraft unterrichtet, eine Assistentin unterstützt und gibt den Kindern Hilfestellung. Es wird frontal unterrichtet, die Kinder sitzen an Einzeltischen, sie basteln eine Uhr aus Pappe, benennen Uhrzeiten und lösen Aufgaben im Arbeitsheft. Die Kinder arbeiten unterschiedlich schnell, eine Differenzierung findet nicht statt.

Die 6. Klasse arbeitet im PC-Raum immer zu zweit an dem Projektthema „seltene Tiere in Finnland“. Letztmalig in diesem Schuljahr werden Naturwissenschaften fächerübergreifend unterrichtet, ab 2005 werden die Fächer getrennt in Physik, Chemie und Biologie.

Um 11.15 führen die Lehrkräfte ihre Klassen zum Essen in die kleine Mensa. Es gibt warmen Kartoffelsalat, Salat, Brot und Milch.

Nach der halbstündigen Mittagspause spielt die 5. Klasse „Pesäpallo“, eine finnische Art des Baseball, ein Teil der 6. Klasse hat Kunst, es werden Anhänger aus Zinn für den Muttertag gegossen, der andere Teil formt im Werkraum aus Kupferblech kleine Teller.

Die Lehrkräfte haben keine festen Arbeitszeiten in der Schule, die Anwesenheitspflicht richtet sich nach dem Unterrichtsplan.

Der Zeitplan im Schuljahr 2004 / 2005

1. Stunde	08.15 – 09.00
2. Stunde	09.15 – 10.00
3. Stunde	10.15 – 11.00
Essenszeit	11.00 – 11.45
4. Stunde	11.45 – 12.30
5. Stunde	12.45 – 13.30
6. Stunde	13.45 – 14.30

An zwei Tagen in der Woche kommt die Hälfte der Klasse zur 3. Stunde, die andere Hälfte geht nach der 4. Stunde. Hierdurch kann in der jeweils kleinen Gruppe eine intensive Betreuung stattfinden.

* Zu Assistenten können ausgebildet werden Schulabsolventen ohne Studienplatz oder Langzeitarbeitslose – sie müssen 6 Monate 30 Stunden in der Woche arbeiten, beziehen dann 2 Jahre und 6 Monate Unterstützung. Die Ausbildung an der Schule dauert 4 Wochen. Lehrerstudenten erhalten als Assistenten 1 Jahr eine praktische Ausbildung.

Besuch in der „Keuruun yläaste ja lukio“ in Keuruu

- 04.05.2005, Sekundarschule der Klassenstufen 7 – 9 und 10 – 12

Schon beim Betreten dieser Schule wird man von einer Großzügigkeit empfangen, die einen Ruhe und

Gelassenheit erwarten lässt. Im Eingangsbereich befindet sich die Garderobe, alle Schülerinnen und Schüler lassen hier ihre Jacken und Mäntel. Im anschließenden dreistöckigen Treppenhaus stehen Tische und Bänke, Schließfächer für die Schülerinnen und Schüler, Lesecken mit Zeitschriften und Zeitungen. In den Fluren sind Monitore angebracht, die als elektronisches „Schwarze Brett“ dienen. Hier werden alle Termine und Informationen bekannt gegeben. Über eine zentrale Sprechanlage wird vor Unterrichtsbeginn Musik gespielt.

Die Schule besuchen 550 Schülerinnen und Schüler, davon ca. 200 die Sekundarstufe II. In einer Klasse sind 15 bis 20 Schülerinnen und Schüler. Unterricht erteilen 45 Lehrkräfte, davon zwei Sonderpädagogen. Außerdem gibt es zwei Studienberater. Es wird kein fächerübergreifender Unterricht erteilt, es gibt in der Sekundarstufe I keine weiteren Differenzierungen. Die sechszügige Sekundarstufe I erhält 640 Wochenstunden, das entspricht 35,5 Stunden pro Klasse, die Sekundarstufe II 265 Wochenstunden. Jeder Schüler muss in der Oberstufe (lukio) mindestens 75 Kurse belegt haben, jeder Kurs geht über 35 Stunden.

Am Chemiekurs der Sekundarstufe II nehmen 7 Schüler teil. Ein Fernsehgerät mit DVD-Player, PC und Peripherie sind hier wie in allen Klassenräumen obligatorisch. Die Overheadprojektion erfolgt über Kamera und Beamer, Folienprojektionen sind überholt.

In einer 8. Klasse werden 15 Schülerinnen und Schüler in Deutsch unterrichtet. Eine Hörkassette, Buch und Arbeitsbogen lassen wechselnde Unterrichtsformen zu.

Um 11.10 Uhr geht es mit dem Fahrstuhl hinab in die Mensa. An einem langen Büffet sind ein Kartoffelauflauf, Salat, Brot, Knäckebrötchen, Margarine, Milch, Buttermilch, Wasser geschmackvoll angerichtet. Die Lehrkräfte haben zwei Tische für sich, die Mensa füllt sich allmählich, das benutzte Geschirr wird sortiert in eine Spülstraße gestellt. In der Großküche bereiten 8 Personen das Essen vor und sorgen für den Ablauf und die Reinigung.

Heute um 12.00 Uhr machen die Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe eine Show in der Turnhalle, an deren Breitseite eine Bühne vorhanden ist und deshalb hervorragend als Aula dienen kann. Saal und Bühne sind mit allem technischen Gerät ausgestattet, von der Beleuchtung bis zum Mischpult.

Alle Schülerinnen und Schüler verfolgen mit den Lehrkräften die bunte Mischung aus Videoclips, Musik, Sketch und Vortrag. Diese Show haben die Neuntklässler außerhalb des Unterrichtes eigenständig konzipiert. Danach ist Unterrichtsschluss, weil der folgende Tag ein Feiertag ist (Himmelfahrt).

Zum Personal der Schule zählen weiter ein Hausmeister und 4 Reinigungskräfte. Zur Gesundheitsfürsorge stehen zur Verfügung 1 Arzt, 1 Krankenschwester, 1 Psychologin, 1 Physiotherapeut, 1 Sozialarbeiter. Diese Personengruppe steht in Rufbereitschaft oder hat feste Sprechzeiten in der Schule.

Besonders beeindruckend ist der Bereich der Lehrkräfte. Um das großzügige Lehrerzimmer sind das Sekretariat, das Büro des Schulleiters und des Stellvertreters, sowie die Arbeitszimmer der Lehrkräfte, die nach Fachschaften eingeteilt sind. Jeweils 4 Lehrkräfte teilen sich einen Raum. Hier befinden sich Unterrichtsmaterialien, für jede Lehrkraft ein Arbeitsplatz mit Laptop.

Die Zeittafel

Montag:

1. Stunde	08.00 – 08.45
2. Stunde	09.00 – 09.40
3. Stunde	09.50 – 10.30
4. Stunde	10.40 – 11.20 oder 11.10 – 11.50
oder	11.15 – 12.00
5. Stunde	12.30 – 13.10
6. Stunde	13.20 – 14.00
7. Stunde	14.10 – 14.55

Dienstag – Freitag:

1. Stunde	08.00 – 08.45
2. Stunde	09.00 – 09.45
3. Stunde	09.55 – 10.40
4. Stunde	10.55 – 11.40
5. Stunde	12.15 – 13.00
6. Stunde	13.15 – 14.00
7. Stunde	14.10 – 14.55

Die 4. Stunde hängt ab von der Mittagspause (2 Schichten).

Besuch in „Haapamäen Yhteiskoulu“ in Haapamäki

- 06.05.2005, Sekundarschule der Stufen 7 – 9 und 10 – 12

Auch in Haapamäki ist der Eingangsbereich großzügig gestaltet, überall sind Bänke, Tische und Stühle, Lesecken mit Zeitungen und Zeitschriften, Schließfächer und die zentrale Garderobe.

In der Lehrküche bereiten 1 Mädchen und 7 Jungen der 8. Klasse ein Kartoffelgericht vor, mit unterschiedlichen Beilagen. In diesem Kochkurs werden die Schülerinnen und Schüler auch ermuntert, zu festlichen Privatanlässen die Speisen zu bereiten vom Einkauf bis zur Tischdekoration. Die Lehrkraft begleitet diese außerschulischen Projekte und bewertet sie nach schulischen Bedingungen.

9 Schülerinnen und Schüler proben im Musikraum ein Musikstück. Besetzt sind 2 Schlagzeuge- davon ein elektronisches-, 1 Klavier, 1 Keyboard, 2 Bassgitarren, 3 Mikrofone. Das Ziel des Musikunterrichtes ist auch, jeder Schülerin und jedem Schüler 1 Instrument nahe zu bringen.

In einer 8. Klasse steht Schwedisch auf dem Stundenplan. Die Klasse kommt in den Fremdsprachenunterrichtsraum. Hier ist alles für diese Fächer – auch Englisch und Deutsch – untergebracht, fachgerechte Medien sind vorhanden, technische Hilfsmittel – Bild und Ton - sind obligatorisch. Von den 10 Schülerinnen und Schüler sitzen zwei abseits. Sie nehmen vorübergehend an diesem Unterricht teil, weil die zuständige Sonderpädagogin nicht anwesend ist.

Die andere 8. Klasse erhält Englischunterricht. Auch hier wechseln die Unterrichtsmittel: Tafel, Overheadfolie, Buch, Hörkassette, Heft und Stift kommen zum Einsatz.

Im Mathematikunterricht der 9. Klasse mit 13 Teilnehmern fällt auf, dass die Schülerinnen und Schüler in DIN A5 – Heften arbeiten mit großer Linierung und mit Bleistift schreiben. Die Lern- und Verbrauchsmittel werden bis zum Heft und Bleistift von der Schule gestellt. Der Unterricht findet statt im Mathematikraum des Lehrers, hier gibt es ein Whiteboard, Monitor, DVD-Player, Overheadprojektor.

Am Nachmittag üben 14 Schülerinnen der 8. Klassenstufe gymnastische Übungen für ein Gemeinschaftsprojekt von 5000 Schülerinnen und Schülern in Oulu, das in Kürze stattfinden wird.

An dieser Schule unterrichten 20 Lehrkräfte in beiden Schulstufen, davon eine Lehrkraft für Studien- und Berufsberatung*. Die Klassenstufen 7 – 9 besuchen ca. 100 Schülerinnen und Schüler in 6 Klassen, die Klassenstufen 10 – 12 werden von ca. 60 Schülerinnen und Schülern in Kursen besucht. Zum Personal zählen 1 Sekretärin, 1 Hausmeister, 3 Reinigungskräfte und 3 Küchenhilfen. Eine Krankenschwester kommt 1-mal die Woche in die Schule.

Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte in Sek I und II:

Finnisch	17 Wochenstunden
Sprachen	18 Wochenstunden
Mathematik	21 Wochenstunden
Sport, Kunst	23 Wochenstunden.

*Diese Lehrkraft berät die Schülerinnen und Schüler in allen Fragen der persönlichen Schul- und Berufsbildung, Sie erteilt keinen „normalen“ Unterricht, sondern betreut Praktika, pflegt Kontakte zu Firmen und nimmt einmal wöchentlich an einem Arbeitskreis teil, der z.B. über Neuerungen in Berufsfeldern informiert.

Das hat uns besonders beeindruckt:

- In den finnischen Schulen herrscht eine entspannte Lernatmosphäre, wahrscheinlich bedingt durch den anderen Zeittakt, die ausreichenden Pausen und die große Mittagspause mit warmer Verpflegung. Der Unterricht findet in der Zeit von ca. 08.00 – 15.00 Uhr statt, es gibt keine „verlässlichen Unterrichtszeiten“.
- Sind Arbeitsplätze in der Schule vorhanden, sind die Lehrkräfte während der Unterrichtszeit anwesend. Sonst regelt sich die Anwesenheitszeit nach der Unterrichtszeit.
- Die Lerngruppen sind klein gehalten, über 15 Teilnehmer haben wir nicht gesehen, sind aber in man-

chen Fällen denkbar: Sport, Musik, Theater u.a.

- Die materielle und technische Ausstattung ist auf einem sehr hohen Niveau. Monitor mit Video oder DVD-Player, Overheadprojektoren sind in allen Klassen fest installiert wie auch netzfähige Computer.
- Der Unterricht in Computerräumen mit neuwertiger Technologie und entsprechender Software unterstützen das selbstständige Lernen.
- Medizinisches Personal kümmert sich an den größeren Schulen um die Gesundheit, Sozialarbeiter um andere Probleme der Schülerinnen und Schüler.
- An jeder Schule gibt es Sonderpädagogen, die sich um Schüler kümmern, die Verhaltensauffälligkeiten oder Lernschwierigkeiten zeigen. Wenn die schulinternen Maßnahmen nicht reichen, wird nach einer Konferenz bestehend aus Lehrkraft, Klassenlehrer, Schulleiterin, Psychologe, Schularzt, in der die Schüler und deren Eltern angehört werden, eine Einweisung in eine Sonderschule verfügt.
- An jeder Schule gibt es ausgebildete Lehrkräfte als Studien- und Berufsberater, die Zeit bekommen zur Beratung und zur Erkundung in Betrieben und Hochschulen.
- In einem Kurs in der Oberstufe über 38 Stunden werden Techniken des Selbststudiums, Problemlösungen für die Berufswahl, Zukunftsplanung und Erkundung anderer Erziehungsinstitutionen gelehrt.
- Über 50 % der Sek I –Schülerinnen und Schüler besuchen die Sekundarstufe II und erhalten den Abschluss (Abitur).
- Nur 12 % der Bewerber für die Erziehungswissenschaften erhalten eine Zusage, für Medizin 22 %, für Dentisten 34 %, für Pharmazie 43 %.
- Bei den Schulabgängern wird der Berufswunsch Lehrer immer unter den 10 ersten genannt.
- Die Schule hat traditionell in der Gesellschaft ein hohes Ansehen.
- In Finnland wird viel gelesen, selbst in mittleren Gemeinden wie Keuruu gibt es eine große öffentliche Bibliothek, kleine Gemeinden und Einzelgehöfte werden von Büchereibussen kostenlos versorgt.

Und das sollte man über das finnische Schulsystem noch wissen:

Wer finanziert die Schulen?

Schulträger sind die Kommunen, sie erhalten staatliche Zuschüsse nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Bei besonderen Innovationen und Erneuerungen gibt es Sonderzuweisungen des Staates infolge eines Antrages.

Wer sucht die Lehrkräfte aus?

In der Lehrerzeitung werden die Stellen landesweit ausgeschrieben. Aus den Bewerbern wählt ein kommunales Gremium (Schulausschuss und Schulleiter) nach einer Vorstellung die Lehrkraft aus. Nach einer drei- bis sechsmonatigen Probezeit kommt die Festanstellung.

Wer bezahlt die Lehrkräfte?

Die Lehrkräfte werden von der Kommune besoldet mit Zuschüssen des Staates (Ca. 50:50). In strukturschwachen Gegenden (z.B. Lappland) gibt es Sonderzuwendungen.

Was verdienen die Lehrkräfte?

Im Vergleich zu uns mag der Bruttoverdienst bei ca. 70 % liegen. Der Steueranteil liegt bei 28 - 34 %. Es gibt aber eine sehr billige Heilfürsorge für alle finnischen Bürger. Mieten und Baugrundstücke sind außerhalb der Zentren Helsinki und Turku erheblich niedriger als in der BRD. Herangezogen werden müssen aber die besonderen Belastungen in der Unterrichtsverpflichtung und die zusätzlichen Aufgaben einer Lehrkraft in der BRD (s. Gruppengröße, Elternmitarbeit, Konferenzen, Verwaltungsarbeit u.a.m). Überstunden werden stundenweise nach der Eingangsbesoldung abgerechnet. (Beispiel: Unterrichtsverpflichtung 21 Std, bei 5 Überstunden wären es 5/21 der Eingangsstufe)

Was verdienen andere vergleichbare Berufsgruppen?

In der Wirtschaft wird auch in Finnland besser verdient, Ärzte sind aber in der Regel in den Gesundheitszentren angestellt und kommen nur über zusätzliche Überstunden zu höheren Bezügen als die Lehrkräfte. Freiberufler sind auch in Finnland besser gestellt. Insgesamt ist das Einkommensniveau deutlich geringer als in der BRD.

Wie sind die Hierarchien in den Schulen?

Jede Schule hat einen Schulleiter oder eine Schulleiterin. Nur große Schulen haben eine stellvertretende Schulleitung (z.B. Keuruu Lukio SL und Stellvertr. SL; Haapamäki Lukio nur SL). Andere Funktionsstellen gibt es nicht!

Wie arbeiten Schule und Eltern zusammen?

Eine Elternvertretung ist nicht vorgesehen. In der Grundschule ist ein Elterngespräch pro Schuljahr verpflichtend. Außerdem findet 2 – 3-mal im Jahr eine Elternversammlung für alle Eltern der Schule statt.

In der Sekundarstufe findet ein Elterngespräch nur bei aufgetretenen Problemen statt. 2 – 3-mal im Jahr wird eine Klassenelternversammlung durchgeführt mit allen beteiligten Lehrkräften.

Wie sind die Schülerinnen und Schüler vertreten?

Eine Schülermitverantwortung gibt es nicht.

Wie sieht es mit der Mitbestimmung aus?

Eine Kommission, bestehend aus 2 Schülervertretern, 5 Elternvertretern, 2 Ausschussmitgliedern, 1 Vertreter des Personals und dem Schulleiter, kann Vorschläge zur Schulordnung und zum Schulleben vorlegen.

Entschieden wird ausschließlich von der Schulleitung in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften.

Wie werden die Schulen beaufsichtigt?

Eine Schulaufsicht nach deutscher Art gibt es nicht. Die Schulen handeln autonom. Auch die Lehrkräfte arbeiten in eigener Verantwortung. Vom Staat werden Standards für die einzelnen Fächer und Jahrgänge vorgegeben – sie werden zurzeit überarbeitet. In der Kommune werden dann von schulübergreifenden Fachkonferenzen im ca. 10-Jahres-Rhythmus die Lehrpläne für die Schulen festgelegt. Nach einem Zufallauswahlverfahren werden jährlich 100 Schulen zu Vergleichsarbeiten im 9. Jahrgang herangezogen.

Am Ende der gymnasialen Oberstufe wird ein Zentralabitur abgelegt.

Ein Schulprogramm mit entsprechender Evaluation gibt es nicht. Die Schulen legen dem kommunalen Schulausschuss Rechenschaft ab.

Wie werden Migranten integriert?

Die Migrantenkinder erhalten bei Bedarf zunächst einen Intensivkurs in der finnischen Sprache bevor sie am Regelunterricht teilnehmen. Dieses Problem ist aber hauptsächlich beschränkt auf die südlichen Landesteile.

Wie werden Behinderte gefördert?

Wenn Schülerinnen und Schüler in der Regelschule nicht ohne Hilfe unterrichtet werden können, werden sie einer Schule zugewiesen, die mit einer höheren Zahl von Unterrichtsassistenten ausgestattet ist. In schwereren Fällen sind Sonderschulen zuständig.

Warum wird in der Schule warmes Essen angeboten?

Eingeführt wurde das Mittagessen, damit Kinder aus ärmlichen Verhältnissen einmal am Tag ein warmes Essen bekommen. Heute liegt die Begründung in der Alternative zur „fast-food“-Ernährung. Das Angebot in der Schulmensa ist auf gesunde Ernährung ausgerichtet.

Wie geht man mit Schulversagen um?

Ein Wiederholen soll es in der Grundschule und Sekundarstufe I nicht geben, kann aber bei schwerwiegenden Gründen erfolgen. Nach Ausfall wegen Krankheit u. ä. werden vorübergehend Förderstunden im Einzelfall gegeben.

In der Sekundarstufe II können bei nicht erreichten Zielen nach den Sommerferien Nachprüfungen stattfinden, sonst ist eine Wiederholung möglich.

Wie werden Schülerleistungen überprüft?

In der Sekundarstufe I werden nach der Hälfte und am Ende des Kurses je eine Arbeit geschrieben, in der Sekundarstufe II nur am Ende des Kurses.

Wie werden die Schulabgänger versorgt?

Nach der 9. Klassenstufe gehen 50 bis 60 % weiter in die Sekundarstufe II mit dem Ziel des Abiturs. 6 % gehen von der Schule ohne Perspektive (Pressebericht Juli 2005).

Für die verbleibenden Abgänger folgt eine dreijährige Berufsausbildung in einer beruflichen Schule, eine betriebliche Ausbildung gibt es nicht auch. Für die schwächeren Abgänger gibt es eine Art des „Anlernens“ in einem Betrieb mit einer „leichteren“ schulischen Begleitung.

Zur Verbesserung der schulischen Leistung wird den Abgängern ein freiwilliges 10. Schuljahr angeboten.

Was geschieht bei Unterrichtsausfall?

Nach drei Tagen werden Vertretungslehrer eingesetzt. Das können Studierende sein, aber auch pensionierte Lehrkräfte.

Bis dahin werden Vertretungen organisiert, wie sie in der BRD auch gängig sind.

Was erwartet die Abiturienten?

Es gibt in Finnland keine Studiengebühren. Alle Studierenden erhalten für den persönlichen Lebensunterhalt eine nicht zu erstattende Beihilfe des Staates.

Wie werden Lehrkräfte ausgebildet?

Grundschullehrkräfte studieren 4 Jahre 1 bis 2 Fächer mit Schwerpunkten in den Erziehungswissenschaften. Während des Studiums muss ein mehrwöchiges Praktikum in einer Ausbildungsschule durchgeführt werden. Die Ausbildungsschulen liegen im Nahbereich der Universitäten.

Sekundarstufenlehrer vollziehen ein 2-jähriges Grundstudium (z.B. Mathematik, Physik und Chemie). Danach entscheiden die Studierenden, ob sie einen Diplomabschluss anstreben oder sich für das Lehramt entscheiden. Für das Lehramt werden weiterhin 2 Jahre mindestens 2 Fächer mit einem Schwerpunktstudium studiert, hinzu kommen Erziehungswissenschaften und Schulpraktika.

In den Ferien können Fortbildungsveranstaltungen besucht werden. Es gibt eine 3-tägige Pflichtfortbildung pro Jahr, wobei 2 Tage innerhalb der Kommune stattfinden (z. B. Fachkonferenzen), und 1 Tag am Wochenende als überregionale Fachfortbildung.

Einmal in fünf Jahren können die Lehrkräfte im Winter während der Unterrichtszeit an einer überregionalen Fortbildung teilnehmen.

Hauke Köster

Schule Kisdorf

SchuleKisdorf@aol.com

Bildbericht unter:

www.schule-kisdorf.de

Wo haben wir das denn bloß abgelegt?

Vorschlag für ein neues Archivierungssystem von Klaus-Ingo Marquardt

Als ich vor vier Jahren die Geschäftsstelle übernahm, erhielt ich von meinem Vorgänger 20 Leitzordner und einen dazugehörigen Aktenplan. Schon die Unterbringung dieser Papiermassen stellte mich vor einige Probleme. Größere Schwierigkeiten bereitete mir allerdings die Nutzung des Archivs. Ich musste ständig alle 20 Ordner in Reichweite haben und wusste trotzdem nie ganz genau, in welchem Ordner ich etwas Bestimmtes finden konnte oder wo ich etwas ablegen sollte.

Ich entschloss mich deshalb, ein neues rechnergestütztes Archivierungssystem zu entwickeln. Grundlage für das neue System ist die Funktion Suchen in Microsoft- Excel. Ziel war und ist die Verringerung der Ordner, die sichere und schnelle Suche von abgelegten Schriftstücken und die Benutzbarkeit durch andere, ortsferne Personen. Im Folgenden beschreibe ich dieses äußerst einfache, aber effektive System, das sich auch für Schulen aller Größen eignet. Der größte Vorteil liegt darin, dass bei diesem System nicht nur die Sekretärin weiß, wo etwas abgelegt wurde.

Ich gebe jedem Schreiben, das bei mir auf den Tisch kommt, eine fortlaufende Nummer. Dann trage ich die Briefe, Zeitschriften etc. in eine Excel-Tabelle ein. (siehe unten). Ich gebe dabei nicht nur den Absender, sondern auch Inhalte der Schreiben stichwortartig ein. Bei Zeitschriften gebe ich die Stichworte der einzelnen Artikel ein.

Die neuen Ordner enthalten die fortlaufend nummerierten Schriftstücke. Es hat sich herausgestellt, dass 50 Schriftstücke in einen Ordner passen.

Die Ablage ist radikal vereinfacht. Ein neues Schriftstück kommt oben drauf.

Die Suche ist ebenso einfach. Wenn ich etwas suche, rufe ich die Tabelle Archiv auf, gebe Strg F ein, gebe mein Suchwort ein und lasse suchen. Ist das Suchwort gefunden, sehe ich die Nummer des Schriftstückes und kann es aus dem Ordner nehmen. Gehe ich auf Weitersuchen, werden alle Schriftstücke zu diesem Thema angezeigt.

Mit der Funktion Sortieren kann ich alle Schriftstücke z.B. des Ministeriums oder eines anderen Absenders hintereinander auf dem Monitor anzeigen.

Auszug aus Archiv slvsh

311	2005	Mai	CDU	Koalitionsvertrag
312	2005	Juni	Ministerium	Vorbemerkungen Hübner OVP Koop-Schulen
313	2005	März	slvsh-GeschSt	Zusammenfassung OVP Arbeitstagung am 24.2.2005
314	2005	Juni	Ministerium	Protokoll Hübner OVP 2.6.2005
315	2004	Sept	Ministerium	Zertifikat OVP
316	2005	Okt	slvsh-GeschSt	Dankeschreiben W. (Name aus Datenschutzgr.abgekürzt)
317	2005	Okt	slvsh-GeschSt	Flyer Kongress 2005
318	2005	Sept	IHK	Absage Dr. Christiansen
319	2005	Okt	slvsh-GeschSt	Kongress 2005 Aufgabenverteilung Referenten
320	2005	Okt	IHK	Ehrung Walter Rossow
321	2005	Okt	Ministerium	PISA 2003-E Flyer
303	2004	Dez	VBE	OVP Warten auf Godot
304	2005	März	ASD	beruf:schulleitung Quer- und Seiteneinsteiger
305	2005	April	FDP	Verlässliche Grundschule Vernachlässigende Grundschule
306	2002	Mai	slvsh-GeschSt	Brauchen wir den Schul-TÜV Ergeb. AT EVIT 29.5. 2002
307	2005	Aug	slvsh-GeschSt	Stellungnahme Rauch- und Alkoholverbot
308	2005	Sept	slvsh-GeschSt	Einladung Kongress 2005

Bericht von der EVIT-Arbeitstagung

- Klaus-Ingo Marquardt -

Arbeitstagung EVIT der Schulrätevereinigung (SV) und des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) am 9. März 2006 im Hotel ConventGarten in Rendsburg

Ausgangspunkt der Arbeitstagung waren die Klagen von Schulleiterinnen und Schulleitern über die unterschiedliche Handhabung von EVIT. Obwohl die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung im EVIT-Handbuch beschrieben sind, gibt es seitens einiger EVIT-Teams Interpretationen, die nicht in jedem Falle sachgerecht und nachvollziehbar sind. Ziel der Arbeitstagung war es, diese Punkte zu benennen und Vorschläge für eine gewisse Vereinheitlichung zu erarbeiten.



Die Teilnehmer der Arbeitstagung erarbeiteten in Gruppen die „Knackpunkte“ der derzeitigen EVIT-Praxis. Dabei wurde deutlich, dass es Schulaufsichtsbezirke gibt, in denen die Regelungen und vor allem die Intentionen des EVIT-Handbuchs voll und ganz beachtet werden, und dass insbesondere immer dann der EVIT-Besuch für alle Beteiligten zu einem Gewinn wird, wenn er frühzeitig, gemeinsam und in einem vertrauensvollen Zusammenwirken von EVIT-Team und EVIT-Schulausschuss geplant wurde.

Es wird aber auch über Schulaufsichtsbeamte geklagt, die noch nicht verstanden haben, dass der EVIT-Besuch ein **Instrument der Weiterentwicklung von Schule** darstellt. Beratung und Ermutigung steht also im Mittelpunkt und nicht die Schulaufsicht.

Die Arbeitsgruppen erarbeiteten folgende Problemfelder und Lösungsvorschläge:

(Vorschläge, die nicht die allgemeine Zustimmung fanden, sind kursiv gedruckt)

Vor dem EVIT-Besuch zu beachten:

- Einvernehmliche Absprache zwischen EVIT-Team und EVIT-Schulausschuss über die vorzulegenden Unterlagen
- eine ebensolche Absprache über Art und Umfang der Unterrichtsbesuche
- Unterrichtsvorbereitungen werden nicht verlangt, wohl aber eine kurze Information über Klasse und Unterrichtsstunde, die dem EVIT-Team beim Betreten der Klasse ausgehändigt wird.

Beim EVIT-Besuch zu beachten:

- Zeitliche Begrenzung bis 16.00 Uhr
- *Der IQSH-Moderator muss aus der entsprechenden Schulart stammen.*
- Das Team muss Gespräche mit den einzelnen Gruppen moderieren und steuern. Die Moderationsverantwortlichkeit im Team muss vorher festgelegt werden.
- *Der Verbindungslehrer sollte an den Gesprächen mit Schülern teilnehmen. (Diese Frage kann zwischen EVIT-Team und EVIT-Schulausschuss geklärt werden)*
- *Unterrichtsbesuche sollten in der 2. bis 5. Stunde stattfinden. (Nicht für alle Schularten möglich)*
- Abschlussgespräch und Abschlussbericht müssen tendenziell deckungsgleich sein
- Unterrichtsbesuche sollten vom kompletten EVIT-Team wahrgenommen werden.

Nach dem EVIT-Besuch zu beachten:

(Dieser Komplex wurde aus Zeitgründen nicht mehr ausgiebig genug diskutiert)

- Prioritäten setzen

Auf der Grundlage des EVIT-Abschlussberichts sind Zielvereinbarungen zwischen Schulaufsicht und Schulleiterin zu formulieren. Dabei ist vorrangig zu bedenken:

- Was ist wichtig für die Motivation/Entlastung des Kollegiums?
- Was ist für unsere Schüler wichtig?

• Ansprechpartner für weitere Begleitung der Schule benennen, z.B.

- Austausch der EVIT-Schulen (Tankstelle)
- Moderatoren von außen
- Hilfe bei interner Evaluation

Einladung

Mitgliederversammlung

Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit lade ich Sie sehr herzlich ein zur ordentlichen

Mitgliederversammlung
am Donnerstag, dem 27. April 2006
von 15.00 Uhr – 17.30 Uhr
im Hotel ConventGarten in Rendsburg

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Wahl eines Versammlungsleiters / einer Versammlungsleiterin
3. Bericht des 1. Vorsitzenden
4. Aussprache
5. Bericht des Schatzmeisters
6. Bericht der Kassenprüfer
7. Aussprache
8. Entlastung des Vorstands
8. Wahlen
10. Wahl eines Kassenprüfers
11. Haushaltsplan 2006
12. Verschiedenes

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung wird Dr. Wolfgang Schulz über EULE referieren, einer Einrichtung der Universität Flensburg, die sich unter anderem mit der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer besonders in Hinblick auf den Bachelor- und Master-Studiengang befasst.

Mit freundlichen Grüßen



Vorschlag des Vorstandes

zur Vorstandswahl am 27. April 2006

				
Walter Rossow	Uwe Niekief	Olaf Peters	Andreas Kelber	Klaus-Ingo Marquardt
Vorsitzender GHS	Stv. Vorsitzender GS	Stv. Vorsitzender GHS	Stv. Vorsitzender RS	Geschäftsführer GS

				
Reinhard Einfeldt	Günter Orgis	Rolf Jacoby	Ragna Bordel	Nora Siegmund
Schatzmeister GS	Schriftführer RS	Beisitzer RS	Beisitzerin GS	Beisitzerin FöZ

		
Susanne Nürnberg	Martina Behm-Kresin	Barbara Schirmacher
Beisitzerin GS	Beisitzerin GS	Beisitzerin RS

Schulrechtstests der Lehrkräfte in Ausbildung

Andreas Kelber

Geschäftsstelle

An die
Schulleiterinnen und Schulleiter
der Ausbildungsschulen
in Schleswig-Holstein

Wattenbek, den 2. März 2006

Schulrechtstest der Lehrkräfte in Ausbildung

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

bei neuen Produkten kommt es immer wieder einmal zu Störungen. Grundsätzlich wird dann reklamiert und manchmal, wie sogar häufiger in der Automobilbranche zu beobachten, wird eine Rückrufaktion gestartet. In der Regel sind solche Pannen den Herstellern peinlich und sie versuchen alles, das Produkt dennoch zum Erfolg zu führen. Etwas anders funktioniert dieser Regelkreis bei ideellen Produkten, wie zum Beispiel der OVP. Hier wird man eher an die Fährnisse eines typischen Montagsautos erinnert. Man reklamiert und reklamiert und hört doch immer wieder: „Wir finden nichts! Das gehört so! Läuft doch prima! War nur eine Kleinigkeit!“

Trotz aufzubringenden Verständnisses für Anlaufschwierigkeiten sind wir als Ausbildungsleiter in den Schulen aufgerufen, die Fehler und Ungereimtheiten, die die Ausführung der OVP mit sich bringt, deutlich aufzuzeigen und vor allem, im Interesse der uns anvertrauten Lehramtsanwärter, nachzuweisen!

In diesem Zusammenhang möchten wir die **Lehrkräfte in Ausbildung**, die den **Schulrechtstest** absolviert haben, kurz befragen und bitten Sie, den beigefügten Fragebogen weiterzuleiten.

Mit bestem Dank für Ihre Mühe und freundlichen Grüßen
Ihr

Andreas Kelber
stellv. Vorsitzender (komm.)

**Umfrage des
Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh)
zum Schulrechtstest für LiAs im Februar 2006**

Laufbahn: GYM ☐ RS ☐ GHS ☐ GS ☐ BBS ☐

1. Das Modul zur **Vorbereitung** der Schulrechtsprüfung war...

☐ ☐ ☐ ☐

sehr hilfreich hilfreich wenig hilfreich überhaupt nicht hilfreich

2. Die Prüfungsfragen des Schulrechtstests waren so gewählt, dass sie dem **alltäglichen schulischen Bereich** entsprechen.
Diese Aussage...

☐ ☐ ☐ ☐

trifft voll zu trifft zu trifft nur bedingt zu trifft überhaupt nicht zu

3. Die **Aufgabenstellungen** waren klar, eindeutig und meines Erachtens fehlerfrei.
Diese Aussage.....

☐ ☐ ☐ ☐

trifft voll zu trifft zu trifft nur bedingt zu trifft überhaupt nicht zu

4. Zum Thema **Schulrechts-Modul** und **Schulrechtsprüfung** möchte ich noch Folgendes anmerken:

Bitte per Fax zurück an die Geschäftsstelle des s/vsh : 04322 – 88 89 22

Dienstliche Beurteilung für LiAs des ersten Ausbildungsdurchgangs

Wulf Schady, Rektor der Dannewerkschule-Grundschule

Zum 1. März hatten wir Schulleiter zum ersten Mal für Lehrkräfte in Ausbildung nach der neuen OVP eine Dienstliche Beurteilung anzufertigen. Von allen Beurteilungen, deren Zahl ich nicht mehr zurückverfolgen kann, ist mir diese letzte am schwersten von der Hand gegangen. Der Beginn der Ausbildung war mit vielen Unwägbarkeiten, Unsicherheiten, Veränderungen und hohem Informationsbedarf verbunden; Strukturen mussten sich erst herausbilden. Dies alles nahm Einfluss auf die Effizienz der Ausbildung, so dass eine gerechte Beurteilung gegenüber den LehramtsanwärterInnen der alten Ausbildung deutlich erschwert ist! Aus diesem Grund habe ich mich entschlossen, meine Dienstliche Beurteilung mit einer Vorbemerkung zu beginnen. Sie lautet in anonymisierter Form:

Wichtige Vorbemerkung

Eine sachgerechte Beurteilung der Arbeitsleistung der LiA XYZ ist durch Bedingungen, die sie nicht selbst zu vertreten hat, deutlich erschwert gegenüber einer Beurteilung nach der bisherigen Ausbildungsordnung:

- XYZ gehört zum ersten Ausbildungsdurchgang der OVP. Während der Ausbildungszeit haben sich einzelne Bedingungen geändert.
- Ein Ersatz für die fehlende Seminarleiterbetreuung musste erst aufgebaut werden. So standen in Schleswig keine Netzwerke zur Verfügung. Ein hohes Maß an Selbstorganisation war gleich zu Beginn erforderlich – bei noch geringem Informationsstand aller Beteiligten. Diese Strukturen haben sich erst seit einem Jahr deutlicher geklärt und gefestigt – für XYZ mit einem Jahr Verspätung. Der nachfolgende LiA-Jahrgang kann von diesen Strukturen gleich von Beginn an profitieren!
- Ein Erfahrungsaustausch der Auszubildenden, wie sie in den bisherigen Seminargruppen möglich war, verbunden mit regelmäßigen, gegenseitigen Hospitationen, fehlte zu Beginn der Ausbildung völlig.
- Die Ausbildungslehrerinnen wurden erst während der Tätigkeit von XYZ für ihre Tätigkeit ausgebildet.
- Die Schule musste mit dem ersten Durchlauf zunächst eigene Erfahrungen für eine angemessene

sene Ausbildungsform und für einen geeigneten Einsatz der LiA entwickeln. So ist die Ausbildungsordnung der Dannewerkschule GS erst gegen Ende des ersten Ausbildungsjahres in der jetzigen Form entstanden.

- *Ein geeigneter Ausbildungsplatz an einer Hauptschule stand in Schleswig nicht zur Verfügung. Erst im 2. Semester stellte die GH-Schule Schafflund einen Platz zur Verfügung. Diese Schule ist ca. 50 km von unserer Schule entfernt.*
- *Diese und weitere Erschwernisse in der Anlaufzeit ihrer Ausbildung hatten weder die VorgängerInnen nach der alten Ausbildungsordnung noch die jetzt neu eingestellten LiAs – nach Konsolidierung der neuen Strukturen – zu überwinden. Im Klartext: Es fehlt XYZ – und sicher auch ihren KollegInnen – eine nicht unerhebliche Zeitspanne an effizienter Ausbildung!*

Es war für mich gut nachvollziehbar, dass unsere LiA nach der Festigung der Ausbildungsstrukturen im zweiten Ausbildungsjahr ihre Lehrerleistungen gemäß den Ausbildungsstandards deutlich steigerte. Bei meinen Unterrichtsbesuchen, beim Einsatz der LiA in der Schule, in dem Feedback der SchülerInnen, Eltern und KollegInnen und durch die persönlichen Gespräche konnte ich mir einen Eindruck von dem Lehrerpotential der LiA verschaffen. Auch wenn gewisse handwerkliche Fähigkeiten gelegentlich noch unsicher erscheinen, habe ich die Lehrerleistung unter Würdigung aller mir sichtbaren Umstände mit „gut“ bewerten können. Konsequenterweise habe ich mein Gutachten mit einer ergänzenden Bemerkung abgeschlossen:

Die anfänglichen Schwächen sind weitgehend überwunden; sie mögen das „gut“ einschränken. Die LiA XYZ hat im zweiten Ausbildungsjahr bewiesen, dass sie durch Evaluation ihrer eigenen Tätigkeit sich stetig und signifikant weiterentwickeln kann. Es ist davon auszugehen, dass die LiA ohne die oben aufgezeigten Zeitverluste ihr gutes Potential bereits früher hätte entfalten können.

Ich vertraue darauf, dass die Kommissionsmitglieder aller jetzt anstehenden Prüfungen die Problematik der Anlaufschwierigkeiten für diesen Durchgang bedenken werden.

Zur pädagogischen Weiterentwicklung der Grundschule

Kurzbericht über den Arbeitskreis von Sibylle Leuner und Adelia Schuldt

Am 23.2. kamen in Neumünster gut 30 Kollegen und Kolleginnen zusammen. Als Veranstalterinnen hatten wir vermutet, dass auch andere, wie wir, ein Interesse daran hätten, im Schulleiterverband intensiver auch an spezifischen Grundschulthemen zu arbeiten, um einerseits unsere Interessen besser transportieren zu können, andererseits die Vereinzelung aufzuheben. Dadurch, dass nicht an vielen Orten gleichzeitig am gleichen Thema gearbeitet wird, sondern diese Arbeit vernetzt wird und Austausch stattfindet, kann entlastet werden und angeregt.

Nach einer Vorstellungsrunde, die unsere Einschätzung bestätigte, wurde zunächst ermittelt, welche Themen den Grundschulkollegen/innen derzeit auf den Nägeln brennen. Dieses waren (in ungeordneter Form)

- nach wir vor die Umsetzung der OVP insbesondere in der Kombination Grund- und Haupt- bzw. Gesamtschule
- die Veränderung der Eingangsphase
- Verlässlichkeit (nur noch in einigen Kreisen ein brennendes Thema)
- Veränderung der Unterrichtskultur
- Ganztagschule
- Bildungsstandards
- Englisch
- der Wunsch nach wohnortnaher Fortbildung
- Probleme des Übergangs in die weiterführenden Schulen – innovative Ansätze der

Grundschulen werden dort nicht fortgeführt - und, nicht zuletzt, als bleibendes, oft quälendes Thema, das der zunehmenden Arbeitsbelastung der Schulleitungen durch neue Aufgabenfelder.

Ergebnisse: Es bildeten sich zunächst drei Arbeitsgruppen. Die Termine werden über die Zeitung bzw. über den nur entstandenen **Mailverteiler** weitergegeben. Wer in diesen aufgenommen werden möchte, kann sich in der Geschäftsstelle bei Klaus-Ingo Marquardt melden.

24.4. tagt die Gruppe zu den **Standards** in Hohenlockstedt,

1.6. diejenige zur **OVP** in Tornesch-Esingen.

Interessierte bringen bitte, wenn vorhanden, ihr Ausbildungskonzept mit. Wir wollen, nach den ersten Prüfungserfahrungen, die „Knackpunkte“ herausarbeiten.

Die Gruppe zur **Eingangsphase** nutzt zunächst in persönlicher Absprache die angebotenen Hospitationsmöglichkeiten bei der Kollegin Maren Roloff in Tetenbüll und findet dann einen neuen gemeinsamen Termin.

Der gesamte Arbeitskreis tagt erneut am 14. September, 15.30 Uhr, vermutlich wieder im Hotel Prisma in Neumünster. Der Ort wird über die Zeitung und Mail bekanntgegeben.

Adelia Schuldt und Sibylle Leuner



Bitte recht freundlich...!

Mit unserer Hausratversicherung bleiben Sie gelassen, auch wenn es mal blitzt.

Seit 1815 versichert der Lehrer-Feuerversicherungsverein den Hausrat seiner Mitglieder. Gegen Brand, aber auch gegen Einbruchdiebstahl, Fahrrad-diebstahl, Wasserschäden, Glasbruch, Induktionschäden u.a. Mit Feuer und anderen Gefahren können wir uns also aus. Mit teuer jedoch nicht. Erwarten Sie statt Top-Prämien lieber Top-Leistungen – schnell, verbindlich und persönlich. Wo der Haken ist? Es gibt keinen. Unsere kosteneffiziente Struktur als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit ermöglicht Tarife, bei denen anderen Anbietern das Lächeln vergeht.

Und das Heißteste: Auch Nicht-Lehrer können bei uns Mitglied werden. Bestätigen Sie Versicherung diese Feuerprobe?

STIFTUNG WARENTEST
Unter 70 Hausratversicherungen
3 mal auf Platz 1
für glückliche Jahresbeiträge
FINANZ TEST 2/2004
www.warentest.de

LFV 
Mit Sicherheit Klassenbesten

LEHRER-FEUEVERSICHERUNGSVEREIN FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN,
HAMBURG UND MECKLENBURG-VORPOMMERN · WWW.LFV-KIEL.DE

Informationen aus der Geschäftsstelle

Als neue Mitglieder begrüßen wir ganz herzlich:

Rektorin	Marion Möller	Realschule	Bad Bramstedt
Rektorin	Gudrun Rechter	Grundschule Heist	Heist
Rektor	Kay Esrom	Grundschule Ravensbusch	Stockelsdorf
Konrektorin	Ute Grimm	Grundschule Neuwerk	Rendsburg

Service für die Schulleitung

slvsh-e-info · slvsh-e-forum

einfach und schnell online anmelden können.

Seit Dezember 2003 werden über unseren Internet-Dienst *slvsh-e-info* aktuelle Informationen aus der Geschäftsstelle versandt. Wer sich noch nicht angemeldet hat, sollte dies schnell nachholen. Auf unserer Homepage www.slvsh.de finden Sie ein Anmeldeformular, mit dem Sie sich

Unser Forum *slvsh-e-forum* bietet allen angemeldeten Mitgliedern die Möglichkeit, mit anderen Teilnehmern in Kontakt zu treten, um Fragen zu stellen, Meinungen zu äußern und Antworten zu geben. Auch hierfür melden Sie sich bitte auf unserer Homepage an.

Den slvsh stärken – Mitglieder werben!

An vielen Schulen sind neue Schulleiterinnen und Schulleiter gewählt worden oder dieses steht noch bevor.

Treten Sie dafür ein, dass diese neuen Kollegen, Mitglied im slvsh werden. Sprechen Sie sie auf Schulleiterdienstversammlungen auf unseren Verband an.

Schicken Sie die Adressen von Interessierten formlos per Fax an die Geschäftsstelle oder faxen Sie mir eine Liste Ihres Schulaufsichtsbezirks zu, auf der Sie die neuen Kolleginnen und Kollegen kenntlich machen. Nur wenn wir stark bleiben, können wir die Interessen von Schulleitung kraftvoll vertreten.

Jüngeren Kollegen droht Versorgungslücke

Durch die ständigen Eingriffe in die Struktur der Pensionen droht jüngeren Kollegen eine spürbare Versorgungslücke. Weisen Sie bitte in Ihren Kollegien auf die Möglichkeiten hin, die unter *richterversorgung.de* im Internet angeboten werden

Die Aufgabenverteilung im s/vsh

Postanschrift:	Klaus-Ingo Marquardt	Geschäftsführer	04322-5650	04322-691493	04322-2362	04322-888922	kmarquardt@slvsh.de
Geschäftsstelle	Schulstraße 6						
Zuständig für:	Name	Funktion im Vorstand	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail
ASD	Walter Rossow	Vorsitzender	04123 - 68 3 10	04123 - 68 31 21	04101 - 37 27 80	04101 - 37 27 82	wrossow@slvsh.de
Fortbildung	Reinhard Einfeldt	Schatzmeister	04621 - 25 0 29	04621 - 98 99 65	04621-99 90 024	04621 - 24 7 67	reinfeldt@slvsh.de
Homepage	Uwe Niekiel	Beisitzer	04852 - 2321	04852 - 98 20 70	04825 - 9121		uniekei@slvsh.de
Schritfführer	Günter Orgis	Schritfführer	0481 - 850 86 30	0481 - 85 086 15	0481 - 82 2 44	0481 - 82 2 66	gorgis@slvsh.de
Kreisorganisation	Rolf Jacoby	Beisitzer	04822 - 37 67 10	04822 - 37 67 15	04192 - 89 74 40		arjacob@slvsh.de
Rechtsauskünfte	Karl-Heinz Werner		04121 - 79 1 50	04121 - 79 15 18	04121 - 91 0 21		karl-heinz.werner@hanse.net
Arbeitskreise							
Zeitung	Ragna Bordel	Beisitzerin	040 - 524 15 48	040 - 529 35 16	0160 - 96486284		rbordel@slvsh.de
Neue Schulleiter							
Kleine Schulen	Christiane Franz		04121 - 83 8 06	04121 - 83 8 04	04121 - 84 08 44	04121 - 84 09 90	cf Franz@slvsh.de
Realschulen	Andreas Kelber	Beisitzer	04106 - 65 36 24	04106 - 65 36 25	04191 - 86 01 61		akelber@slvsh.de
FÖZ - Integration	Nora Siegmund	Beisitzerin	0431 - 72 29 33	0431 - 72 10 69	0431 - 78 78 94	0431 - 78 59 171	nsiegmund.slvsh.de
Anhörungen	Olaf Peters	stv. Vorsitzender	04642 - 98 46 00	04642-98 46 016	04641 - 93 31 46		opeters@slvsh.de
Stellvertreter	Klaus-Ingo Marquardt	Geschäftsführer	04322 - 5650	04322 - 88 89 22	04322 - 2362	04322 - 88 89 22	kmarquardt@slvsh.de

Die Ansprechpartner in den Kreisen finden Sie ab sofort auf einer eigenen Seite.

Ihre Ansprechpartner in den Kreisen

Kreis	Schulart	Name	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail-Adresse
NF	RS	Hans-Jörg Rickert	04863 - 9150	04863 - 9151	04863 - 3605		hjricket@slvsh.de
HEI	RS	Günter Orgis	0481 - 850 8630	0481 - 85 08 615	0481 - 82 2 44	0481 - 82 2 66	gorgis@slvsh.de
	GS	Elke Reimers	04804 - 18 1 10	04804 - 18 11 22			
	HS	Uwe Niekel	04852 - 2321	04852 - 98 20 70	04852 - 9121		uniekel@slvsh.de
FL + SL	RS						
	GHS	Olaf Peters	04642 - 98 46 00	04642 - 98 46 016	04641 - 93 31 46		opeters@slvsh.de
RD + NMS	RS	Uwe Löptien	04331 - 30 07 20	04331 - 39 3 90	04331 - 36 3 41	04331 - 37 0 52	uloeptien@slvsh.de
	GHS	Luise Kaiser	04331 - 30 07 31	04331 - 44 01 13	0431 - 56 51 10	0431 - 56 45 98	lkaiser@slvsh.de
OD	RS	Ralf Lindenthal	04533 - 8166	04533 - 3513	04533 - 8772		rlindenthal@slvsh.de
	GS	Marina Umlauff	040 - 72 29 266	040 - 78 10 47 95	040 - 72 28 833	040 - 72 28 833	mumlauff@slvsh.de
	FöZ	Constanze Pallasch	040 - 71 06 204	040 - 71 14 17 92	040 - 81 97 55 86		cpallasch@slvsh.de
OH							
PLÖ	RS	Manfred Helmert	04342 - 1028	04342 - 1029	0431 - 69 79 79		mhelmert@slvsh.de
	GHS	Gabriele Killig	04522 - 50 34 10	04522 - 50 34 18	04522 - 6338		
IZ	RS	Herbert Frauen	04124 - 4222	04124 - 93 78 50	04128 - 234		hfrauen@slvsh.de
	GHS	Claudia Sens-Görrissen	04128 - 94 21 08	04128 - 9640	04121 - 75 1 79		csensgoerrissen@slvsh.de
	FöZ	Jan Stargardt	04824 - 35 12 08	04821 - 41 4 34	04824 - 35 12 09	04821 - 74 93 84	jstargardt@slvsh.de
KI	GHS	Hauke Landt-Hayen	0431 - 60 06 920	0431 - 78 59 556	04322 - 1081	04322 - 1081	hlandthayen@slvsh.de
RZ	RS	Elisabeth Heidn-Johannsen	04542 - 83 56 67	04542 - 88 2 80	04541 - 89 83 38		eheidnjohannsen@slvsh.de
	GHS	Jörg Woelky	04509 - 87 5 00	04509 - 87 50 10	04542 - 89 8 31		jwoelky@slvsh.de
SE	RS	Klaus Noack					
	HS	Almut Hübner	04193 - 96 81 70	04193 - 96 88 43	04191 - 50 69 73		ahuebner@slvsh.de
	GS	Angelika Speck	04193 - 76 29 06	04193 - 2285	04192 - 89 89 69		aspeck@slvsh.de
	FöZ	Elisabeth Horsinka	04193 - 96 81 55	04193 - 96 81 70	04191 - 6743		ehorsinka@slvsh.de
HL	GS	Magda Sorour	0451 - 40 85 090	0451 - 40 85 09 20	04533 - 4059	04533 - 4059	emsor@gmx.net
PI	RS	Andreas Kelber	04106 - 65 36 24	04106 - 65 36 25	04191 - 86 01 61		akelber@slvsh.de
	GHS	Adelia Schultdt	04101 - 46 8 78	04101 - 40 24 69	040 - 89 65 23		almschu@aol.com
	GHS	Sibylle Leuner	04103 - 91 21 80	04103 - 91 21 820	04101 - 44 6 72	04101 - 40 35 52	ass@unser-wedel.de

Mehr Zeit für gute Schule

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) ist die **Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter **aller** Schularten Schleswig-Holsteins. Ihm gehören zur Zeit mehr als 520 Mitglieder an. Unser Hauptziel ist es, die Rahmenbedingungen für Schulleitungen zu verbessern! Dabei machen wir deutlich, dass Führungsaufgaben **unverzichtbarer** Bestandteil von Schulleitungen sind. Gleichzeitig erarbeiten wir Konzepte für Schul- und Personalentwicklung und streben ihre Umsetzung an.



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- anderen Verbänden, ...

Der Schulleiterverband (s/vsh) - die größte und stärkste Vereinigung von Schulleitungsmitgliedern in Schleswig-Holstein - ist in den Jahren seit seiner Gründung im Jahre 1991 zum akzeptierten und geforderten Gesprächspartner der o.g. Institutionen geworden. Ziel des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) war und wird auch zukünftig die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühles von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung sein. Dafür wird weiterhin kontinuierlich daran gearbeitet werden, die Interessen des Schulleiterberufes in allen und für alle Schularten zu vertreten, wobei stets das Motto gelten wird:

Die Schulleitungen aller Schularten stärken und keine Schulleitung einer Schulart schwächen, denn: das schafft WIR-GEFÜHL, da im Kern alle Schulleitungstätigkeit aller Schularten gleich ist!

Gemeinsam sind wir stärker!

Werden auch Sie Mitglied im Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) und senden Sie noch heute Ihre Beitrittserklärung an die Geschäftsstelle¹ ab!

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

¹ s/vsh

Geschäftsstelle · Klaus-Ingo Marquardt · Grundschule Wattenbek · Schulstraße 6 · 24582 Wattenbek

Beitrittserklärung

zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. slvsh

Name	Vorname		Geb. Datum	
Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständiges Schulamt		
Name und Anschrift der Schule				Dienststellen-Nr.
Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax	e-mail
Privatanschrift				
Ort, Datum		Unterschrift		

Ich bin damit einverstanden, dass der Jahresbeitrag von € 84,00 einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer

Eintrittsdatum	Unterschrift

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich. Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben)

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

Bitte zurück an: Schulleiterverband Schleswig-Holstein
Schulstraße 6
24582 Wattenbek
oder per Fax an: 043 22 - 88 89 22

**Standards der Kultusministerkonferenz für den Bildungsabschluss in der
Sekundarstufe: Workshop Deutsch (Teil 2)**

- Elisabeth Gessner und Horst Paul Kuhley, Universität Kassel -

Die hier abgedruckten Unterlagen waren die Grundlagen eines Workshops Deutsch auf dem
slvsh-Kongress am 27. Oktober 2005 in Rendsburg.

Der erste Teil erschien bereits in Heft 56; hier folgt nun Teil 2.

Mat. 02

Kompetenzbereiche im Fach Deutsch

entnommen aus: KMK Bildungsstandards für den Hauptschulabschluss S. 8

Sprache und Sprachgebrauch untersuchen

Sprache zur Verständigung gebrauchen, fachliche Kenntnisse erwerben,
über Verwendung von Sprache nachdenken und sie als System verstehen

Methoden und Arbeitstechniken

werden mit den Inhalten des Kompetenzbereiches erworben

**Sprechen und
Zuhören**

zu anderen, mit
anderen, vor anderen
sprechen,
Hörverstehen
entwickeln

***Methoden und
Arbeitstechniken
werden mit den
Inhalten des
Kompetenzbereichs
erworben***

Schreiben

reflektierend,
kommunikativ
und gestalterisch
schreiben

***Methoden und
Arbeitstechniken
werden mit den
Inhalten des
Kompetenzbereichs
erworben***

**Lesen - mit Texten
und Medien
umgehen**

Lesen, Texte und
Medien verstehen
und nutzen,
Kenntnisse über
Literatur erwerben

***Methoden und
Arbeitstechniken
werden mit den
Inhalten des
Kompetenzbereichs
erworben***

Mat. 03
Anforderungsbereiche im Fach Deutsch

entnommen aus: KMK Bildungsstandards für den Hauptschulabschluss S. 18-19

Die folgenden drei Anforderungsbereiche lassen sich unterscheiden und beschreiben.

Anforderungsbereich I	Anforderungsbereich II	Anforderungsbereich III
Verfügbarkeit der für die Bearbeitung der Aufgaben notwendigen inhaltlichen und methodischen Kenntnisse	Selbständiges Erfassen, Einordnen, Strukturieren und Verarbeiten der aus der Thematik, dem Material und der Aufgabenstellung erwachsenden Fragen / Probleme und deren entsprechende gedankliche und sprachliche Bearbeitung	Eigenständige Reflexion, Bewertung bzw. Beurteilung einer komplexen Problemstellung / Thematik oder entsprechenden Materials und ggf. die Entwicklung eigener Lösungsansätze
Die Leistungen umfassen im Anforderungsbereich I	Die Leistungen umfassen im Anforderungsbereich II	Die Leistungen umfassen im Anforderungsbereich III
- die sich aus der Aufgabe, dem Material oder der Problemstellung ergebenden Arbeitsaufträge identifizieren - das der Aufgabestellung oder dem Material zugrundeliegende Thema erfassen - den Text- bzw. den Materialinhalt geordnet wiedergeben - die eigenen Kenntnisse mit dem Thema, dem Hauptgedanken, der Problemstellung verbinden	- einen längeren oder einen komplexen Text bzw. Materialinhalt in eigenständiger Formulierung wiedergeben oder zusammenfassen - die Hauptgedanken eines Textes und seine Argumentation differenziert erfassen - Bezüge in Texten bzw. Materialien erkennen, um Aussagen zu erfassen - poetische/stilistische/rhetorische Mittel in einem Text erkennen, beschreiben und untersuchen - inhaltliche und methodische Kenntnisse auf unbekannte Sachverhalte sinnvoll beziehen	- komplexe, anspruchsvolle Texte, Problemstellungen, Materialien erfassen und bearbeiten - die Aussagen eines Textes, eine Problemstellung in weitere Zusammenhänge einordnen und entsprechend detailliert untersuchen - begründete Folgerungen aus der Text-, Material- oder Problembearbeitung ziehen und formulieren - Deutungsansätze poetischer/stilistischer/rhetorischer Mittel in einem Text entwickeln

Die Leistungen umfassen im Anforderungsbereich I	Die Leistungen umfassen im Anforderungsbereich II	Die Leistungen umfassen im Anforderungsbereich III
- über die dem Thema, dem Bereich entsprechende Fachbegriffe verfügen - die der Aufgabe entsprechende(n) Schreibformen benutzen - die der Aufgabenstellung entsprechenden geübten Methoden und Arbeitstechniken anwenden	- die eigenen Ausführungen gedanklich strukturiert sowie inhaltlich klar und differenziert darstellen	- spezielles Fachwissen nutzen - eigene Textproduktion originell und kreativ gestalten - den eigenen Standpunkt begründet darstellen
- sprachnorm- und anforderungsgerecht formulieren	- die eigenen Ausführungen sprachlich angemessen und in Wortwahl und Satzbau differenziert darstellen	- dem Thema, der Gestaltung gemäße oder auch kontrastierende Darstellungsformen entwickeln - begründete Vermutungen formulieren - selbständige Schlussfolgerungen entwickeln - kritische Bewertungen vornehmen - eigenständige Lösungsansätze entwickeln - Alternativen aufzeigen - begründete Urteile formulieren - das eigene Vorgehen kritisch untersuchen und beurteilen - eine eigenständige gedankliche und sprachliche Darstellung umsetzen

Mat. 04
Standards der Kultusministerkonferenz für den Bildungsabschluss
in der Sekundarstufe - Workshop Deutsch

Lese- und Schreibförderung in allen Fächern der Sekundarstufe

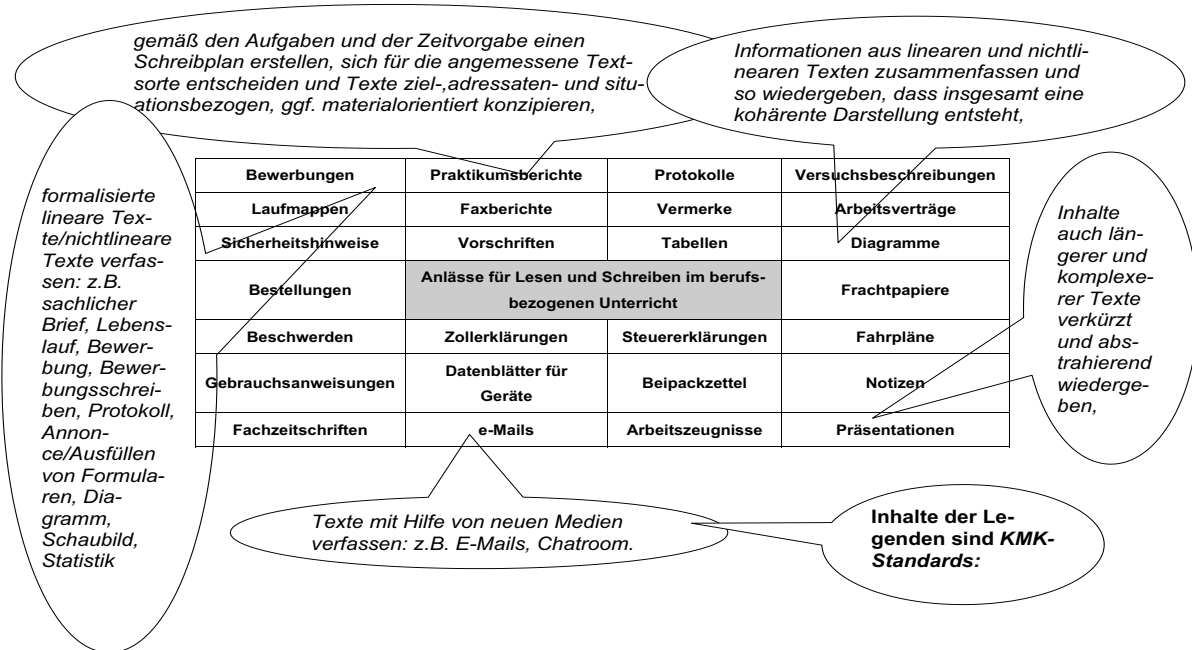
Elisabeth Gessner und Horst Paul Kuhley
 Universität Kassel

1. Die PISA-Debatte als Gesprächsanlass nutzen
2. Sachtexte auch in Fremdsprachen und Naturwissenschaften erschließen
3. Lernstrategien und Übungen zur Texterschließung im Curriculum verankern
4. Lebensweltbezug von Themen und Texten herstellen
5. Berufsorientierung zum Thema machen
6. Bausteine für ein Lesecurriculum in allen Fächern finden
7. Im Beruf bestehen
8. Kompetenzen beweisen
9. Den Praktikumsbericht zum Portfolio aufwerten
10. Fächerübergreifendes Lernen und Projektlernen fördern

M 05 a Anlässe für das Lesen und Schreiben im berufsbezogenen Unterricht

Bewerbungen	Praktikumsberichte	Protokolle	Versuchsbeschreibungen
Laufmappen	Faxberichte	Vermerke	Arbeitsverträge
Sicherheitshinweise	Vorschriften	Tabellen	Diagramme
Bestellungen	Anlässe für Lesen und Schreiben im berufsbezogenen Unterricht		Frachtpapiere
Beschwerden	Zollerklärungen	Steuererklärungen	Fahrpläne
Gebrauchsanweisungen	Datenblätter für Geräte	Beipackzettel	Notizen
Fachzeitschriften	e-Mails	Arbeitszeugnisse	Präsentationen

M 05 b Anlässe für das Lesen und Schreiben im berufsbezogenen Unterricht



MB 06 Beispiel einer Kompetenzbeschreibung in der 5. Klasse: Nicht bearbeitete Lese- und Schreibansätze sind schraffiert dargestellt.

Bewerbungen: Ich kann ein Bewerbungsplakat für das Amt des Klassensprechers für mich erstellen.	Praktikumsberichte: Ich kann beschreiben, welche Beobachtungen ich beim Ausflug zum Bauernhof gemacht habe	Protokolle: Ich kann aufschreiben, welche Themen in der Klassenstunde besprochen wurden und welche Beschlüsse wir gefasst haben.	Versuchsbeschreibungen: Ich kann beschreiben, welche Versuchsanordnung einem naturwissenschaftlichen Versuch zu Grunde lag und was die Ergebnisse des Versuchs waren
Laufmappen	Faxberichte	Vermerke	Arbeitsverträge
Sicherheitshinweise: Ich verstehe die Anweisungen für den Feueralarm, die in der Klasse aushängen und weiß, wie ich mich beim Alarm zu verhalten habe	Vorschriften: Ich verstehe die Regeln für die Bewertung meiner mündlichen und schriftlichen Leistungen in der Schule	Tabellen: Ich kann eine einfache Tabelle erstellen, in der die Temperaturen, in der Klasse herrschen, jeden Tag eingetragen werden.	Diagramme: Ich kann aus einer Tabelle eine Zeichnung (Balkendiagramm, Tortendiagramm) erstellen, an der ablesbar ist, welche Werte wie groß sind.

Bestellungen			Lesen und Schreiben im Beruf Kompetenzziele für die 5. Klasse			Frachtpapiere		
Beschwerden: Ich kann eine Beschwerde für den Klassenrat mit Begründung aufschreiben.		Zollerklärungen		Steuererklärungen		Fahrpläne: Ich kann eine günstige Verbindung für die Fahrt zu einer Freundin/einem Freund finden		
Gebrauchsanweisungen: Ich verstehe die Anweisungen für die Installation meines neuen Computerprogramms		Datenblätter für Geräte: In einer Anzeige kann ich die Leistungsdaten der Computer erkennen.		Beipackzettel: Ich kann aus einem Beipackzettel entnehmen, welche Menge des Medikaments für mein Alter richtig ist.		Notizen: Ich kann eine Notiz für eine Klassenkameradin/einen Klassenkameraden formulieren, aus der man lesen kann, wann ich zu Hause erreichbar bin		
Fachzeitschriften		e-Mails: Ich kann Freunden eine e-Mail senden um mich zu verabreden.		Arbeitszeugnisse		Präsentationen: Ich kann ein Thema aus meinem Interessensgebiet so darstellen, dass die anderen es verstehen.		

Mat. 07 Beispiel für eine mögliche Kompetenzbeschreibung für Berufsförderung in einer 9./10. Klasse

Bewerbungen: Ich kann eine schriftliche Bewerbung für eine Ausbildungsstelle fehlerfrei und formgerecht erstellen. Ich weiß, wie man sich auf ein Bewerbungsgespräch vorbereitet und wie man sich bei einem solchen Gespräch verhält	Praktikumsberichte: Ich kann genau beschreiben, welche Tätigkeiten ich im Praktikum ausgeübt habe und welche Erfahrungen ich beim Praktikum gemacht habe	Protokolle: Ich kann ein Protokoll zu einem Vorgang oder einem Gespräch erstellen, das alle wesentlichen Informationen enthält.	Versuchsbeschreibungen: Ich kann beschreiben, welche Versuchsanordnung einem naturwissenschaftlichen Versuch zu Grunde lag und was die Ergebnisse des Versuchs waren
--	--	---	---

Laufmappen Ich weiß, wozu Laufmappen gebraucht werden, und bin in der Lage Laufvermerke zu verstehen	Faxberichte Ich kann einen Sendebericht auf einem handelsüblichen Fax erzeugen, verstehe die Daten und kann bei Problemen die richtigen Maßnahmen einleiten	Vermerke Ich kann einen Vermerk zu einem Vorgang verstehen und selbst abfassen	Arbeitsverträge Ich weiß, was ein Arbeitsvertrag regelt und verstehe die Bestimmungen eines gängigen Mustervertrags
--	---	--	---

Sicherheitshinweise: Ich verstehe Sicherheitshinweise in Betrieben und kenne die entsprechenden Verhaltensregeln	Vorschriften: Ich verstehe die Gesetze und Vorschriften für Arbeitsverhältnisse	Tabellen: Ich kann mehrspaltige Tabellen verstehen, in eigenen Worten wiedergeben und aus vorgegebenen Werten selbst eine Tabelle erstellen	Diagramme: Ich kann aus einer Tabelle eine Zeichnung (Balkendiagramm, Tortendiagramm) erstellen, an der ablesbar ist, welche Werte wie groß sind.
--	---	---	---

Bestellungen Ich kann eine Bestellung für Ersatzteile in einem Brief erstellen	Lesen und Schreiben im Beruf Kompetenzziele in einer 9./10. Klasse		Frachtpapiere Ich verstehe die Bedeutung von Frachtpapieren und kann die wichtigsten Daten in eigenen Worten wiedergeben
--	---	--	--

Beschwerden: Ich kann eine Beschwerde für den Klassenrat aufschreiben, in der erkennbar ist, weshalb ich das Thema in der Gruppe besprechen will	Zollerklärungen Ich verstehe den Sinn einer Zollerklärung und kann die notwendigen Angaben für eine Zollerklärung ermitteln.	Steuererklärungen Ich kann ein Lohnsteuerformular verstehen und mit vorgegebenen Angaben ausfüllen	Fahrpläne: Ich kann anhand eines gedruckten Fahrplans eine günstige Verbindung mit einem öffentlichen Verkehrsmittel für die Fahrt zum Arbeitsplatz und zurück heraus suchen
--	--	--	--

Gebrauchsanweisungen: Ich verstehe die Anweisungen für die Installation eines neuen Computerprogramms oder eines anderen Geräts	Datenblätter für Geräte: Ich kann aus einem Datenblatt für Geräte deren Leistungsdaten erkennen und sie in eigenen Worten wiedergeben	Beipackzettel: Ich kann aus einem Beipackzettel entnehmen, welche Menge des Medikaments für mein Alter richtig ist. Ich verstehe die Sicherheitshinweise	Notizen: Ich kann eine Notiz für eine Klassenkamera-din/einen Klassenkameraden formulieren, aus der hervorgeht, wann ich zu Hause erreichbar bin
Fachzeitschriften Ich kann einen Artikel zu einem aktuellen Problem aus einer Fachzeitschrift in eigenen Worten wiedergeben	e-Mails: Ich kann an fiktive Kunden e-Mails formulieren, aus denen sie erkennen können, wann ein bestelltes Gerät eintreffen wird	Arbeitszeugnisse Ich kann die Formulierungen eines Arbeitszeugnisses verstehen und weiß, worauf ich achten muss, wenn ein Zeugnis für mich erstellt wird	Präsentationen: Ich kann ein Thema aus meinem Interessensgebiet so darstellen, dass die anderen Schüler die notwendigen Informationen bekommen

Mat. 08

Lebens- und berufsbezogen Projektideen für Schülerinnen und Schüler von berufsvorbereitenden Klassen

Nr.	Projekt-Thema	mögliche Aufgabenstellungen	mögliche Lese- bzw. Schreibaufgaben
1	Meins, deins, seins - Umgang mit Eigentum.	Erkundung von Gesetzen, Institutionen, Verträgen, Verhalten. Konfrontation mit Gerichtsverfahren etc.	Texte erfassen, Inhalte in eigenen Worten wiedergeben, Interviewfragen formulieren, Präsentation
2	Kostenfallen im Alltag	Handys, Diskos, Autos auf ihre tatsächlichen Kosten untersuchen, Vergleiche anstellen, Besuch von Handyshops etc.	nicht-lineare Texte verstehen, Zahlen in Grafiken umsetzen, Interviewfragen formulieren, Präsentation
3	Ein Arbeitsplatz - Berufsbilder erstellen	Erkundung, Beschreibung, Darstellung verschiedener Berufe aus dem Praktikum für die Klassenkameraden	Untersuchungsaufgaben formulieren, Berichte schreiben, Vorgangsbeschreibungen anfertigen, Grafiken und Illustrationen anfertigen,
4	Migranten, Kulturen, Konflikte	Erkundung verschiedener Lebenswelten von Klassenkameraden, Erkundung verschiedener Religionen	fremdartige Texte lesen und verstehen, Nicht-Standardsprache übersetzen, Präsentation von unterschiedlichen Sichtweisen des gleichen Vorgangs
5	Typisch deutsch	Meinungsumfrage unter Passanten oder Mitschülern, Erkundung verschiedener Lebenswelten oder Erkundung von „Hochkultur“, in Deutschland	Beschreibung, Interviewfragen formulieren, kritisches Lesen von Äußerungen zum Thema, Zusammenfassung und Kategorisierung von Äußerungen, Formulieren einer eigenen Stellungnahme, Präsentation

Mat. 09 Projekt Nr. 3 - Ein Arbeitsplatz - Berufsbilder erstellen Jg. 9

So sieht mein Wunscharbeitsplatz aus

(Hier kannst du eine Zeichnung erstellen,
ein Bild oder ein Foto einkleben)

Ich wünsche mir für mein Praktikum...

.....

Ich befürchte, dass in meinem Praktikum...

.....

Arbeit, die mir gefällt:

Arbeit, die mir nicht gefällt:

Was ich gern im Praktikum herausfinden
möchte:

Mat. 10 Projekt Nr. 3 - Ein Arbeitsplatz - Berufsbilder erstellen Jg. 9

Wie erforsche ich Arbeitsplätze? / Jg. 9

I Ich wünsche mir später einmal Arbeit, die ...

.....

.....

(zum Beispiel: mit Menschen zu tun hat, sauber ist, nicht eintönig ist, die gut bezahlt ist, nicht gefährlich ist ...)

II Ich erforsche 2 mögliche Arbeitsplätze/Berufe, nämlich:

1.

2.

III a) Was erwarte ich von einem zukünftigen Arbeitsplatz:

Arbeitsplatz 1, Beruf:.....

Welche Art von Arbeit ich von diesem Beruf erwarte:

.....

Arbeitsplatz 2, Beruf:.....

Welche Art von Arbeit ich von diesem Beruf erwarte:

.....

III b) Woran erkenne ich, ob der Arbeitsplatz meinen Vorstellungen entspricht?

Durch: eigene Beobachtung, Befragung von Verwandten, und Bekannten, Nachlesen von ... usw.

Ich erkenne etwas zu meinem 1. Beruf durch:

.....

Ich erkenne etwas zu meinem 2. Beruf durch:

.....

Literaturverzeichnis

Badel, Isolde/Valtin, Renate: Lesestrategien verbessern – Lesekompetenz fördern. In: Grundschule 2/2003, S. 23 ff.

Bräuer, Gerd, Portfolios: Lernen durch Reflektieren, 1998, Informationen zur Deutschdidaktik 22, 1998 S. 80-91

Bräuer, Gerd: Schreiben(d) lernen – Ideen und Projekte für die Schule, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2004

Brée. Günther: PowerPoint-Präsentation der LAG Schulbibliotheken in Hessen e.V.

DUNCKER, L. (1990): Projektlernen: Neue Rollen für die Schüler. In: BASTIAN, J und H. GUDJONS (Hrsg.): Projektbuch II. Über die Projektwoche hinaus. Bergmann und Helbig Verlag, Hamburg. S.65-80

Brügelmann, H. (2004a) http://www.uni-siegen.de/~agprim/stolper.ausw_handw_meistersch04-02-07.pdf

Brügelmann, H. (2004b): Leseleistungen von HandwerkerInnen im Stolperwörter-Lesetest. Erste Befunde und ihre Deutung. Vervielf. Ms. Projekt LUST/ FB 2 der Universität: Siegen. http://www.uni-siegen.de/~agprim/lust_s:stolper.auswertung_handwerk_meisterschueler

Brügelmann, H. (2004c): Leseleistungen von LehrerInnen und Lehramtsstudierenden im Stolperwörter-Lesetest. Erste Befunde und ihre Deutung. Vervielf. Ms. Projekt LUST/ FB 2 der Universität: Siegen. www.uni-siegen.de/~agprim/lust_s:stolper.auswertung_handwerk_lehramt_sg

Council of Europe, European Language Portfolio, Strasbourg, 1997

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000, Opladen 2001

Fridrich, Christian: (1996): Projektunterricht und das Fach Geographie und Wirtschaftskunde. Theoretische Grundlagen und Anregungen für die Projektarbeit in der Sekundarstufe I und II. Materialien zur Didaktik der Geographie und Wirtschaftskunde Bd. 12. Institut für Geographie der Universität Wien. 192 Seiten

Fritsche, Elfi / Sulzenbacher, Gudrun: „Lese-Rezepte. Neues Lernen in der Bibliothek.“ 4. Aufl., Pädagogisches Institut für die deutsche Sprachgruppe Autonome Provinz Bozen. öbv&hpt Verlagsgesellschaften Wien, 2003

Gaile, D.; Gessner, E.; Kuhley, H.; Europäische Konzepte zur Lese- und Sprachförderung im Vergleich, Wiesbaden (Hessisches Landesinstitut für Pädagogik) 2004

Gessner, E., Peper, J., Stillemunke, Ch.; Weber, L.: Leseförderung in der Praxis. Tipps, Hilfen und Konzepte zur Leseförderung in der Sekundarstufe, hrsg. vom Hessischen Kultusministerium, Wiesbaden 2004

Gessner, E, Lesekultur in der Schule – geht das überhaupt? in Bräuer, Gerd: Schreiben(d) lernen – Ideen und Projekte für die Schule, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2004 S. 27-37

Gold, Andreas / Mokhlesgerami, Judith / Rühl, Katja / Souvignier, Elmar: „Wir werden Textdetektive.“ Lehrermanual und Arbeitsheft. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen, 2004

Haist, Karin: „Schreibend und lesend lernen – eine amerikanische Idee?“ In: Bräuer 2004, S. 259-265

Hartung, Manuel J: „Coole Klassiker.“ In: DIE ZEIT Nr. 31, 22. Juli 2004, S. 72

HeLP Marburg: „Einfach loslesen? Einfach loslesen!“ Unterrichtsbausteine der regionalen Arbeitsgruppe Lese- und Sprachförderung, HeLP AV 65, 2004 (darin: Ebel, Birgit/ Hirt, Ulla: „Große lesen für Kleine“. Ein Kooperationsprojekt der Käthe-Kollwitz-Schule mit der Brüder-Grimm-Schule Marburg. Schwerpunkt: Lesemotivation BGJ-SchülerInnen).

Katz, Dieter: „Leseverhalten von Berufsschülern.“ Beiträge zur Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik Band 13, Hrsg. G.P. Bunk. Peter Lang Verlag Frankfurt/Main, 1994.

Krainz-Dürr, Marlies: „Eine Reform der kleinen Schritte: Schreib- und Lesezentren als Impuls für Schulentwicklung.“ In Bräuer 2004, S. 244-248

Kuhley, Horst: Schulentwicklung durch Lese- und Schreibförderung, in Bräuer, Gerd: Schreiben(d) lernen – Ideen und Projekte für die Schule, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2004, S. 235-243

Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Hrsg.): Europäisches Portfolio der Sprachen, Soest 2000

Menzel, Wolfgang (Hrsg.), Texte lesen – Texte verstehen, Praxis Deutsch Sonderheft, Seelze 2003

Naegele/Valtin, LRS – Legastenie in den Klassen 1 – 10 – Handbuch der Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten, Weinheim, überarbeitete Neuauflage 2003

Plamenig, Beatrix: Vom Lesetagebuch zum Portfolio – Ein Baustein für das Eigenverantwortliche Arbeiten und Lernen, Schriftenreihe Heft 7 AHS, Pädagogisches Institut des Bundes in Steiermark, Graz, November 2001

Praxis Deutsch, Nr. 187, Lesestrategien Friedrich Verlag, Velber, 2004

Praxis Deutsch, Sonderheft Texte lesen - Texte verstehen, Friedrich Verlag, Velber

Schavan, Annette: „Sprache als Schlüssel zu Bildung.“ In: Bräuer 2004, S. 15-19

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bildungsstandards im Fach Deutsch für den Mittleren Bildungsabschluss (Beschluss vom 04.12.2003), Luchterhand - Wolters Kluwer, München, Neuwied 2004

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bildungsstandards im Fach Deutsch für den Hauptschulabschluss (Beschluss vom 15.10.2004), Luchterhand - Wolters Kluwer, München, Neuwied 2005
9+

Toepfer, Barbara: „Texte für Jugendliche – 10 Schritte von der Auswahl bis zur Verarbeitung“. In: HeLP Handreichung „Lesefertigkeiten ermitteln und fördern“

Willenberg, Heiner: Lesen und Lernen. Eine Einführung in die Neuropsychologie des Textverstehens, Heidelberg und Berlin 1999

Stellungnahme des s/vsh zum Bericht der Landesregierung zur OVP

- Olaf Peters -

Stellungnahme des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) zum Bericht der Landesregierung zur Reform der zweiten Phase der Lehrerbildung

Im Begründungszusammenhang für die Reform des Vorbereitungsdienstes wird von der Lehrerbildung gesprochen. Für den s/vsh besteht sie aus zwei Abschnitten, dem Studium an der Universität und dem Vorbereitungsdienst. Leider hat man mit der Reform des zweiten Schrittes begonnen, ohne zu wissen, wie sich die Lehramtsstudiengänge entwickeln werden. Die nur angekündigte verstärkte Zusammenarbeit zwischen IQSH und Universität, besser Universitäten, gibt für die Schulen keine mittelfristige Planungssicherheit.

Abschnitt 3

Grundsätzlich ist die Neuentwicklung eines Moduls, in dem Teilnehmer und Studienleiter gleich bleiben, zu begrüßen. Dem s/vsh sind exemplarische Analysen von Unterricht allein zu wenig. Er fordert einen Modultag pro Ausbildungshalbjahr pro LiA in der Schule mit zu erteilendem Unterricht und ausführlicher Unterrichtsreflexion.

Abschnitt 4

Rückmeldungen von Ausbildungslehrkräften lassen vermuten, dass die Fortbildung im Bereich der Säule A in einem geringeren Umfang auch erfolgreich zu gestalten ist. Der notwendige Zeitrahmen wird von den Lehrkräften mit mindestens 12 und höchstens 24 Zeitstunden beschrieben. Der Umfang der Säule B wird bestätigt, leider gab es nicht für alle Fächer ausreichende Angebote (für das Fach Physik keine). Häufig war es problematisch oder unmöglich, LiA zusammen mit

der Ausbildungslehrkraft ein Modul besuchen zu lassen.

Wenn die Aussage, alle Schulen des Landes sind im Prinzip Ausbildungsschulen, stimmt, dann stellen sich Fragen, kann Schulleitung eine Lehrkraft verpflichten, LiAs auszubilden oder kann eine Schulkonferenz beschließen, nicht Ausbildungsschule zu sein?

„Drohungen“ mit Ausbildungszwang können niemals eine gute bzw. bessere Ausbildung bewirken.

Ein zentrales Element der Reform des Vorbereitungsdienstes soll darin bestanden haben, die Schule zum Ort der beruflichen Sozialisation zu machen. Dies war die Ausbildungsschule schon immer. Die dienstliche Zuständigkeit der Seminare und die Arbeit der Studienleiterinnen und Studienleiter haben immer die schulische Arbeit ergänzt, aber niemals ersetzt. Einen Teil dieser Ergänzung (freiwillige Regional- bzw. Ortstreffen, um einen intensiveren Austausch unter den LiAs zu ermöglichen) organisiert nun die Schule, die Schulleiterin oder der Schulleiter.

Die angekündigte Entwicklung der Modulangebote ab Februar 2006 bleibt abzuwarten.

Der s/vsh ist sehr enttäuscht, dass keine Frage nach der durch die OVP gestiegenen Anforderungen an Schulleiterinnen und Schulleiter gestellt wurde, obwohl eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für sie schon beschlossen zu sein scheint.

Im Auftrag
Olaf Peters

Stellungnahme des s/vsh - Parallelarbeiten

- Olaf Peters -

Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein
Brunswiker Straße 16-22

24105 Kiel

Erlassentwurf „Parallelarbeiten“

Sehr geehrter Herr Klein,

der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) möchte sich zu den geplanten Erlassregelungen äußern.

Der s/vsh begrüßt die Aufnahme der Vergleichsarbeiten im Projekt VERA in diesen Erlass und den durch die Verlegung in die Klassenstufe 3 erreichten zeitlichen Abstand zwischen der Auswertung der Vergleichsarbeiten und den Schulartempfehlungen zum Halbjahr der Klassenstufe 4.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Olaf Peters

Stellungnahme des s/vsh - Lernen am anderen Ort

- Olaf Peters -

Ministerium für Bildung und Frauen
des Landes Schleswig-Holstein
Brunswiker Straße 16-22

24105 Kiel

Erlassentwurf „Lernen am anderen Ort“

Sehr geehrte Frau Pögel,

der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) möchte sich zu den geplanten Erlassregelungen äußern.

Der s/vsh begrüßt es sehr, dass der geplante Erlass sich auf Bereiche mit rechtsetzender Wirkung beschränken und im Umfang reduziert gehalten werden soll.

Zu 2. Leiterin oder Leiter

Im Rahmen von offenen Ganztagsangeboten gibt es Kursleiter oder Projektleiter, z. B. Eltern. Diese Personengruppe würden wir nicht als schulische Fachkraft bezeichnen. Oder schließen die Verfasser des Erlassentwurfs mit Ganztagsangeboten nicht auch die Angebote der vielen Schulen mit

Offenen Ganztagsangeboten mit ein?
Wie ist „schulische Fachkraft“ definiert?

Zu 5. Beförderungsmittel

Aus Kostengründen kann die Benutzung von Flugzeugen eine Alternative darstellen. Sie sollte im Erlass ausdrücklich erwähnt werden und nicht unter „sonstige regelmäßig verkehrende Beförderungsmittel“ versteckt bleiben, da z. B. ein Charterflug, obwohl günstig, nicht per Definition zu regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln gezählt werden kann.

Zu 8. Sportliche Aktivitäten mit besonderen Aufsichtsanforderungen

Im Gegensatz zum Erlass „Richtlinien für Schulausflüge“ werden durch den zusätzlichen Nachweis der Rettungsfähigkeit gewünschte sportliche Aktivitäten z. Z. erschwert. Das Fortbildungsangebot des IQSH enthält für das erste Halbjahr 2006 nur ein Angebot zum Thema Wassersport.

Zu 10. Erstattung von Reisekosten und Nebenkosten für Lehrkräfte und sonstige Begleitpersonen

Warum wird unter 10.2, Satz 3, nicht auf den § 10 BRKG „Erstattung sonstiger Kosten (Nebenkosten)“ hingewiesen, sondern die Formulierung „... im Einzelfall die Erstattung notwendiger Mehrkosten...“ verwandt?

Es ist erfreulich, dass auch in diesem Erlassentwurf geschrieben wird: „Begleitpersonen erhalten Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz“.

Der slvsh musste mit seinen Mitgliedern feststellen, dass das vom Land S-H bereitgestellte Geld seit Jahren eine Vergütung nach dem BRKG nicht zuließ.

Hier sollte vielleicht der Hinweis erfolgen, Begleitpersonen dürfen auf eine Vergütung verzichten.

Zu 11. Zuwendung von dritter Seite

Leider ist dieser Ausnahmeparagraf zur Regel geworden, siehe zu 10.

Zu 12. Handreichung zur Planung und Durchführung von Schulausflügen

Dem slvsh steht nur ein Auszug zur Verfügung. Dieser beschäftigt sich ausschließlich mit sportlichen Aktivitäten mit besonderen Aufsichtsanforderungen.

Den Ausführungen kann der slvsh nicht widersprechen. Doch es muss angemerkt werden, dass diese Voraussetzungen an vielen Schulen nicht vorhanden und auch in naher Zukunft nicht zu erreichen sein werden. Es sei denn, das Ministerium für Bildung und Frauen startet eine Fortbildungsoffensive bei Übernahme der notwendigen Kosten.

Der slvsh würde sich freuen, wenn er vor der Veröffentlichung der Handreichung diese kritisch würdigen könnte. Auch zu einem Gespräch ist der Verband jederzeit bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag
Olaf Peters

Die letzte ... ? - Das Letzte!

Ekkehard Klahre

Brief von einem Schulleiter, der auszog, um dazu zu lernen – Teil 2!

Viele haben uns gefragt, wie es denn nun ist, wenn man in einem neuen Land ankommt – ohne Wohnung, ohne Möbel, ohne Auto, nur mit ein paar Koffern. Die Antwort darauf ist: Bestimmt nicht langweilig!

Die ersten Tage verbrachten wir überwiegend mit Maklern und in leeren Häusern. Während mein neues Kollegium überall in den Staaten verstreut seine Ferien verbrachte, bestand unsere Freizeitbeschäftigung darin, die amerikanische Bürokratie kennen zu lernen. Da inzwischen auch unser Umzugsgut inklusive Auto eintraf, gab es dazu viel und reichlich Gelegenheit. Nun aber leben wir, wie wir es uns auch gewünscht haben, mitten in der Wüste in einem gemieteten Haus auf einem Grundstück von über 20000 m² (in Worten „zwanzigtausend“!) mit Blick auf die Berge und der nächste Nachbar ist über 500 Meter entfernt. Abends heulen die Koyoten, die Geier kreisen (obgleich es uns gut geht) über unserem Haus und auch ein Roadrunner, übrigens das Wappentier New Mexicos, lebt auf unserem Grundstück.

Nach einigen Tagen Büroarbeit mit Schulsekretärin und Konrektor waren die normalen Anfangsbauchschmerzen dahin, denn das Schulgebäude erwies sich als neu (fünf Jahre alt), der Hausmeister, der hier „facility engineer“ heißt, als äußerst nett und kompetent und die Struktur der Schule als der meiner letzten Auslandsschule sehr ähnlich: Eine Grundschule mit sechs Klassen (zweites und drittes Schuljahr mit je zwei Parallelklassen) und eine Sekundarstufe I mit ebenfalls sechs Klassen, in jeder Klasse sind alle Schularten vertreten. Die Einteilung in die einzelnen Schularten erfolgt am Ende der vierten Klasse und wird mit der Versetzung von der sechsten in die siebente Klasse endgültig. Die Schule ermöglicht drei unterschiedliche Abschlüsse. Neben Haupt- und Realschulabschluss wird noch der C-Abschluss erteilt, der zum „Übergang an die gymnasiale Oberstufe“ berechtigt. Mir „unterstehen“ insgesamt 190 Schülerinnen und Schüler sowie 15 Kolleginnen und Kollegen, ich selbst muss noch 14 Stunden unterrichten.

Nach einer ersten Lehrerkonferenz mit anschließendem, gemeinsamen Essen am letzten Freitag in den Ferien erinnerte ich mich wieder an ein

typisches Problem an Auslandsschulen, das ich schon fast vergessen hatte: Das Sprachenproblem! Damit meine ich nicht die Landessprache Englisch, sondern das Sprachenproblem Deutsch, denn das Kollegium stammt aus ganz Deutschland. Die Englischfachleiterin, die beim Essen neben mir saß, brachte mich mit ihrem Schwäbisch schier zur Verzweiflung – ich war kurz davor, sie zu bitten, die Unterhaltung mit mir doch auf Englisch fortzusetzen! Neben Schwaben haben wir Bayern, Berliner, Sachsen, Pfälzer, Franken und – man höre und staune! – auch eine kleine, aber feine norddeutsche Fraktion, die sich diebisch freute, nun einen norddeutschen Chef zu haben, denn meine beiden Vorgänger kamen aus Schwaben bzw. Bayern. In diesem Zusammenhang einen schönen Gruß an den Schulleiter der Rantzaus Schule in Bad Segeberg – vielen Dank für die „Ausleihe“ einer wirklich hervorragenden Kollegin!

Wie sieht nun der Schulalltag eines Schulleiters hier aus? Zuerst einmal gar nicht so anders als in Deutschland, denn auch hier schreiben wir in Klasse 9 (zukünftig in Klasse 8) Vergleichsarbeiten, auch VERA geht nicht an den Auslandsschulen vorbei und EVIT heißt bei uns einfach „Besuch der Schulaufsicht“ – und zwar zweimal im Jahr, wobei jedes Jahr im Frühling ein Prüfungsbeauftragter der KMK mit im Boot sitzt, der als externer Vorsitzender der Prüfungskommission fungiert. Die Prüfungsvorbereitungen sind trotz der geringeren Schülerzahlen aufwändiger, denn für drei Schularten (ja, bei uns werden auch die Hauptschüler schriftlich und mündlich geprüft!) müssen jeweils drei Vorschläge mit Erwartungshorizont und wegen des externen Prüfungsvorsitzes auch die mündlichen Prüfungen vier Wochen vorher in schriftlicher Form eingereicht werden. Ansonsten, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnt ihr bzw. können Sie jetzt ein wenig neidisch werden: Keine Beratungsgespräche, keine Mitarbeitergespräche, keine inhaltslosen Bildungsstandards, keine Rückmeldefragebögen für Schulleitungen, keine neuen Ausbildungsordnungen und zu guter Letzt eine Schulaufsicht, deren Büros 8000 Kilometer entfernt und dank acht Stunden Zeitverschiebung auch leider nur sehr schlecht zu erreichen sind – schade, schade!

So müssen wir „leider“ vieles selbstständig und in eigener Verantwortung regeln, was uns auch immer wieder schmerzt – doch was uns am mei-

sten wundert: Auch wenn die Schulaufsicht so weit entfernt ist – die Schule scheint zu laufen!? Die Schülerinnen und Schüler lernen genau so viel oder wenig wie ihre Altersgenossen in Deutschland, der Unterricht beginnt pünktlich (unter uns, es liest ja sonst niemand mit: Ob ihr es glaubt oder nicht, wenn ich mit dem Klingelzeichen das Lehrerzimmer betrete, dann bin ich wirklich allein! Die Grundschulkollegen sind meist sogar schon drei bis vier Minuten vor dem Klingeln in den Klassen und das ist schon immer so, also nicht etwa mein Verdienst!), die Eltern meckern genau so viel oder wenig – allerdings schwänzt niemand die Schule und da viele die Bedingungen an den amerikanischen Schulen kennen, gibt es auch kaum Diskussionen über Unterrichtsmethoden oder -inhalte.

Da die Schule eigene Schulbusse besitzt, genießen wir die Möglichkeiten von spontanen Ausflügen oder Exkursionen besonders. Im Herbst fuhr die ganze Schule in die nahen Berge und machte einen gemeinsamen Wandertag. Im Winter, wenn in den Bergen der erste Schnee fällt, machen wir einfach kurzentschlossen die Schule dicht und fahren mit den Bussen zum Schlittschuhfahren, Rodeln und Skilaufen und auch im Frühjahr gibt es einen traditionellen Schulausflug, dann aber geht es in die Wüste: Wenn die Kakteenblüte in vollem Gang ist, gibt es dort für Alle ein großes Grillfest!

Was ihr bzw. Sie sich sicher denken können: Schulleiterdienstversammlungen von Auslandsschulen sind besonders interessant, doch davon beim nächsten Mal mehr.